

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insofern
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 15. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der Bund der Landwirthe

hat am Montag Mittag im Zirkus Busch wieder einmal eine seiner berühmten Generalversammlungen abgehalten. Wieder waren einige tausend Landwirthe aus den verschiedenen Theilen des deutschen Vaterlandes herbeigeeilt, um auch einmal einer der alljährlichen Demonstrationen ihres Bundes beizuwohnen zu haben und sich bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die schöne Haupt- und Residenzstadt Berlin recht gründlich anzusehen und sich jezt — wo für den Landmann die Arbeit ruht — einmal recht ausgiebig und großstädtisch zu amüsiren. Dabei soll keineswegs behauptet werden, daß nur der Großgrundbesitz seine Vertreter nach dem Spreebabel entsandt hatte. Im Gegentheil, auch die wohlgenährten, blühenden Gesichter kerniger Bauerngutsbesitzer sah man in reicher Menge, wie auch die typischen Erscheinungen wirklicher Bauern mit verwitterten Gesichtern und schmutzigen Kniehosen, mit denen sie noch morgens über den ausgeweideten Feldweg gestampft zu sein scheinen.

Wir schätzten etwa 2500 Teilnehmer der wie immer trubulösen Versammlung. Es handelt sich bei diesen Zusammenkünften, wie schon gesagt, lediglich um Demonstrationen; es wird dabei absolut nichts gearbeitet, nichts beraten. Die ganze Sache beschränkt sich darauf, daß einige wohl vorbereitete, mehr oder minder gute Reden gehalten werden, die darauf hinaus laufen, zur rührigen Agitation für den Bund und zum kräftigen Geldsammeln anzufeuern.

Dabei ist das Bild einer solchen Generalversammlung nicht uninteressant. Den Eintretenden empfängt ein ungeheures Getöse. Festzeitungen, Flugblätter, die Programme des Apollo-Theaters, des Olympia-Theaters, der Zirkusse und sonstiger Spezialitäten-Theater werden den biederen „Bauern“, bei denen man doch ein gutgefülltes Portemonnaie vermuten muß, von allen Seiten aufgedrängt. Vor dem Eintritt in den Zirkusraum muß man noch eine lange Reihe von mit Blechbüchsen bewaffneter Männer passieren, die eine Papptasel auf der Brust tragen mit der Aufschrift: „Für den Wahlsond des Bundes der Landwirthe“ und die mit den bereits gesammelten Nadeln in ohrenbetäubender Weise klappern. Drinnen sind die schräg aufsteigenden Sitzreihen reich besetzt mit Männern und Frauen, und auch die Manège, wo sonst auf munteren Pferdlein die hohe Schule geritten wird, ist mit Tischen und Stühlen versehen und zu einem Versammlungsraum hergerichtet. Ein wahrer Jahrmarschtrudel herrscht im Raume. Lustig huschen die Sonnenstrahlen über die gebräunten Gesichter und erhöhen noch die hoffnungsvolle Stimmung, die bei Rednern und Teilnehmern unerkennbar ist.

Die Bündler wittern Morgenluft. Die Regierung ist den Agrariern günstiger gesinnt wie je, und diese hoffen, mit dem günstigen Winde segeln und in aller nächster Zeit ertragreiche Frischzige in die Taschen des ihnen tributpflichtigen deutschen Volkes unternehmen zu können. Das klang aus allen Reden hervor. Der erste Redner war der „Vater Blöb“. Er führte unter anderem aus:

„Der Bund habe durch seine Agitation erreicht, daß bis in die höchsten Regierungskreise die Ueberzeugung Platz gegriffen habe, der Notstand der Landwirtschaft ist ein harter und gefährlicher. Es ist zweifellos in höchsten Kreisen ein Umschwung eingetreten. Man ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch eine falsche Wirtschaftspolitik die Landwirtschaft der Konkurrenz des Auslandes erliegen muß. Noch vor zwei Jahren nahm es sich der Landwirtschafts-Minister Freiherr v. Hammerstein heraus, im preussischen Abgeordnetenhause zu sagen: „Ich bezweifle, daß ein Notstand der Landwirtschaft vorhanden ist, in meiner Heimathprovinz Hannover ist davon noch nichts zu bemerken.“ Heute bekennen sämtliche Räte der Krone, daß sie sich im Irrthum befunden haben.“

Trotz alledem dürfen wir gerade jezt nicht die Hände in den Schooß legen, sondern wir müssen mit allgewohnter Energie und mit deutscher Fähigkeit festhalten an unseren berechtigten Forderungen, so lange bis sie voll in Erfüllung gegangen sind. Auch im Bunde denkt man jezt anders über uns; seltener hört man den Vorwurf, daß wir einseitige Interessenspolitik trieben. Man weiß, daß unsere Arbeit nicht nur den Landwirthen, sondern auch den anderen produktiven Ständen gehört, daß wir für sie alle eintreten wollen, um damit dem gesammten Vaterlande zu nützen. Seit Jahren hat der Bund schon das Bestreben gehabt, ernst und friedlich auch die Interessen der Großindustrie zu fördern, soweit deren Thätigkeit wahrhaft national ist. Und jezt, wo wir vor den Neuwahlen stehen, müssen wir immer wieder betonen, daß bei der neuerdings angebahnten Wirtschaftspolitik die Interessen der Industrie ebenso zu fördern sind, wie die der Landwirtschaft, um gemeinsam vorzugehen gegen unsere politischen und sozialen Feinde.“

Herr v. Blöb sprach ferner über das Börsen- und das Margarinegesetz, mit dem er sehr zufrieden ist, welche Gesetze aber noch strenger durchgeführt werden sollen. Seine Rede klang aus in dem üblichen Hoch auf den Kaiser.

Man kann dem Agrarführer nicht unrecht geben, wenn er Freudenkriegen ob der Haltung der deutschen Regierung anstimmt. Und in denselben Ton stimmte der neue Direktor des Bundes, Dr. Dietrich Hahn, ein, der über die Organisation und die bisherigen Erfolge des Bundes referirte. Er führte aus:

„Der Bund habe, trotzdem vielfach Mitglieder gezwungen seien, aus Anlaß der schlechten Zeiten mit ihren Beiträgen im Rückstand zu bleiben oder gar aus dem Bunde auszutreten, gleichwohl Erfolg erhalten und weitere Vermehrung seines Mitgliederbestandes um reichlich 3000 Mitglieder erreicht, so daß er

jezt rund 187 000 Mitglieder zähle, von denen 91 000 östlich der Elbe, 96 000 westlich der Elbe wohnen. Davon gehören dem Großgrundbesitz 1500 an, dem mittleren Besitz 28 500 und dem kleineren Grundbesitz 157 000. Aus diesen Zahlen ergebe sich, daß der Bund keine ostelbische Eigenthümlichkeit sei und daß sein Schwerpunkt beim Kleinbesitz liege. Ja, er richte sogar einen Appell an die deutschen Großgrundbesitzer, dem Bunde in größerer Zahl, als es geschehen sei, beizutreten und die governementalen Maßregeln auszugeben.“

Herr Hahn ist mit dem, was die Regierung bis jezt für die Landwirtschaft gethan hat, noch keineswegs zufrieden. Daß die Regierung nicht gewillt sei, ihren schönen, glatten Worten immer Thaten folgen zu lassen, zeige ihr Verhalten gegenüber der ausländischen Vieheinfuhr und ihre schlaffe Ausführung des Wörfengesetzes. Lassen wir uns also nicht irren machen in der Ueberzeugung, daß die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft uns niemals von Ministern abgenommen werden können. Wir müssen für uns selbst sorgen, event. auch gegen die Regierung.“

Herr Hahn legt der Versammlung sodann die folgende Resolution vor, die die Ziele und die Politik des Bundes der Landwirthe mit wünschenswerther Deutlichkeit erkennbar macht:

I. Im Gegensatz zu Aundgebungen, welche zu einer Politik der Sammlung aufrufen, ohne bestimmte und klare Ziele erkennen zu lassen, vertritt der Bund der Landwirthe die Politik einer Sammlung, welche zur Stärkung Deutschlands im Innern wie nach außen den Schutz der gesammten vaterländischen schaffenden Arbeit gegen ausländischen Wettbewerb und inländische Ausbeutung erstrebt. Er verlangt die Wiedergewinnung einer erträglichen Konkurrenzlage für die deutsche Landwirtschaft gegenüber dem Auslande und die Wiederherstellung gesicherter Existenzbedingungen für den in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel in gleicher Weise in seinem Dasein bedrohten Mittelstand.

II. Die bisherige unsichere und schwankende Haltung unserer Regierungen in wirtschaftlichen Fragen erfordert mehr als je starke Majoritäten im Reichstage wie in den deutschen Landesvertretungen, die auf dem Boden einer nationalen Wirtschaftspolitik stehen.

III. Um bei den nächsten Wahlen solche Mehrheiten zu erzielen, ist der Zusammenschluß aller derer, die auf diesem Boden stehen, dringend erforderlich. Der Bund der Landwirthe richtet deshalb an die politischen Parteien, welche seinen Bestrebungen nahestehe, die Auforderung, die Politik der Sammlung des Bundes der Landwirthe wirksam zu unterstützen und die bevorstehenden Wahlen nicht durch übertriebene Betonung parteipolitischen Gegensätze und durch unberechtigten Einbruch in solche Wahlweise nahestehender Parteien zu gefährden, welche zur Zeit im Sinne des Bundes der Landwirthe wirtschaftspolitisch gut vertreten sind.“

Der Bund der Landwirthe, der sich bisher den Aufschein gab, nur eine Rolle neben den politischen Parteien spielen zu wollen, tritt damit selbständig in den politischen Kampf ein. Und dabei befolgt er eine garnicht ungeschickte Politik. Evangelisch oder katholisch, konservativ, antisemitisch oder nationalliberal, das soll alles vollständig gleichgültig sein. Wenn der Kandidat nur auf das wirtschaftlich-politische Programm des Bundes schwört, dann bekommt er die Stimme der Bundesmitglieder. Es soll damit erreicht werden, daß der Bund, ganz abgesehen von der in den verschiedenen Landestheilen vorherrschenden politischen Richtung, überall Mitglieder werben und vielleicht sogar Wahlerfolge erzielen kann, wo nur begehrlische Agrarier wohnen. Der Bund der Landwirthe, so führte sein Direktor aus, „ist weder eine Filiale der Konservativen, noch der deutsch-sozialen Reformpartei, noch irgend einer anderen Partei. Wir werden überall bestrebt sei, in den Wahlkreisen die politischen Gegensätze zwischen den uns wirtschaftspolitisch nahestehenden Parteien zu mildern und sie auf unserer Basis, d. h. der Basis des Schutzes der vaterländischen Arbeit, der Erhaltung des Mittelstandes und der Wiederherstellung einer günstigen Erwerbslage für die deutsche Landwirtschaft zu sammeln. In diesem Sinne giebt der Bund für die nächsten Wahlen die Parole der Sammlung aus.“

Nach dem Direktor des Bundes sprach der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Dertel, über die Weltanschauung des Bundes der Landwirthe. Er behauptete, wenn man auch die Agrarier „nimmersatt“ und „begehrlich“ nenne, diese doch von allen politischen Parteien die idealste Weltanschauung haben. Denn von der Scholle stamme alle Kultur, und ohne den soliden Unterbau der Landwirtschaft müsse das ganze künstliche Gebäude der modernen Gesellschaft zusammenbrechen. Das mag ja sein. Herr Dr. Dertel hat nur vergessen zu beweisen, daß die gesellschaftlich notwendige Funktion des Ackerbaues und der Bund der Landwirthe in der Dessauerstraße zu Berlin dasselbe seien, und daß die menschliche Kultur zusammenbrechen müsse, wenn wir keine Liebesgaben heischenden Junker und Bündler hätten.

Nachdem dann noch einige andere Redner unwesentliche Reden vom Stapel gelassen hatten, blieb es zweien Majors vorbehalten, für den Bund eine Reskame zu machen, wie sie besser die Schacherjuden des verflorenen Mühlenammes kaum fertig gebracht hätten. 30 bis 40 Sammelbüchsen (durch die man auch beim Hinübergang wieder Spießruthen laufen mußte), hätten, so führte Major v. Loen aus, so große Böder, daß auch ein Fünfmarsch hindurchgehe. Am 28. Februar müsse auch wieder der alljährliche „Bundes-Clat“ gespielt werden, dessen Ertrag der Bundeskasse zu überweisen sei und bei dem man nicht zu niedrig spielen solle. Trinken Sie den Monat zwei Glas Bier weniger und schwören Sie mir, auf das „Berliner Blatt“ (einen Ableger der „Deutschen Tageszeitung“) abonniren zu wollen! Ein

anderer Major aus Posen weist ebenfalls auf die Büchsen-sammlungen hin. Man solle Silber und Gold, noch besser Papier geben. Nehmen Sie aber das Portemonnaie gleich jezt in die Hand, damit Sie es nicht erst beim Hinübergang in der Tasche zu suchen brauchen! Das ist gerade keine allzu glänzende Rolle, zu der sich da preussische Offiziere, wenn sie auch a. D. sind, hergeben.

Die demonstrativen Generalversammlungen des Bundes der Landwirthe haben ja, wie schon ausgeführt, keine besondere politische Bedeutung. Aber die siegesicherere Stimmung, die aus allen Reden dieser Agrarier herausklang, muß dem nichtagrarischen Theil der Bevölkerung und besonders den Arbeitern doch zu denken geben. Der Bund will jezt energisch in den Wahlkampf eintreten; er hat große Mittel, eine ausgezeichnete Organisation und findet liebevolles Entgegenkommen bei der Regierung. Da ist es wohl angebracht, daß man in den nichtagrarischen Kreisen diesen bauernschlaunen Herren, die dem Volke das Fell über die Ohren ziehen möchten, recht deutlich die Parole entgegensetzt:

Gegen die Brotwucherer!

Aus England.

Aus dem Parlament. — Irisch. — Die Regierung und die Streiklaute. — Mithie's Ritsche über den Maschinenbauerkampf. — Oberst Dyer und die angemessenen Aufgaben der Gewerkschaft. — Minister Gork über Lohn-kämpfe. — Die Kosten des Maschinenbauerkampfes. — Die Grasshacks-Zahlen.

London, 11. Februar 1898.

Die erste Woche Parlament nach den Ferien ist vorüber. Außer den Erklärungen Lord Salisbury's über den Stand der ostasiatischen Frage hat sie nichts von größerer Interesse gebracht. Das Haus verathet noch, nach ehrwürdiger parlamentarischer Sitte die Antworts-ansprüche auf die Thronrede, wobei die Mitglieder oder Gruppen der Opposition in Form von Labeldnoten allerdings Wünsche oder Beschwerden zur Sprache bringen. So brachte am Donnerstag der radikale Abgeordnete Pease (Quäker) die Sklavensfrage auf Lausibar vor. Dort ist die Sklaverei zwar gesetzlich abgeschafft, dauert aber als Thatsache fast unverändert fort, weil die arabischen Beamten alles thun, die Sklaven über das Vorkommen eines Gesetzes, kraft dessen sie sich durch Anmeldung bei der Behörde ihre Freiheit sichern können, in Unklarheit oder völliger Unwissenheit zu erhalten. Am Freitag brachte der parlamentarische Nationalrat John Redmond einen Antrag ein, der ein unabhängiges Parlament für Irland verlangte und mehr darauf berechnet war, den Liberalen und den von John Dillon geführten irischen Nationalisten als der Regierung ein Bein zu stellen. Aber Herr Redmond ist kein Parnell, und sein Mandat wurde dadurch vereitelt, daß die Unionisten mit der Erklärung, sie würden auch mit Homerule unter einem Reichsparlament zufrieden sein, für die Liberalen aber mit der Erklärung, sie hielten am Prinzip von Gladstone's Homerule-Bill fest, gegen das Amendement stimmten. Besseren Erfolg hatte ein von W. Redmond (Wunder des obigen) geleitetes Amendement, das „Wiedererwägung“ der Strafen der in englischen Gefängnissen befindlichen irischen Dynamiter (d. h. deren Vergnadigung) verlangte. Es ward u. a. von dem soeben in York gewählten konservativen Admiral Beresford und dem Liberalen Morton unterstützt und vereinigte, nachdem der Minister des Innern es mehr formell als sachlich bekämpft hatte, bloß eine Regierungsmehrheit von 22 Stimmen gegen sich. Sir Mathew White Ridley ließ klar durchschimmern, daß neue Vergnadigungen bevorstehen.

Der Versuch, die Marinebehörden darüber zur Rede zu stellen, daß sie den Schiffbau-Unternehmern die Vergünstigung der Streik-laute für gute kommen ließ, hat bisher nur soviel ergeben, daß sich die Behörden wahrlich nicht damit andern werden, daß nur 25 pCt. der Gewerkschaftsmitglieder von den Unternehmern ausgesperrt wurden, 75 pCt. aber auf Veranlassung der Gewerkschaft in Rückstand treten. Folglich ward zu drei Vierteln ein Streik und nur zu einem Viertel Arbeitssperre. Daß der Streik die Folge der Arbeitssperre war, kümmert die Behörden nicht, sie halten sich an die nackte Thatsache. So lautete dem Geiste nach die Antwort, die am Freitag der Regierungsvertreter dem liberalen Abg. Robertson gab. Am Montag wird derselbe nun die Frage direkt an den Minister Gorken stellen.

Tags vorher, am Donnerstag, hatte der Minister Mithie vom Handelsamt seine Meinung über den Maschinenbauerkampf im Haus zum besten gegeben. Aus Anlaß einer Debatte über die Bekämpfung des Exportprämien-Unfalls bemerkte der Minister, dessen Schlichtungswesen von den Unternehmern erst so ungnädig angenommen worden waren, es sei ihm von jemand, der die Sachlage genau kenne, auseinandergesetzt worden, daß wenn die Unternehmer die Freiheit der Betriebsführung gesichert hätten, für welche sie gekämpft, und nach seiner — des Ministers — Ansicht mit Recht gekämpft hätten, die Produktionskosten in der Maschinen-Industrie um ungefähr 15 pCt. erniedrigt werden könnten. Diesen Ziel müßten die Arbeiter im Verein mit den Unternehmern zustreben.

Auch Oberst Dyer hat sich wieder über den Kampf vernehmen lassen. In einem Londoner Klub hielt er am Mittwoch einen längeren Vortrag über die Lehren des Kampfes hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit. Er kam darin auf seine alte Anklage zurück, daß die Gewerkschaft den Kampf unter falscher Flagge geführt habe.

Während man in der Presse schrieb, der Unternehmerbund wolle die Gewerkschaften zerschmettern, habe ihm bei den Konferenzen mit den Gewerkschaftsvertretern keiner derselben eine klare und bestimmte Auskunft darüber gegeben, was denn die angemessenen Aufgaben einer Gewerkschaft seien. Seine eigene — Dyer's — Definition dieser Aufgaben sei folgende: Eine Gewerkschaft habe „den Arbeiter gegen jede Art Unterdrückung zu schützen, seine Löhne so viel als es die Lage der Industrie erlaube, in die Höhe zu bringen und die möglichst günstigen Arbeitsbedingungen für ihn zu erwirken. Dazu könne man noch die Funktionen einer Unterstützungskasse fügen. Die Betriebsführung aber müsse dem Unternehmer bleiben.“

So der „englische Stamm“, was er gegen die Lehre vorbrachte, daß lediglich die Arbeit Werth schaffe, ist hier gleichgültig. Von dem Führer des Unternehmerbundes ist die vorstehende Definition der Gewerkschaftsaufgaben immerhin interessant.

Herr Dyer antwortete Sir John Gorst, dem jetzigen Staatssekretär für das Erziehungswesen. Dieser radikale Lord, der sich nichts daraus macht, die Schulreformer öffentlich gegen dieselbe Regierung aufzutreiben, wendet sich u. a. gegen die Theorie, daß die Löhne unter allen Umständen von der Marktlage abhängig gemacht werden sollten. Unter einem gewissen Punkt dürften die Arbeiter die Löhne nicht sinken lassen. Könne die betreffende Industrie nicht dabei bestehen, so sei sie eben werth unterzugehen. Man könne sie vielleicht nicht mit einem Ruck ansrotten, aber man soll sie dann langsam aussterben und anderwärts ihren Platz suchen lassen, wo sie vortheilhafter betrieben werden könne. — Die Einstellung der aufgeperrten Maschinenbauer macht an einigen Orten noch Schwierigkeiten. Es werden Fälle von Nothregelungen und auch Beispiele gemeldet, wo Unternehmer die Erzeugung von Lohnreduktionen versucht haben. Die Leitung des Maschinenbauer-Vereins befolgt die Linje Politik, alle solche Fälle der Zeitung des Unternehmerbundes zu melden und um Abhilfe zu ersuchen. Verschiedentlich ist diese dann auch mit Erfolg eingetreten. Aber die kritischen Fraktionen werden doch wohl noch eine Weile dauern.

Verschiedene Blätter haben Berechnungen über die Kosten des Kampfes an Lohnverlusten u. a. aufgestellt und sind dabei zu lächerlich übertriebenen Resultaten gelangt. Thatsache ist, daß bei weitem nicht so viel Aufträge aus Ausland gegangen sind als während des Kampfes behauptet wurde. Rechnet man, daß alles in allem durchschnittlich 40 000 Arbeiter aller Kategorien 80 Wochen im Ausland waren und setzt man 25 Schillinge als Durchschnittslohn, so erhält man 1 1/2 Millionen Pfund Sterling oder 80 Millionen Mark. Dazu mag man noch eine halbe Million Pfund Sterling (= 10 Millionen Mark) Lohnverlust von Arbeitern anderer Gewerbe rechnen, die durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen wurden. (Die Hefeschmiede-Gewerkschaft allein berechnet ihren Verlust auf 8 Millionen Mark.) An Unterstützungen wurden etwa 750 000 Pfund bezahlt: 300 000 aus den Kassenfonds der Gewerkschaft, 300 000 durch Extra-Ausgabe von den fortarbeitenden Mitgliedern und 150 000 von anderen Gewerkschaften, freiwilligen Sammlungen und Beiträgen aus dem Auslande. Gut ebensoviele, wenn nicht mehr, wird man für Aufwendungen von Privat-Expatrien zu rechnen haben. Aber man kann die letzteren Beiträge nicht schlechtweg auf die ersteren schlagen und wird ferner festzuhalten haben, daß von den entgangenen Löhnen ein Theil von anderen Arbeitern eingenommen wurde und ein anderer Theil von den Aufgeperrten wieder eingeholt werden wird. Alles in allem wird der direkte Verlust auf 2 1/2 — 3 Millionen Pfund = 50 — 60 Millionen Mark geschätzt werden müssen. Wahrscheinlich groß genug, um seiner Ueberwindung zu bedürfen.

Am Freitag wurde der russische Revolutionär Burzew und der Drucker Bierlichy, der erstere Redakteur, der letztere Drucker des Blattes „Khabdowoleh“, das Wiederanbahnung der terroristischen Politik in Rußland empfahl, von den Geschworenen in Old Bailey zu der Aufforderung zum Morde für schuldig erkannt. Die glänzende Verteidigungsbrede des radikalen Lord Coleridge konnte die Geschworenen nur dazu bewegen, die Verurtheilung der Milde des Richters zu empfehlen. Trotzdem verurtheilte dieser Burzew zu 18 Monaten Strafbau (hard labour), während Bierlichy mit 2 Monaten davon kam. Der Verein „Free Russia“ hatte die Kosten der Verteidigung aufgebracht, aber ausdrücklich erklärt, daß er damit für die Anklagen Burzew's, der ein ziemlicher Wirtzopf zu sein scheint, keine Verantwortung übernehme.

Auffallend ist die große Gleichgültigkeit, welche die Presse, bis in die radikalsten Kreise hinein, dem Verlauf der Affäre gegenüber an den Tag gelegt hat. Einige Blätter finden die gegen Burzew erkannte Strafe zu hoch, aber dagegen, daß er überhaupt verurtheilt wurde, erhebt sich nirgends Einwand. Und doch hatte Burzew nicht die Hälfte von dem geschrieben und nicht von dem gethan, was vor jetzt vierzig Jahren dem Freund Ossini's, Dr. Bernard, zur Last gelegt wurde, ihn die Old Bailey Geschworenen unter dem Jubel Londons freigesprochen. Wie haben sich doch die Zeiten geändert!

London befindet sich jetzt mitten im Kampfe für die am 3. März stattfindende Erneuerung des Grafschaftsraths. Der Hauptkampf findet natürlich zwischen den Konservativen (Moderates) und den Radikalen (Progressives) statt, für welche letztere eine Reihe von Gewerkschaftsführern laudiblen. Die Unabhängige Arbeiterpartei ist mit fünf, die Sozialdemokratische Föderation — bis jetzt — mit vier Kandidaten in den Kampf eingetreten, deren Aussichten theilweise recht gut sein sollen. Einer der Kandidaten der Unabhängigen Arbeiterpartei, Frank Smith, wird auch von den Progressiven unterstützt, die anderen und die von der Föderation aufgestellten Kandidaten haben dagegen mit Progressiven und Gemäßigten zu kämpfen. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 14. Februar.

Aus dem Reichstage. Jetzt fangen selbst die Tribünenbesucher an, den Verhandlungen des Reichstages ferne zu bleiben, so daß lange Reihen der Sitzplätze leer stehen, während doch in der Regel bisher immer Mangel an Karten für die Tribünenbesucher herrschte.

Die Verhandlungen sehten heute mit der Berathung der Regierungsvorlage über die Abänderung der Konkursordnung ein. Die vorgeschlagenen Änderungen sind meist notwendig infolge der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dazu liegen Anträge vom Centrum (Minteln) vor, welche stark einschneidender Art sind. In welchem Geiste diese Anträge gehalten sind, das ergibt sich aus der Rede des Antragstellers Minteln, der den Standpunkt vertrat, daß Leichtsin und Frivolität in den meisten Fällen die Ursachen für die Konkurserklärungen seien.

Dieser Standpunkt verkennt die wirtschaftlichen Ursachen, die zu den leider nur allzuhäufigen Konkursen führen, doch so sehr, daß selbst die Abg. S. a. m. p. und v. Buchta erklärten, Herrn Minteln nicht folgen zu können. Den Standpunkt unserer Fraktion legte Singer dahin klar, daß wir den notwendigen Änderungen zustimmen, den Verschlimmerungen des Herrn Minteln gegenüber uns aber ablehnend verhalten. Die Vorlage nebst den dazu gestellten Anträgen wurden an die VI. Kommission verwiesen.

Bei der nun erfolgenden Fortsetzung der Berathung der Rölle und Steuern brachte Mollenbuhz wieder die Thatsache zur Sprache, daß der Bundesstaat Hamburg höhere Entschädigungen für seine Zollbeamten vom Reiche empfangt, als er an diese auszahlt. Der Vertreter Lübeds verwies unseren Genossen an die Hamburger Verwaltung. Mollenbuhz wies aber sofort nach, daß es sich um einen Staatsposten handelte und deshalb die Behandlung im Reichstage am Platze sei. Ein Vertreter des Reichs-Schatamtes gab dann zu verstehen, daß es allerdings nicht angehe, wenn Einzelstaaten an solchen Posten, die vom Reiche nur als Ersatz für wirkliche Ausgaben bezahlt werden, sich bereichern.

Eine höhere Verzollung der Fahrräder forderte Graf von Limburg-Stirum. Dr. Varrh widersprach und selbst der Agrarier-Professor P. a. s. e. machte dem Verlangen gegenüber darauf aufmerksam, daß wir bei ca. 5000 Zentnern Einfuhr in Fahrrädern einer Ausfuhr von 6000 Zentnern haben. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Rickert theilt der Staatssekretär v. Posadowsky mit, daß nach vor Inkrafttreten des Margarinegesetzes eine Regierungsentziehung bekannt gemacht werde, wie die gesetzliche Bestimmung über die getrennten Verkaufsräume in der praktischen Handhabung zu verstehen sei.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung der Staatsberathung.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute von seiner reichhaltigen Tagesordnung nicht einmal den ersten Punkt, die Berathung des Etats der Postverwaltung, erledigt. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Konservativen aus Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Wahlen einen Antrag auf Erhöhung der Gehälter der Postbeamten eingebracht hatten, über den sie sich, obgleich über die Nothwendigkeit der Gehaltsverhöhung dieser Beamten im ganzen Hause Uebereinstimmung herrscht, etwa fünf Stunden unterhielten. Auffallend war die große Schärfe, mit der sich die Regierung bei dieser Gelegenheit gegen eine angeblich in den Kreisen der Förster bestehende Agitation zur Verbesserung ihrer Lage wandte. Sowohl der Landwirtschaftsminister Febr. v. Hammerstein als auch der Finanzminister v. Miquel gaben den Konservativen darin recht, daß eine derartige Agitation zu verurtheilen sei, da sie zur Insubordination führe und die bisher königstreue Beamtenklasse unzufrieden mache. Und worin besteht diese ganze Agitation? In einem Fachorgan der Förster wird an die ganz unzulänglichen Besoldungen dieser Beamten mit feinen Worten Kritik angelegt, und außerdem haben einige Förster von dem ihnen nach der Verfassung zustehenden Petitionsrecht Gebrauch gemacht und sich, um auf eine sichere Berücksichtigung ihrer Wünsche rechnen zu können, direkt an einzelne Volksvertreter gewandt. Wahrlich, die Regierung muß mehr als furchsam sein, wenn sie schon hier eine Gefährdung des Staates erblickt! Ob die Gehälter der Förster, die jetzt 1200—1800 M. betragen, im nächsten Jahre erhöht werden, ist nach den Erklärungen der Regierungsvorrede zweifelhaft, Herr v. Miquel hielt bei dieser Gelegenheit wiederum seine bekannte Rede, in der er auf die Unzuverlässigkeit hinweist, eine einzelne Beamtenklasse besonders herauszunehmen und auf die allgemeine Gehaltsaufbesserung der Unterbeamten vertritt, die freilich von Jahr zu Jahr hinausgeschoben wird. Der Antrag wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen.

Morgen steht an erster Stelle die Verlesung der Interpellation Szynala (3) betr. ländliche Gefinde- und Arbeiternoth im Osten, an zweiter Stelle der Entwurf betr. Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-Gewerkschaftsklasse auf der Tagesordnung.

Zum Fall Vosse. Als die „Lib. Kor.“ ihre Enthüllung über das von dem Kultusminister aus eigener Machtvollkommenheit vergeblich versuchte Disziplinarvorgehen gegen den Privatdozenten Kronz brachte, schrieb die „Post“ am 13. Januar:

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Mittheilung den Thatsachen entspricht. Hätte sich der Vorgang wirklich so abgespielt, wie er hier dargestellt wird, so hätte der „Vorwärts“ nur zu Recht, wenn er behauptet, daß der Herr Kultusminister mit dem Bewußtsein gehandelt habe, durch das Vorgehen gegen Dr. Kronz seine Befugnisse überschritten zu haben, und daß er, nachdem er auf Widerstand gestoßen sei, ohne weiteres von seiner Absicht abging; es wäre dadurch der Nachweis erbracht, daß er lediglich eine Art von Uebertumpelung beabsichtigt habe. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Unterrichtsverwaltung sich zu einem so schwerwiegenden Schritte, wie die Disziplinierung eines Privatdozenten, entschlossen haben würde, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung davon gehabt hätte, daß ihr das Recht, disziplinarisch einzuschreiten, in vollem Umfange zusteht. Ebenso wenig, oder noch weniger, ist anzunehmen, daß die Unterrichtsverwaltung die Abfertigung des von ihr bestellten Kommissars durch den Privatdozenten einfach eingestrichelt haben würde, ohne weitere Schritte in der Sache zu thun. Letzteres wäre ein so bedenkliches Zeichen von Schwäche, daß wir an die Möglichkeit eines solchen Vorganges nicht glauben können. Es unterliegt keinem Zweifel, daß über diesen Vorgang bei den parlamentarischen Verhandlungen völlige Klarheit geschaffen werden wird.

Jetzt, wo nach Veröffentlichung der Schriftstücke („Vorwärts“ vom 12. Februar) die Richtigkeit der Meldung nicht mehr angezweifelt werden kann, sucht die „Post“ Ausflüchte. Entgegen ihrer jetzigen Darstellung hatte jedoch schon jene erste Meldung der „Lib. Korresp.“ berichtet, daß der verunglückte ministerielle Versuch zu scheitern die beiden bekannten Bittgänge an die Fakultät fiel.

Wenn die „Post“ jetzt, nachdem Herr Vosse sich im Abgeordnetenhaus zum „ungefährten“ Strafvolzug gegen Kronz mit oder ohne Gehör verpflichtet hat, ihre Vorwürfe nicht nur nicht aufrecht erhält, sondern sogar den Minister vertheidigt, so folgt daraus nur, daß die Gruppe Stumm ihre Abrechnung mit Herrn Vosse aufgeschoben hat, bis sich dieser Schwärmer für die „reine Bergelust der Freiheit“ das Obitium der Revolution von Kronz ganz auf den Hals geladen haben wird. —

Die agrarsozialistische Bewegung in Ungarn wird den magyarischen Machthabern von Tag zu Tag unangenehmer. Im Parlament und in der Presse wiederholt der Ansturm: „Der Sozialismus hat in allen Gegenden des Landes die Bevölkerung epidemisch ergriffen!“ oder, wie es der Abgeordnete Mohonyay leiblich drastisch ausgedrückt hat, man könnte mit rothen Fäden aus der Landkarte Ungarns den ganzen Weg ausstecken, den der Agrarsozialismus vom Nilsd nach Obergarn und von dort wieder in das Gebiet jenseits der Donau zurückgelegt hat. Der Agrarsozialismus macht, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ treffend sagt, vor keiner nationalen Schranke Halt. Das kermagyarische Nilsd ist sein Hauptquartier; südbungarische Grundbesitzer entlassen rumänische Arbeiter, die an sozialistischen Versammlungen und Vereinen theilnehmen sollen; in den Dörfern der nordungarischen Slowakei, woher die Regierung noch im vorigen Sommer den größten Theil der Streikbrecher bezog, wird eine sozialistische Versammlung nach der anderen abgehalten. Landarbeiter und Bauern nehmen daran theil. Die Bauern kennen in Ungarn keine Furcht vor den bösen Teufeln. Sie alle, Bauern und Arbeiter, Magyarern, Rumänen, Slowaken und Deutsche, umschließt dieselbe Kette der Ausbeutung und Unterdrückung. Wo immer die soziale Noth und die politische Rechtslosigkeit eine Volksbewegung hervorruft, von der sich die herrschenden Klassen bedroht glauben, kommt mit einem Mal die Erkenntnis von dem im Volke herrschenden Glend zu Worte, das bis dahin verschwiegen wurde. Die Abgeordneten des ungarischen Reichstages, ja selbst die offiziellen Blätter gestehen ausdrücklich zu, daß sich ein großer Theil der Landbevölkerung in der ärgsten Nothlage befindet; aber wer da meinen wollte, ein solches Zustand müsse den Appell an die Gewalt ausschließen, da man den Hunger mit Hintertugeln und dem Strick nicht heilen könne, der würde die Pesther Herrschaften sehr schlecht kennen. Im Gegentheil, der „Pester Lloyd“ schildert in einem und demselben Artikel die wirtschaftliche Bedrängnis des Landvolkes, um daraus den Schluss zu ziehen, daß der Agrarsozialismus nur das Werk gewissenloser Feinde sei, die das unwissende Volk behörden und irreführen und sich im Fänschen lachen, wenn sich die aufgeregte Menge zu Gewaltthatigkeiten hinreißt, für die sie dann mit ihrem Blute bezahlen muß. Er fordert die „zur Hilfe berufenen Doktoren“ — die Regierung, die Panduren und den Henker — auf, dem Ueberwuchern der krankhaften gesellschaftlichen Auswüchse durch einen operativen Eingriff Einhalt zu gebieten.

In diese Ausbrüche unverfälschter Rohheit mischen sich Weisheiten einer ebenso echten Dummheit und Unwissenheit, die oft einen grimmigen Humor in sich tragen; so wenn der Abgeordnete Mohonyay erzählt, er habe sich bei seinen eigenen Erhebungen von der Noth der Landarbeiter überzeugt, habe ihnen aber nicht helfen und sie nur auf die Regierung verweisen können, oder wenn ein Budapest Blatt aus Krak. berichtet, dort habe der Landes-Nationalverband die Macht der sozialistischen Gehapostel gebrochen, indem er wissenschaftliche Vorlesungen für das Volk veranstaltete, die den sozialistischen Versammlungen die Besucher abgogen. Dann aber ganz naiv hinzuflügt: Der Stadthauptmann hat die nach Krak. nicht zuständigen sozialistischen Agitatoren mit gebundener Marschroute aus dem Gebiete der Stadt

ausgewiesen.* In der That, ein Sieg mit geistigen Waffen nach echt ungarischer Art!

Geradezu rührend ist zu lesen, wie sich jetzt einer noch dem andern im Budapest Parlament für die Freiheit der Presse ausspricht; auch Minister Daranyi bleibt nicht zurück, wobei es ihm nicht im mindesten beizut, daß der Ministerpräsident Banffy vor drei Tagen eine Verschärfung der Pressgesetze ankündigte, weshalb sich dann das ganze Pressfreiheitsgerede im Abgeordnetenhaus entsponnen. Die Regierung kann ruhigen Muthes versprechen lassen, daß er die ungarische Pressfreiheit nicht abändern wolle. In Ungarn muß jede politische Zeitung eine Kaution von 12 500 fl. (21 000 M.) hinterlegen; wegen einer Bemerkung von ein paar Worten, die dem Staatsanwalt als „politisch“ erschienen war, sind Redakteure nicht-politischer Blätter schon wiederholt zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt worden; ein sozialistischer Redakteur wird von den ungarischen Geschworenen, siehe die Sache wie sie wolle, stets verurtheilt. Mit einer solchen Pressfreiheit, deren sich wohl kein zweiter Staat in Europa rühmen kann, darf sowohl Banffy als das Pesther Parlament ganz zufrieden sein und sie „unentwegt“ vertheilen. Die Pressfreiheiten der ungarischen Abgeordneten, die zugleich mit den Uebertragungen des Standrechtes ins Land gehen, wird kein Vernünftiger als anderes denn eine Komödie erkennen.

In einer Versammlung des Verwaltungsausschusses des Pesther Komitats erhoben am Sonnabend Baron Prouay, ein alter Anhänger der sogenannten Achtundvierziger Partei, und Julius Galner, ein hervorragendes Mitglied der Nationalpartei, also ein Radikaler und ein Radikaler, die Forderung, die Regierung solle das Pressgesetz und das Versammlungsgesetz einschränken. So viel sind diesen Beschützern der Freiheitsprinzipien des Jahres 1848 Press- und Versammlungsfreiheit werth, wenn es gilt, die Arbeiter, die sich zur Abwehr gegen die Ausbeutung organisiren, zu knebeln. Die Regierung geht diesen Freiheitshelden noch zu schonend vor, und doch hat sie wirklich alles vorgeführt, daß dem Arbeiter jede Möglichkeit der freien Meinungsäußerung benommen werde. Daranyi versichert, es habe sich ein Ausnahmismittel finden lassen, daß die Staatsanwälte innerhalb der bestehenden Gesetze sozialistische Blätter und Broschüren vor ihrem Erscheinen konfisziren und vor der Versendung durch die Post in Beschlag nehmen könnten. Endgiltig werden dann die Geschworenen gerichte über die Beschlagnahme zu entscheiden haben; bei der Stimmung, die im Gerichtum herrscht, darf sich der Staatsanwalt auf sie verlassen. So hat die Regierung durch eine geschickte Auslegung innerhalb der „bestehenden Gesetze“ ein Ausnahmengesetz für die Arbeiterpresse geschaffen; man sollte denken, daß sei eine Verleumdung, die ihr das volle Vertrauen auch der ängstlichsten Welttheile verschaffen müßte. Und doch hat der Minister Daranyi den Vorwurf hören müssen, daß die Regierung das sozialistische Blatt im Sjaboleser Komitat, den „Szlomivöl“, zu gelinde behandle, und nicht einmal seine Verwendung, daß das ein Verbrechen sei, denn es schwedete ja vier Pressprozeße gegen den „Szlomivöl“, befriedigte die Abgeordneten vollständig. „Aber bisher ist es nicht geschehen!“ rief man ihm entgegen. Herr Daranyi hätte sich seinen Muthes wirklich ersparen können, Bürgerthum und Junkerthum von Ungarn stehen im Kampfe gegen die Arbeiter trenn geschaart hinter der Regierung und ihren Gendarmen und Henkern.

Das erste Opfer ist gefallen. In Karasz im Sjaboleser Komitat haben die Gendarmen ein wehrloses Weib nieder. Die Budapest Blätter schildern den Vorfall folgendermaßen: Die Arbeiter wollten ihre gefangenen Gesinnungsgenossen befreien. Die in Bereitschaft gehaltenen Gendarmen forderte die Menge auf, sich ruhig zu verhalten; das Volk drang auf die Gendarmen ein, so daß diese die Bajonette fällten. Ein Weib wollte die Waffe dem Gendarmen entreißen. Der Gendarm stieß das Bajonett der Frau in die Brust, so daß diese sofort todt zusammenfiel. Erst jetzt gelang es, die Menge zu zerstreuen. Es wurden bisher fünfzehn Verhaftungen vorgenommen. Aus Ungar wurde eine Kompanie Infanterie nach Karasz kommandirt. Da jedoch die Soldaten aus dem Sjaboleser Komitat rekrutirt wurden, fürchtet man, daß die Mannschafft mit den Sozialisten fraternisiren werde. —

Die Minister für Inneres, Justiz und Ackerbau haben an die ihnen unterstellenden Organe die dringende Weisung ergeben lassen, die in der Provinz zu tage tretende Bewegung mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen, die Führer im Auge zu behalten und durch gebotenes rasches Dazwischentreten das Umsichgreifen der Agitation zu verhindern. Die Gerichte erhalten die Ermächtigung, aufreizende Schriften, sobald sie von deren Verbreitung oder Verbreitung Kenntnis erhalten, sofort zu konfisziren. — Also Schießen und Konfisziren!

Aus dem Sjaboleser Komitat werden telegraphisch neue blutige Zusammenstöße der Bauern mit der Gendarmen gemeldet.

In den Vorgängen in China liegen folgende Mittheilungen vor. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Der Kaiser von China hat durch einen besonderen Erlaß den Generalgouverneur und die oberen Behörden der Provinz Kiangsu, in welcher Shanghai liegt, angewiesen, dem Prinzen Heinrich einen nach jeder Richtung hin würdigen Empfang zu bereiten.

England verhandelt wegen der Oeffnung Hian-Tschou's in Gunnan als Vertragshafen sowie wegen der Schifffahrt auf den Binnengewässern. Rußland soll angeblich auch diesen Forderungen in den Weg treten.

Wie die „Times“ aus Odessa vom 13. d. M. melden, ging der Kreuzer „Lamboss“ nach Vladivostok in See mit 1000 Mann, 56 Hülfswundärzten und einem Stab von Krankenträgern an Bord.

Aus Shanghai wird gemeldet! Ein Berichterstatter der „China Gazette“, der Port Arthur besuchte, versichert, daß die Russen dort beschäftigt seien, Kohlenlager zu bauen, wo sie 10 000 Tonnen unterbringen können. Zwei russische Kreuzer ankern in Port Arthur, drei andere in Lalienwan. —

Deutsches Reich.

— Todesfälle. In Potsdam ist am Sonntag früh der Chespräsident der Oberrechnungskammer, Wirkl. Geh. Rath v. Wolff und am Sonnabend das Mitglied des Herrenhauses, Schlosshauptmann und Kammerherr Hugo Graf v. Matschka Freiherr v. Greiffenclau in Wiesbaden gestorben.

Am Sonnabend starb der frühere Chef der Kolonialverwaltung, Reichsgerichtsenatpräsident Dr. Rager in Leipzig. Er galt als ausgezeichneter Jurist; als juristischer Lehrer der Söhne des Fürsten Bismarck kam er mit diesem in Berührung und so zu einer auffallend raschen Karriere. Die an die Kolonialverwaltung anlässlich der Fülle Peters, Wehlen u. a. geknüpften Kritik Bebel's führte zu seinem Rücktritt. Seine Ernennung zum Senatspräsidenten am Reichsgerichte hatte unter den Reichsgerichtsräthen zu arger Missstimmung geführt. Man hielt ihn für einen sehr begabten, aber nicht genügend selbständigen und energischen Beamten. —

— Zur Innungsorganisation. Wie die „N. B. Z.“ erfährt, dürften schon in der nächsten Zeit die näheren Bestimmungen über die Festsetzung des Zeitpunktes erlassen werden, von dem ab die bestehenden Innungen sich darüber zu entscheiden haben werden, ob sie als freie Innungen fortbestehen oder sich in Zwangsinnungen umwandeln wollen. Ebenso wird demnächst auch die Frist festgesetzt werden, innerhalb der die mit den Rechten aus § 100 a oder 100 f der Reichs-Gewerbe-Ordnung ausgestatteten Innungen den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinnung stellen können. —

Weimarer Landtag. (Sig. Ber.) Anlässlich des Proletes gegen die Wahl des Abg. Dorubialik-Zena brachte unser Genosse Abg. Baudert eine Reihe Resolutionsanträge über Wahlbeeinflussungen anlässlich der letzten Landtagswahl zur Sprache; er wies auf die Nothwendigkeit, ein Wahlreglement zu erlassen, hin. Bei den Reichstagswahlen sei ein solches vorhanden, und democh seien in diesem Wahlkreise Beeinflussungen vorgekommen (Reichmuth), an denen selbst die großherzogliche Staatsregierung mit Interesse sei. Ohne ein Reglement zu den Landtagswahlen würden die Folge noch viel mehr Wahlverfälschungen und Beeinflussungen vorkommen. —

Die Wahl des Abg. Dornblüth wurde gegen 3 Stimmen für gültig erklärt.

München, 12. Februar. (Fig. Ber.) Bayerischer Landtag. In der heutigen Kammer Sitzung erklärte Minister v. Freilich zu dem vom Genossen Scherm eingehend begründeten Antrag unserer Genossen betr. die Anstellung weiblicher Assistenten bei der Fabrik- und Gewerbe-Zuspektion, daß er sich gegen die Anstellung weiblicher Beamter nie prinzipiell ausgesprochen habe, aber das einstimmig ablehnende Votum der Fabrik- und Gewerbe-Zuspektion habe ihn veranlaßt, ein Bedürfnis hierfür zur Zeit nicht anzuerkennen. Gleichwohl solle jetzt ein Versuch mit zwei weiblichen Hilfskräften gemacht werden und, wenn er sich bewähre, so sei es seine feste Absicht, weibliche Assistenten schon ins nächste Budget einzustellen. Auf diese befriedigende Erklärung des Ministers bin zog Genosse Scherm im Einverständnis mit seinen Freunden seinen Antrag zurück.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen: Die Staatsregierung zu ersuchen: für eine den thätigsten Verdiensten der Arbeiter mehr entsprechende Festsetzung der ordentlichen Tagelöhne sowie des durchschnittlichen Jahres-Arbeitsverdienstes für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter Sorge zu tragen.

Aus Hessen, 11. Februar. (Fig. Ber.) Landtag. Heute gab das Kapitel Gendarmerie den Verhandlungen der zweiten Kammer Inhalt und Würze. Die Vertreter vom Lande, einzelne Nationalliberale und antimilitärische Bürgermeister wandten sich gegen die geplante Vermehrung der Gendarmerie, die die Regierung „im Interesse des Sicherheitsdienstes“ verlangte. Die Schilanzung durch überreizte Gendarmen, insonderheit seitens der aus Preußen importierten Unteroffiziere, hat die Herren auffällig gemacht. Abg. Höpfer (Reformp.) erging sich in derben Ausfällen auf das „Preussenthum“ und Abg. Währ (Reformp.) beantragte, die Forderung für Vermehrung der Gendarmerie zu streichen. Als Rezept gegen den Ueberreiz im Anzeigern empfahl er Entziehung der Extra-Remunerationen. Abg. Rau (Soz.) wies auf die übergroße Fürsorge hin, die die Polizei der Ueberwachung von Arbeitervereinen und Versammlungen angedeihen lasse. Die Zeit könne man sich sparen, dann komme man mit der vorhandenen Zahl der Beamten schon aus. Selbst der Abg. Pittman, der seine Jungferrede hielt und sich darin als nationalliberaler Cicerone erwies, meinte, die Bemühungen um die Feierabendstunden könne sich die Polizei ersparen. In Pittmans, der an stelle seines freisinnigen Verwandten gleichen Namens gewählt worden ist, haben die Nationalliberalen einen Mann mehr gewonnen. Auch ein Erfolg des indirekten Wahlverfahrens, daß bei Nachwahlen der Wählerchaft keinerlei Einfluß mehr gestaltet! Die Abg. Ulrich und David erweiterten noch das Material durch Hinweis auf die Bemühungen der Gendarmen, um uns die Versammlungsfälle abzutreiben. Gegenüber den Angriffen des Abg. Osann, der die preussisch-deutsche Reichsregierung als erbabenes Verdienst des geschmähten Preussenthums feierte, erklärte Abg. David, daß wir weder gegen das preussische Volk noch gegen die Reichseinheit als solche seien. Unsere Stellungnahme habe nichts mit jenem Philisterpartikularismus, der in Preußen herrsche, zu thun. Das Preussenthum, das wir bekämpfen, sei das preussische Junker- und Bürokratenhum, das die Reichseinheit sowohl früher verhindert, als auch heute noch auf die Zerschörung desselben durch Angriffe auf das Reichstags-Wahlrecht hinarbeite. Abg. Ulrich sagte als Referent unsere Gründe für Ablehnung wirksam zusammen. Trotzdem wurde die Forderung gegen die 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Antisemiten angenommen. — Unsere Genossen haben einen Antrag auf Besetzung der Feierabendstunden bei Versammlungen eingebracht.

Aus den Reichsländern, 13. Febr. (Fig. Ber.) Unterstaatssekretär v. Puttkamer, die maßgebende Persönlichkeit im Ministerium für Elsaß-Lothringen, glaubte vor einigen Tagen anlässlich der ersten Sitzungsung im Landesausschuß die Klagen der Opposition über die jämmerlichen innerpolitischen Zustände des Landes dadurch niederschlagen zu können, daß er in der Pose des großen Staatsmannes mit Gelassenheit das große Wort aussprach: „Es giebt keine Diktatur in Elsaß-Lothringen.“ Da wir es für überflüssig halten, mit Herrn v. Puttkamer über den Begriff der „Diktatur“ zu rechten, so wollen wir uns an dieser Stelle darauf beschränken, auf der allerjüngsten Zeit einige Beispiele reichsländischer Verwaltungspraxis anzuführen, die dem Leser das Material zur Beurteilung des lähnen Ministerwortes an die Hand geben sollen.

Nr. 1. Vor etwa einem Jahre wandten sich die Textilarbeiter Mühlhausens mit einem Gesuch an die zuständige Behörde um Genehmigung eines Verbandes elsäß-lothringischer Textilarbeiter. Bis heute harren sie umsonst der Nachricht über das Schicksal ihrer Eingabe, jedoch angenommen werden muß, man habe die Gesuchsteller nicht einmal einer Antwort für würdig erachtet.

Nr. 2. Gegenwärtig unterliegt der Entscheidung des Ministeriums eine Beschwerde des provisorischen Vorstandes eines für Schilligheim errichteten Arbeiter-Bildungsvereins gegen den Bezirkspräsidenten des Unterelsaß, der den hierum nachsuchenden Arbeitern die Genehmigung des Statuts verweigert hatte. Da der Verein laut Statut nur den Zweck verfolgen sollte, „seine Mitglieder nach jeder Richtung hin anzuführen und zu belehren“, so ist anzunehmen, daß Auffklärung und Belehrung mit der elsäß-lothringischen „Freiheit“ unvereinbar sind.

Nr. 3. Der Oberstaatsanwalt in Kolmar hat vor kurzem die Beschwerde gegen die Entscheidung des Straßburger Staatsanwalts, der die Erhebung der öffentlichen Klage gegen den Polizeikommissar Noack abgelehnt, nach Prüfung der Akten“ abschlägig beschieden. Noack war in durchaus ungeschicklicher Weise in die letzte Landkonferenz unserer reichsländischen Genossen eingeladen und hatte deren Verhandlungen gewaltsam unterbrochen.

Nr. 4. Am verflochtenen Freitag wollte Genosse Wöhle in Straßburg in einer öffentlichen Versammlung über seine Thätigkeit als Mitglied des Reichstags für Unterelsaß vor seinen Wählern Bericht erstatten. Das Bezirkspräsidium verbot ohne jede Angabe von Gründen die Versammlung, da man es in Elsaß-Lothringen nicht nötig hat, einem Sozialdemokraten die Erfüllung seiner politischen und staatsbürgerlichen Pflichten zu ermöglichen. Schlimm genug, daß man noch nicht so weit ist, die Wahl eines solchen durch Erlaß des Bezirkspräsidiums verbieten zu können.

Jedem verständlich und rechtlich denkenden Menschen werden diese wenigen Beispiele reichsländischer Regierungskunst genügen; doch: „Es giebt keine Diktatur in Elsaß-Lothringen“, und — Herr v. Puttkamer ist ein großer Staatsmann.

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Plegny wird der „Presl. Morg. Ztg.“ unter dem 11. Februar geschrieben: Einen argen Erzeß verübte am 14. Januar d. J. der Fleischergeselle Josef Jandubec, aus dem Kreise Rastdorf gebürtig, der sich hier in Stellung befand. Er belästigte am Abend des genannten Tages die Passanten der Burgrasse und wurde schließlich nach dem Polizeiamt gebracht, von wo er nach Feststellung seiner Personalien nach dem Polizeigefängnis übergeführt wurde. Auf dem Wege dorthin hatten die Polizeibeamten einen schweren Stand, da Jandubec seiner Verhaftung energigsten Widerstand entgegen setzte und die Beamten mit Schimpfreden überschüttete. Als er dann in eine Zelle eingesperrt wurde, schlug er mit den Füßen ein Loch in die Wand und erging sich in Schmähsungen gegen den Kaiser und den Oberbürgermeister. Von den letzteren Beleidigungen konnte ein Mitbeteiligter Zeugnis ablegen, der auch erklärte, Jandubec habe am anderen Tage von diesen Dingen nichts mehr gewußt. In der That wurde festgestellt, daß er stark angetrunken gewesen, daß er aber sinnlos betrunken, wie er behauptete, hielt die Strafkammer, die sich mit der Sache beschäftigte, nicht für erwiesen. Jandubec wurde wegen Majestäts- und Beamtenbeleidigung, Widerstandes, Sachbeschädigung, Lärms u. s. w. zu vier Monaten Gefängnis und zwei Wochen Haft

verurteilt, den Verurtheilten auch die Publikationsbefugniß zu gesprochen.

Dem Landgericht in Altona wurde der Schuhmachergeselle W. Koch aus Barmstedt wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr beantragt. Die Verurtheilung erfolgte auf Grund der Aussagen des Korbmachers J. Schuldt, der auch die Deponierung eingereicht hatte, und seiner Frau, bei welchen K. vor ca. einem Jahre längere Zeit gewohnt hat.

Oesterreich.

— Graf Kalnoky, der frühere österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, ist gestern im 66. Lebensjahre gestorben. In den Anfangsjahren seiner diplomatischen Laufbahn war er auch in Berlin thätig, von 1879-81 war er Botschafter in Petersburg, von wo er zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nach Wien berufen wurde. Als er sich zu Gunsten der Klerikalen in die kirchenpolitischen Streitigkeiten in Ungarn einmischen wollte, erzwang im Mai 1893 die ungarische Regierung seinen Rücktritt. Er galt als entschiedener Vertreter des Dreibundes und einer antirussischen Politik auf der Balkanhalbinsel.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Deputirtenkammer. Der Arbeitsminister Lurzel legte den Gesetzentwurf betreffend den Bau einer Stadtbahn vor.

Schweden.

— Dem Reichstag ist von der Regierung ein „Reform-Vorschlag“ betreffend die kommunalen Wahlen zugegangen. Im Jahre 1896 war ein Komitee eingesetzt worden, das Vorschläge nach dieser Richtung auszuarbeiten sollte, deren Publikation im Sommer 1897 erfolgte. Sofort erhob sich ein Protest der gesamten liberal-gesinnnten Bevölkerung, denn man hielt ganz am alten Prinzip fest, der Stimmberechtigung nach dem Vermögensstand, es fand nur eine kleine Herabsetzung der Stimmsummen statt, die eine einzelne Person in sich vereinen konnte.

Dennoch ist der jetzige Regierungsvorschlag noch mehr in seinen „Reformen“ beschnitten. Eine prinzipielle Aenderung soll „aufgeschoben“ werden, bis eine Steuer-Enquete vorliegt und vorläufig nur theilweise Neuvertheilungen stattfinden. Bei den eigenartigen schwedischen Verhältnissen und dem bestehenden karmosen Kommunal-Wahlrecht haben die Junker im größten Theil der Kommunen die Alleingewalt. Die Junker-Regierung will ihnen dieselbe natürlich nicht zerstreuen. Gelegentlich der Vorlage dieses Antrages der Regierung führte Hjalmar Branting (Soz.) u. a. aus:

Der Antrag sucht die industriellen großen Einkommen in ihrem Einfluß zu schmälern, das ist ein Kompliment gegen die Reformforderer, aber der Grundbesitz bleibt in unerschütterter Alleingewalt, er, der gerade die rückständigsten Vertreter ausweist. Die Annahme dieses Antrages würde für lange Zeit die Verhältnisse festlegen, da man behaupten würde, man habe reformirt, und darum sei es besser, den Antrag ganz abzulehnen. Er müsse die Macht haben warnen, nicht in dieser Weise fortzuführen. Infolge der augenblicklich sehr guten Geschäftslage in Schweden herrsche eine verhältnismäßige Zufriedenheit, aber das könne anders kommen, und dann würden die Volksmassen, die keine Städte hätten, wo sie ihre Wünsche ordentlich zu Gehör bringen können, denn doch vom Horne gepackt werden, daß man sie von allen Rechten ausschliesse. Jetzt, in den friedlichen Zeiten, müßte ein verhältnißmäßig Nachhader dem Reformbedürfnis entgegenkommen. Auf diese Rede antwortete kein Parlamentsmitglied und auch kein Regierungsvorsteher.

Norwegen.

— Die Ministerkrisis, welche das Ergebnis der letzten Wahlen zur Nothwendigkeit gemacht hat, ist nun eingetreten. Der Präsident des Storting, der Chef des früheren radikalen Kabinetts, Steen, hat die Bildung des neuen Kabinetts übernommen.

Italien.

Rom, 12. Februar. Heute wurde in der Kammer zur Auflösung der Universitätsprofessoren geschritten, da nach dem Gesetznur zehn im Parlament sitzen dürfen, während 20 gewählt worden sind. — Der Häuser-Ausschuß, der in Rom über Crispi abzurathen hat, ist dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, am Ende seiner Thätigkeit angelangt. Nach den getriggen Blätterberichten seien drei Mitglieder für Ueberweisung Crispi an die gewöhnlichen Gerichte, zwei für die Ueberweisung an den Senat gewesen. Die erheeren nehmen an, daß Crispi als Privatmann, die zweiten dagegen, daß er als Minister Geld von der Bank in Neapel erhalten habe.

Spanien.

Barcelona, 13. Februar. Etwa 10 000 Personen versammelten heute eine Kundgebung, in welcher sie gegen die in dem Gesängnisse Montjuich gegen Anarchisten begangenen Grausamkeiten Einspruch erhoben. Eine Protest-Erklärung wurde auf dem Bürgermeisterrate und in den Konsulaten von Frankreich und England niedergelegt.

Cuba.

Havana, 13. Februar. In einer Versammlung des radikalen Flügels der Autonomisten wurde beschloffen, Verhandlungen mit den Aufständischen zu eröffnen, da man glaubt, daß der Aufstand nicht mit Waffengewalt unterdrückt werden könne.

Rumänien.

Bukarest, 12. Februar. Die Deputirtenkammer und der Senat genehmigte den Gesetzentwurf, betr. die Erhebung einer Konsumsteuer von 15 Cent. für das Kilogramm Zucker.

Türkei.

Konstantinopel, 14. Februar. In unrichteten Kreisen wird entgegen anders lautenden Meldungen versichert, daß der Sultan auf das Memorandum des armenischen Patriarchen nicht geantwortet hat, weshalb der Patriarch beabsichtigt, den Sultan nochmals zu bitten, daß er die Angelegenheit schnell erledige, da sonst zu befürchten sei, daß die zur Verweisung getriebenen Armenier zur Selbsthilfe greifen werden.

Das Verlangen Bulgariens, den durch die Vorfälle im Vilajet Kestab kompromittirten Kalmak von Palanta abzusehen, wurde abgelehnt, jedoch wurde der Woli von Kestab beantragt, eine Untersuchung gegen die kompromittirten Personen zu veranstalten. Das Blatt „Malmat“, welchem Beziehungen zu Hofkreisen zugeschrieben werden, veröffentlichte einen langen Artikel, der sich gegen die Berichte der bulgarischen Presse über Vorfälle in den Vilajets Kestab, Monastir und Salonika richtet und in sehr heftiger, drohender Sprache abgefaßt ist. Der Artikel, welcher von allen türkischen Blättern abgedruckt worden ist, bestreitet alle Angaben der bulgarischen Presse und erklärt, die Verurtheilung in den genannten Vilajets sei nur eine Folge von Treibereien bulgarischer Wanden.

Griechenland.

Athen, 13. Februar. Der Ministerrath beschloß, die Deputirtenkammer im Laufe dieser Woche und zwar voraussichtlich am Donnerstag zur Abstimmung über die Finanz-Vorlagen zusammenzubekufen.

Amerika.

— Zollpolitik Kanadas. Aus Ottawa wird telegraphirt: Dem Parlament wird zu Beginn der diesjährigen Sitzungsperiode ein Gesetzentwurf zugehen, durch welchen die Tarifbestimmungen in der Weise abgeändert werden, daß, vom Ablauf des deutschen und belgischen Handelsvertrages an, der Vorzug von 25 pCt. nur noch Waaren aus England und den britischen Kolonien gewährt werden wird.

— Unterstützung der kubanischen Insurgenten. Wie eine Depesche aus Tampa (Hafen im westlichen Florida) meldet, hat eine kubanische Expedition in der Stärke von etwa 70 Mann Sonnabend Nacht Tampa verlassen, um sich mit einer großen Menge Waffen und Munition nach Kuba zu begeben.

— Anarchie in Guatemala. Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Guatemala herrscht in ganzen Lande Anarchie wegen des Todes des Präsidenten Barrios und des Komplotzes der Führer, um die Herrschaft zu erlangen. Der vom Militär zur Präsidenschaft berufene General Mendizabal marschirt dem genannten Matle zufolge mit einer großen Streitmacht auf die Hauptstadt zu.

Sibirien.

— Ueber den Bau der sibirischen Bahn werden der „Vossischen Zeitung“ aus Ostasien einige Mittheilungen gemacht, die den bisherigen Meldungen von den schnellen Fortschritten und der in wenigen Jahren zu erwartenden Vollendung des gewaltigen Bahnbauwerkes entgegenstehen. Bisher hofft man, so schreibt die Korrespondenz, die große sibirische Eisenbahn werde spätestens im Jahre 1902 vollendet sein. Den letzten Zeitungen aus Ostasien zufolge wird aber wohl noch wenigstens ein Jahrzehnt darüber hingehen, bis man von Petersburg bis Wladimostok mit der Bahn fahren kann. Die nicht ganz 800 Kilometer lange Strecke von Wladimostok bis Chabarowka ist fertig; doch ist das rollende Material nicht ausreichend, weshalb die Abfertigung nur langsam geht. Zwischen den Orten Chabarowka und Strjenski, die mehr als 2100 Kilometer von einander entfernt sind, ist noch kein Spatenstich gethan. Die dritte und letzte Strecke in Ostasien, von Strjenski bis zum Baikalsee, ist gleichfalls fertig. Im Sommer werden die Jägere bereits auf zwei großen, von Krasnojarsk geleiteten Dampfzügen über den Baikalsee hinübergeführt. Dagegen befinden sich in Westsibirien zwei weitere große Räden. Auch hat man die Baikalsee-Ringbahn, die um das Süden des Sees gehen soll, noch nicht begonnen. Ueberausend kommt die Nachricht, daß man die sibirische Bahn möglicherweise nun doch nicht durch die chinesische Mandchurie führen wird. Die über diesen Plan vertriebene viele Tinte wäre dann also nutzlos geblieben. Anfänglich glaubten die Techniker, der Bahnbau im westlichen Theile des nördlichen Theiles der chinesischen Mandchurie würde wenig Schwierigkeiten bieten, weil die dortige Gegend eben wäre. Bei näherem Zusehen hat man indessen gefunden, daß diese Ebene voll Sümpfen und zudem von Flüssen mit sehr unregelmäßigem Laufe durchschnitten ist. Man würde dort also eine Menge kostspieliger Brücken zu bauen haben, während am östlichen Ende mit vielen Durchbohrungen von Bergen zu rechnen ist. Die Flüsse scheinen deshalb jetzt wieder zweifelhaft geworden zu sein, ob sich eine Umgehung der chinesischen Mandchurie nicht doch leichter ausführen läßt.

Wahlbewegung.

Aus Spandau wird geschrieben: Unter Ausschluß der Öffentlichkeit — Sozialdemokraten hatten keinen Zutritt — präsentirte sich am Freitag der von dem Ordnungsbüro für den Kreis Osthavelland aufgestellte Kandidat, Richtermeister Pauli-Pöschmann, den hiesigen „national gesinnten Wählern“. Sein politisches Glaubensbekenntniß legte er dahin ab, daß er für ein starkes Meer und Marine, sowie für die Erhöhung der Kornpreise eintreten wolle; die gegenwärtige Marinevorlage sei sehr beschleunigt, er werde, wenn es verhältnißmäßig noch mehr bewilligen. Seine Stellung zur Judenfrage kennzeichnete Herr Pauli als einen Antisemiten vom reinen Wasser.

Kandidaturen der freisinnigen Volkspartei sind aufgestellt in Teltow-Breestow-Charlottenburg (Dr. med. H. Bernheim), in Hof (Oberhausen) Dr. phil. Robert Wagner, und in Forstheim-Duxlaß-Tabitzant Albert Waischofer. Im Wahlkreis Ruppin-Templin ist als Kandidat der vereinigten konservativen, nationalliberalen Parteien und des Bundes der Landwirthe Herr Rechtsanwalt Dietrich aus Prenzlau aufgestellt.

In einer hiesigen Volksversammlung im Dorfe Gäßebiele wurde am Sonntag als sozialdemokratischer Kandidat für den Wahlkreis Königberg in der Neumark einstimmig der Parteigenosse Otto Götze aus Charlottenburg aufgestellt. Es sind nun in sämtlichen 26 Kreisen der Mark Brandenburg Kandidaten unserer Partei aufgestellt.

In ergüblicher Weise haben die beiden freisinnigen Parteien in Schleswig-Holstein wieder eine Probe ihrer „Einigkeit“ gegeben. Während der Wahlkreis Schleswig-Gedernförde von dem Vaterlandspartei-Lorenzen vertreten. In dieser Zeit nun mit aller Entschiedenheit eine Wiederwahl ablehnten, haben auf einer Konferenz in Schleswig, an der von beiden Parteien 63 Delegirte theilnahmen, die freisinnigen der Volksparteier Jakobson, einen Ueberfallanten in Schleswig, mit 52 Stimmen gegen 1 aufgestellt. Im Falle der Wahl dieses Herren hätten nun die Nichterlichen ein Mandat mehr und die Nichterlichen eines weniger gehabt. Das glauben die Leiter der „Vereinigung“ in Kiel nicht zulassen zu können und von Kiel aus wurde an den Führer der freisinnigen Vereinigung in Schleswig das Ersuchen gestellt, zur Schämpfung der Kandidatur Jakobson ein neues Komitee zu bilden. Der Herr zog es jedoch vor, von diesem Schreiben dem Komitee für Jakobson Kenntnis zu geben. Nun ist die Entkräftung auf Seiten der Volksparteier groß und sie machen der Vereinigung nicht mit Unrecht den Vorwurf, daß sie eine Spaltung unter den bis jetzt einigen freisinnigen im Wahlkreis Schleswig-Gedernförde, hervorgerufen haben. Der Kampf kann also zwischen den feindlichen Brüdern wieder losgehen.

Im Kreise Weichensel-Raumburg-Zeiß haben Konservativen, Nationalliberale und Bund der Landwirthe sich auf die Kandidatur des Rittergutsbesizers Dippe aus Plotha geeinigt. Von unserer Seite kandidirt Redaktor Adolf Thiele aus Halle.

Für Bromberg will der Regierungspräsident v. Tiedemann als konservativer Kandidat auftreten.

Aus Stumms Wahlkreis. Nach einer Erklärung, die in Stumms Leiborgan abgegeben wird und wahrscheinlich von dem nationalliberal-konservativen Wahlkomitee ausgeht, dürfte es doch noch möglich sein, daß unser bisheriger bewährter Reichstags-Abgeordneter für eine Wiederwahl zu gewinnen sein wird. Es heißt dann weiter, daß bis zu den Reichstagswahlen Verhältnisse eintreten können, welche es Jch. v. Stumm als unabwendbare, patriotische Pflicht erscheinen lassen, von seinem Entschlusse zurückzutreten. — Auch wir hoffen, daß Herr v. Stumm als „bewährter“ Agitator für die Sozialdemokratie im Reichstage erhalten bleibt.

Der Verein der freisinnigen Partei im 21. sächsischen Reichstags-Wahlkreis Annaberg-Eibensfeld beschloß, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen mit keiner anderen Partei irgend ein Wahlbündniß einzugehen.

Im 1. weimarschen Wahlkreis, der durch den konservativen Abgeordneten Reichnuth im Reichstage vertreten wird, ist jetzt als gemeinsamer Kandidat der Konservativen, Freikonservativen, des Bundes der Landwirthe und der deutsch-sozialen Reformpartei der Landes-Branddirektor Oberst-Lieutenant A. Frhr. v. u. zu Glogastien aufgestellt worden. Die Zustimmung der nationalliberalen Partei zu der Kandidatur steht noch aus.

Partei-Nachrichten.

Die Sozialdemokratie des Regierungsbezirks Kassel und des Fürstentums Waldeck hielt am vorgestern Sonntag in Mellungen einen Parteitag ab, der von 29 Theilnehmern aus 14 Orten besucht war. Aus den Berichten der Delegirten ging hervor, daß in allen Wahlkreisen des Regierungsbezirks Kassel die Saalwahlberechtigung noch in Wäthe steht; nur in wenigen Orten können Versammlungen abgehalten werden. Die Einnahmen der Agitationskommission betragen im letzten Geschäftsjahre 1295,73 M., wovon 750 M. vom Parteivorstand hergegeben wurden; die Ausgaben für den Parteitag, von dem 30 000 Exemplare verbreitet worden sind, und die übrigen Kosten erforderten insgesamt 1292,93 M. Von den Beschloffen des Parteitages sind die folgenden von allgemeinerem Interesse. Mit dem Augenblick, wo der Reichstag geschlossen wird, hat die Agitationskommission ein allgemein gehaltenes Flugblatt in allen Wahlkreisen verbreiten zu lassen. Zur besseren Agitation unter der Landbevölkerung soll ein wöchentlich

erscheinenes Blatt gegründet werden; die Ausführung dieses Planes ist den Parteigenossen in Rassel überlassen. Alle Orte, wo eine Parteibewegung existiert, haben künftig 20 pSt. ihrer Einnahmen an die Provinzial-Zentrale abzuführen. In Beziehung auf die hessischen Gemeindevahlen wurde folgendes beschlossen: „Unter schärfster Betonung unserer Grundsätze in der Wahlrechtsfrage: Erlangung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Körperschaften, also auch zu den Kommunen, und unter energischer Bekämpfung aller diesem entgegenstehenden Bestimmungen, wie solche in der neuen Städte- und Landgemeinde-Ordnung für Hessen zu Tage treten, erachtet der Parteitag es als erste Pflicht der Parteigenossen der Provinz, in der gegenwärtigen Kommunalbewegung sowie bei allen Ergänzungswahlen für eine Vertretung unserer Partei in den Gemeindevollversammlungen zu wirken. Um eine entsprechende Vertretung vorzubereiten, hält der Parteitag eine ansehnlichere Vertretung aller kommunalen Angelegenheiten als bisher seitens der Parteigenossen für unbedingt am Platze.“

Zum Siege der Agitationskommission wurde Rassel bestimmt; die Wahl derselben ist den dortigen Parteigenossen überlassen.

Der Parteitag konnte anstatt um 11 Uhr erst um 8 Uhr seine Arbeiten beginnen, da nach Aussage des Bürgermeisters Log der Regierungspräsident eine Verordnung erlassen haben soll, wonach Versammlungen Sonntags vor 3 Uhr nicht tagen dürfen. Gegen diese Verfügung soll Beschwerde geführt werden.

Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Naunau-Görlitz, die am Sonntag, den 20. Februar nach Görlitz einberufen ist, wird u. a. die Frage der Reichstags-Kandidatur erledigen und Stellung zu den preussischen Landtagswahlen nehmen.

Von der Agitation. Im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland vertheilt die Spandauer Parteigenossen am Sonntag einig die Broschüren „Wen wähle ich?“ und „Klassenpolitik“ und fanden bei der Landbevölkerung überall freundliche Aufnahme.

Zur Feier der Volkserhebung der Jahre 1848-49 erläßt der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie im Auftrage der letzten Landesversammlung einen Aufruf, worin er den Parteigenossen in den Städten Konstanz, Bisingen, Lörrach, Freiburg, Offenburg, Karlsruhe, Forstheim und Mannheim unter anderem empfiehlt, Sonnabend, den 19. März, abends Versammlungen abzuhalten und Sonntag, den 20. März, die Gräber der im Kampfe gefallenen oder standrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer zu besuchen.

Todtenliste der Partei. In Moorgarten ist, wie der „Süddeutscher Volksbote“ mittheilt, der Parteigenosse Kreder, ein alter Achtundvierziger, im 74. Lebensjahre gestorben.

Vollzichtiges, Gerichtliches etc.

Am vergangenen Sonntag hat der Parteigenosse John, früherer verantwortlicher Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, das Gefängnis in Gommern verlassen, wo er wegen Beleidigung des Kaisers (Bespottung der Leytinger Jagd) und wegen Beleidigung der Firma Koch u. Komp. im ganzen 11 Monate lang verwahrt wurde. Am gleichen Tage wurde auch Reichstags-Abgeordneter Dr. Lütgenau aus dem Gefängnis zu Herford nach Verbüßung der dreimonatigen Strafe entlassen, die ihn wegen Majestätsbeleidigung auferlegt war.

Der Augsburgs Lokalredakteur der „Münchener Post“, Genosse H. Mattat in Augsburg, wurde wegen Beleidigung des Ingenieurs Kranz zu 2 Wochen Gefängnis verurtheilt.

Prozeß Zola.

Paris, 14. Februar.

Die Wandelgänge des Gerichtspalastes zeigen heute ein weniger belebtes Bild, als an den vorausgegangenen Tagen, auch der Sitzungssaal ist nicht so überfüllt, so daß verhältnismäßige Ruhe herrscht. Die Sitzung wird um 12 1/4 Uhr eröffnet.

Der Präsident verliest Briefe des Senators Le Provost de Launay und eines Journalisten Papillaud, in welchen die Genannten bestritten, Jaurès gesagt zu haben, daß sie Esterhazy für den Schreiber des Bordereaus hielten. Advokat Ladori erhebt Einspruch gegen die Behauptung einiger Blätter, daß er deutschen Ursprungs sei und eine Jädin geheiratet habe.

Darauf erhebt das Wort zu einer Erklärung der Abg. Jaurès in betreff des Journalisten Papillaud: Niemand kann so, wie ich bedauere, daß der Gesundheitszustand Papillaud's ihm nicht erlaubt, hier zu erscheinen, denn den bestimmten Erinnerungen gegenüber, die ich in ihm wachrufen würde, würde er meine Erklärung nicht bestritten können. Ich versichere hier nochmals, und zwar unter meinem Zeugnisse, die Richtigkeit meiner Aussage. Jaurès sagt hinzu, Papillaud habe ihm sogar gesagt, er hätte seinen Freunden von der „Libre Parole“ gerathen, nicht mehr in der Gesellschaft Esterhazy's zu marschieren. Jaurès schließt: Ich begreife das Interesse, das man daran hat, meine Aussage zu dementiren, ich halte die Richtigkeit derselben aber durchaus anrecht. (Bewegung.)

Es wird sodann die Vernehmung des Schriftsachverständigen Vertillon wieder aufgenommen. Zeuge erklärt, nach reiflicher Ueberlegung habe er geglaubt, vom Kriegsminister nicht die Ermächtigung erbiten zu sollen, dem Gerichtshofe die von ihm angefertigten Photographien vorlegen zu dürfen. Die Verteidiger erheben lebhaften Widerspruch gegen die Anschauungsweise des Zeugen. Ladori legt den Geschworenen einen vollständigen Plan des Sachverständigen-Gutachtens vor, das Vertillon vor dem Kriegsgerichte über das Bordereau abgegeben hat, und fragt Vertillon: Ist das ebenso richtig wie vollständig? Vertillon: Diese Arbeit bezieht sich auf meine Aussage von 1894 und ich gebe zu, daß ich Sonnabend unrecht gethan habe, mich auf dieses Gebiet verlocken zu lassen. (Lachen.) Zeuge fügt hinzu, es fehle eine Seite des Bismarckpapiers. Ladori: Ich versichere, daß dies ein getreuer Abdruck des Verzeichnisses ist, das dem Kriegsgerichte vorgelegen hat. Vertillon: Ich beziehe mich auf den Gerichtsbescheid, der verbietet, von der Dreyfus-Affäre zu sprechen. Jermann wird begreifen, daß meine Lage hier eine peinliche und widerwärtige ist. Albert Clemenceau: Weshalb ist sie widerwärtig? Vertillon: Weil ich nicht von dem sprechen darf, was sich vor dem Kriegsgerichte bei geschlossenen Thüren zugetragen hat. Ladori fragt Vertillon: Wie kommt es, daß Zeuge, wie so viele Andere, erkennen, daß er von der Dreyfus-Affäre nur dann nicht mehr sprechen darf, wenn er vor Gericht steht, nicht aber auch, wenn er sich von Richterplattener der Zeitungen ansprechen läßt, die seine Erklärungen veröffentlichen. Ladori führt das von dem „Echo de Paris“ veröffentlichte Interview Vertillon's an. Vertillon erwidert: Das sind ebenso viel Ungenauigkeiten wie Worte. Ladori: Meinetswegen; warum aber haben Sie hier ausgesagt, daß Sie der Schuld Dreyfus sicher sind, während Sie eben geglaubt haben, sich hinter den Gerichtsbescheid verschonen zu sollen, um nicht den Beweis Ihrer Behauptung zu liefern. Glauben Sie, daß das Bordereau von Esterhazy ist? Vertillon: Durchaus nicht! Präsident: Weshalb glauben Sie, daß das Bordereau nicht von Esterhazy ist? Vertillon: Weil es von der Hand eines anderen ist. (Lachen.) Präsident: Haben Sie die geheimen Schriftstücke oder nur Bruchstücke der Handschrift Alfred Dreyfus' vor Augen gehabt? Vertillon: Ich habe die geheimen Schriftstücke nicht gesehen. Ladori: Erklären Sie uns vor Europa, das seine Augen auf uns gerichtet hält, warum und wie Sie dahin gelangt sind, vor dem Kriegsgerichte nachzuweisen, daß das Bordereau von Dreyfus ist. Vertillon: Das kann ich nur mit den Dokumenten, die nicht mehr in meinem Besitz sind. (Lärm.) Ladori: Können Sie uns sagen, welcher Art die Schrift des Bordereaus ist? Vertillon: Es ist unmöglich, auf diese Frage zu antworten, ohne auf meine Vernehmung von 1894 einzugehen. Der Präsident richtet dieselbe Frage an den Zeugen, kann aber auch keine andere Antwort erlangen.

Clemenceau fragt den Generalstaatsanwalt, ob er den Zeugen nicht auf Grund des Gesetzes zur Antwort zwingen kann. Der Generalstaatsanwalt rüth sich nicht und bewahrt absolutes

Stillschweigen. Vertillon wiederholt: Ich kann keine Antwort geben. — Präsident: Es ist unnütz, sich weiter zu bemühen. Ladori: Haben Sie das Bordereau der Esterhazy-Affäre gesehen? Keine Antwort. Präsident: Sie sehen, daß Sie ihn nicht zum Sprechen bringen können. Ladori: Leider, ja! Aber wird uns Zeuge sagen, ob er das Esterhazy zugeschriebene Original — aus sehr feinem Papier — auf das hin Dreyfus verurtheilt worden ist, gesehen hat? Vertillon: Darauf will ich mit Ja antworten. Ladori: Endlich: das ist immerhin etwas. (Heiterkeit.) Wollen Sie uns gefälligst sagen, ob die Schrift des Bordereaus eine natürliche oder eine verstellte ist? Vertillon: Ich kann darauf nicht antworten. (Wiederholtes Lachen.) Ladori: Nun wohl, meine Herren Geschworenen, Sie werden sich des Schweigens des Zeugen erinnern, der vor Ihnen wohl erklären will, daß Dreyfus schuldig ist, der aber nicht den Beweis für seine Erklärung beibringen will. Albert Clemenceau: Haben Sie nicht manig Minuten lang vor einem Advokaten des Appellhofes Ihr System auseinandergesetzt? Vertillon (nach einigen Zögern): Nein, man hat mich häufig dazu verleiten wollen, ich habe aber immer widerstanden. Clemenceau: Ich kann Ihnen aber den Advokaten nennen, den ich meine. Vertillon (gerührt): Sie machen mich ja hier zum Angeklagten. Clemenceau: Durchaus nicht; Sagen Sie uns einfach, ob Sie Decori nicht das Prinzip Ihres Systems erklärt haben? Vertillon: Ich habe mit ihm von der Angelegenheit gesprochen, ihm aber nichts demonstret. — Clemenceau: Wenn Ihnen morgen eine ähnliche Angelegenheit vorläme, würden Sie sich desselben Systems bedienen, um sie anzuklären? — Vertillon: Ich kann mich nicht erklären. — Präsident: Aber das betrifft durchaus nicht die Angelegenheit von 1894, Sie können also ohne Furcht antworten. — Vertillon: Nein, ich habe nichts zu sagen. (Anhaltender Lärm.) Ladori erhebt sich und sagt lebhaft: Ich kann den Geschworenen nur eins sagen: Die Affäre von 1894, hier (auf Vertillon zeigend) ist sie; Vertillon war der Hauptfachverständige, auf dessen Aussage hin Dreyfus verurtheilt worden ist. (Bewegung.) Vertillon zieht sich unter verschidenartigen Kundgebungen des Publikums zurück.

Der Deputirte Hubbard wird aufgerufen. Er erzählt, daß sein leiblicher Vetter Vertillon ihm eine lange Auseinandersetzung über sein System gegeben habe, von der er übrigens nicht viel verstanden habe. Vertillon habe indessen auf seiner unabänderlichen Meinung beharrt, daß Dreyfus in der That der Schuldige sei. Als ich sah, sagt Hubbard, daß man Esterhazy der Urheberhaft des Bordereaus beschuldigte, begab ich mich zu Vertillon und theilte ihm meine Zweifel wegen der tropfenden Rechtheit der Schriften mit; ich sagte zu ihm: „Hast Du die Schrift Esterhazy's gesehen und kannst Du wissenschaftlich beweisen, daß das Bordereau nicht von ihm ist?“ — Er erwiderte: „Ich will diese Schrift des Majors nicht sehen; er ist der Strohmann der Juden. Esterhazy wird übrigens schließlich gefangen; aber die Revision vorzunehmen, das wäre die soziale Revolution, das aber darf nicht sein. Dreyfus ist der einzige Schuldige, ich bin dessen sicher.“ Hubbard fügt hinzu, daß in einem Gespräch über den Dreyfushandel mit seinem Kollegen in der Kammer, General Jung, dieser zu ihm sagte, daß das, was in den Bureaus des Kriegsministeriums geschah, abscheulich sei. (Andauernde Bewegung.)

Hierauf wird Yves Guyot vernommen. Derselbe sagt aus, daß Vertillon in einer Unterhaltung über die Dreyfus-Affäre zu ihm gesagt habe, Dreyfus habe seine Schrift verändern müssen, um das Bordereau zu schreiben. (Bewegung.) — Ladori fragt den Zeugen: Welches ist Ihre Meinung über den Esterhazy-Prozeß? — Antwort: Da Sie mir diese Frage stellen, will ich Ihnen antworten, daß ich die Meinung, welche ich über die Esterhazy-Affäre habe und die bekannt ist, mit der Elite der Intelligenz Frankreichs theile. Zeuge wünscht sich Glück dazu, daß die ganze Elite sich in Uebereinstimmung mit Zola befinde.

Es folgt die Vernehmung des Schriftsachverständigen Zeyssonnidres'. Er habe das dem Dreyfus zugeschriebene Bordereau zu prüfen gehabt und sich für die Identität der Schrift ausgesprochen. Er erzählt, später sei er zu seinem großen Entkommen von der Bitte der Schriftsachverständigen gestrichen worden. Zeyssonnidres' erklärt weiter, er habe in seinem Bericht erwähnt, daß 30 Jiffen bzw. Worte abjunkt identisch waren; er versichert, man habe mit allerhand Künsteln ein Facsimile des Bordereaus hergestellt, um es der Schrift Esterhazy's ähnlich zu machen. Crépigny-Jamain, ein von der Familie Dreyfus zu Nahe gezogener Graphologe, habe eines Tages ex abrupto die Frage an ihn gerichtet: Wieviel wird Ihnen Ihre Dreyfus-Geschichte einbringen? Darauf habe er geantwortet: 200 Franks. Nun, habe ihm Crépigny-Jamain dann erwidert, die könnte ihnen viel mehr einbringen, 100 000 oder 200 000 Franks. Dies Anbieten habe er entriestlich zurückgewiesen. — Die Sitzung wird unterbrochen.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung sind noch etwa 30 Zeugen zu vernennen.

Das Verhör Zeyssonnidres' wird fortgesetzt. Ladori fragt: Haben Sie Ihr Attestat bestimmten Personen gezeigt? Antwort: Ja; namentlich Crépigny-Jamain und Trarieux. Ladori: Haben Sie dies Attestat noch? Antwort: Ja, ich habe es noch. Ladori: Sie haben es damals nicht dem Kriegsministerium übergeben? Antwort: Nein. Nach der Verurtheilung des Dreyfus bin ich nur ein Mal im Kriegsministerium gewesen. Als General Gonle zu wissen bekam, daß ich in der Affäre Dreyfus als Schriftsachverständiger fungirt hätte, drohte er, mich verhaften zu lassen. (Bewegung.) Clemenceau fragt: Halten Sie nicht ein Attestat bei sich, welches Sie nicht haben dürfen? Antwort: Ja. Der Verteidiger: Mehr verlangen ich nicht für den Augenblick. Trarieux, wieder aufgerufen, erklärt, er habe im Jahre 1895, als er Justizminister war, Zeyssonnidres' wieder in die Liste der Schriftsachverständigen aufnehmen lassen. Zeuge hebt die Widersprüche hervor zwischen den Zeugnisaussagen Zeyssonnidres' hinsichtlich des Bordereaus und den Erklärungen, welche derselbe ihm früher über dasselbe Bordereau gegeben habe.

Hierauf wird zur Vernehmung des weiteren Schriftsachverständigen im Dreyfus-Prozeß, Charavay, geschritten. Derselbe verweigert die Antworten auf die ihm von der Verteidigung gestellten Fragen; er sagt, Regel der Sachverständigen sei, sich nur über abhängige Streitfragen zu äußern.

Nach Charavay wird Pelletier, gleichfalls Schriftsachverständiger im Dreyfus-Prozeß, aufgerufen. Anwalt Ladori fragt denselben, ob die Schrift des Bordereaus eine natürliche, gefälschte sei. Antwort: Jawohl, übrigens kann ich Ihnen, wenn Sie wollen, meinen Bericht vorlesen. Präsident: Das ist unnütz. Ladori: Wie, es soll unnütz sein, wenn jemand sich erbitet, etwas zu sagen. (Heiterkeit.) Sie wollen das Verhör bindern! Präsident zum Zeugen: Also geben Sie uns kurz den Inhalt Ihres Berichtes. Aus der Vorlesung des Zeugen ergibt sich, daß seinem Berichte zufolge das Bordereau ganz allgemeine Analogien und Schriftähnlichkeiten aufwies und nichts zu dem Schlusse berechtigte, daß das Bordereau der einen oder der anderen der verdächtigten Personen zugeschrieben sei. — Nunmehr werden nacheinander die Schriftverständigen Gobert, Couard und Belhomme aufgerufen. Die beiden letzteren, welche Sachverständige in der Esterhazy-Sache waren, verweigern die Antwort auf die Fragen der Verteidigung unter Berufung auf das Amalgamgesetz. Zeuge Varinard weigert sich gleichfalls, über die Gutachtenabgabe im Esterhazy-Prozeß auszusagen. — Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Bauarbeiter beschäftigten sich am Sonntag in einer gut besuchten Versammlung mit den Vorbereitungen zu ihrer im Frühjahr einzuleitenden Lohnbewegung. Die bestehende Kommission wurde nun zwei Mitglieder verstärkt und außerdem beschlossen, auf jedem Bau einen Deputirten zu wählen, der mit der Kommission Fühlung zu nehmen und für die Durchführung der Beschlüsse seitens der Kollegen Sorge zu tragen hat. Ferner wird die Kommission durch Ausgabe von Fragebogen eingehende Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse etc. anstellen, um eine sichere Grundlage für

die Bewegung zu gewinnen. Die ausgefüllten Fragebogen sind bis zum 15. März an die Kommission abzuliefern. Als Beitrag zu den Sammlungen wurden 80 Pf. für Alford, 20 Pf. für Lohnarbeiter pro Woche festgesetzt. Die Maurer sollen ersucht werden, die Bewegung der Bauarbeiter nach Kräften fördern zu helfen.

Achtung, Rabinder! Bei der Firma Jöllner u. Co., Bau-Lindenstr. 102/103 sind Lohnhöhen ausgedroht, 10 Kollegen haben die Arbeit niedergelegt. Näheres in der heute Abend stattfindenden Versammlung bei Stadernad, Inselstr. 10. Der Vertrauensmann.

Die Buchbinderarbeiter werden noch ganz besonders auf die Arbeit bei Keller, Koppensstraße, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Es gilt Protest einzulegen gegen die von Herrn v. Posadowsky beabsichtigte Entziehung der Arbeiterklasse. Dasselbe Interesse dürfte der 2. Punkt der Tagesordnung beanspruchen: Gründung eines Widerstandsfonds. Die Vertrauenspersonen.

Criseverein Berliner Buchdrucker, Schriftsetzer und Verlags-Gesellschaften. Unter diesem Namen haben sich jetzt die Tarifgemeinschaftsgegner unter den hiesigen Buchdruckern eine besondere Organisation gegeben.

Die Rigborfer Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Dienstag den 22. Februar eine große öffentliche Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen wird, um Protest zu erheben gegen den Posadowsky'schen Erlass. Es wird ersucht, zu diesem Tage keine Versammlungen einzuberufen. Ferner sind die Listen vom englischen Maschinenbauer-Streit abzuliefern. Jul. Bieweg, Vertrauensmann der Gewerkschaften Rigborfs.

An die Weiskerber, Lohgerber und Färber der Provinz Brandenburg richtet die unterzeichnete Agitationskommission das dringende Ersuchen, sich, soweit dies noch nicht geschehen, der Organisation anzuschließen. Währenddem die Unternehmer unablässig bemüht sind, ihre Organisation auszubauen, bleiben die großen Massen der Arbeiter ihrem Verbands immer noch fern. So haben sich erst kürzlich sämtliche Unternehmerrgruppen der deutschen Leder-Industrie zu einem Zentralverband vereinigt. Umso mehr ist es notwendig, daß auch die Arbeiter sich fest zusammenschließen. — Die Gewerkschaftskomitee in der Provinz Brandenburg sind gebeten, mit einzelnen Berufsgenossen von uns anzuknüpfen und uns dann deren Adressen zuzusenden.

Die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg.

J. A. Fr. Trapp, Schulstr. 59, Berlin N. Die Arbeiterblätter der Provinz Brandenburg werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Achtung, Korbmacher! Bei der Firma Gebr. Wolff in Bernburg soll der Lohn für Gesandkörbe von 470 M. auf 250 M. reduziert werden. Die Kollegen sind nicht gewillt, zu diesem Preise zu arbeiten. Die Firma hat den Lohnabzug nicht einmal 14 Tage vorher angekündigt, wie es dem Geiste der Gewerbe-Ordnung entspräche. Zutrug ist streng fernzuhalten.

In der Mühlen-Bauanstalt von Wehlig in Wittenberg sind Differenzen mit den Formern ausgebrochen. Agenten der Firma reisen umher, um Formere gegen die Versprechung eines Tagesverdienstes von 5 bis 6 M. und Reisvergütung anzuwerben.

In der Thonwaaren-Fabrik von Gebr. Reif in Rameis in Sachsen sind Lohnhöhen ausgebrochen.

Aus Arnstadt i. Th. wird der Ersurter „Tribüne“ berichtet: Am 15. Februar läuft die vierzehntägige Kündigungskrist der Handschuhmacher und Drechsler bei der Firma Julius Müller hier ab. Sollte die Firma die unbedeutende Lohnforderung nicht noch in letzter Stunde bewilligen, so wird der Ausstand unvermeidlich sein, da alle Mann fest auf ihrer Forderung beharren und alle gütlichen Einigungsversuche an der Hartnäckigkeit des Fabrikanten gescheitert sind. Es kommen 18 Verheirathete und 17 Ledige in betracht. Die Firma Brechme u. Siegel hat dagegen ihren Handschuhmachern den auch in der Fabrik von Liebmann u. Kieseweiler bewilligten Lohnzuschlag sofort zugesandt.

Die angesperrten Gipser in Kaiserlautern in der Rheinpfalz haben sich nochmals an die Reiter gewandt, um eine gütliche Beilegung des Lohnstreits herbeizuführen. Scheitert auch dieser letzte Vorschlag, so soll das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 14. Februar. (W. Z. V.) Unter dem Viehbestande, den ein Dampfer heute Morgen aus Moorburg (Ort in der Nähe von Hamburg) brachte, wurde die Maul- und Klauenseuche konstatiert. Die Ladung wurde beschlagnahmt und der Dampfer polizeilich abgesperrt.

Wien, 14. Februar. (W. Z. V.) Die österreichische Staatsbahnverwaltung sieht im Begriffe, demnächst Maßnahmen zu treffen, die dazu bestimmt sind, die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs in erhöhtem Maße zu verbürgen und zugleich eine Ueberbürdung des im anstehenden Betriebsdienste verwendeten Personals zu verhindern.

Budapest, 14. Februar. (W. Z. V.) Abgeordnetenhause. Graf Apponyi ersuchte die Regierung um Aufklärung, wie sie die sozialistische Presse zu beschränken gedenkt. Der Ackerbauminister Daranyi erklärte, daß es gemäß dem Preßgesetze von 1848 und mit Hilfe des Gesetzes über die Richteremplare möglich sein werde, aufreizende sozialistische Blätter mit Beschlagnahme zu belegen, bevor dieselben durch die Post verbreitet werden.

Prag, 14. Februar. (W. Z. V.) Landtag. Der Abg. Gerold begründet seinen Antrag auf Erlass eines Landesgesetzes betreffend die Untheilbarkeit Böhmens, und ferner die sprachliche Gleichberechtigung beider Nationalitäten in Böhmen. Abg. Eppinger erklärt sich namentlich seiner Gesinnungsgenossen gegen diesen Antrag. Während der Rede des Abg. Eppinger entsteht ein großer Tumult. Abg. Ludwig ruft dem Abg. Bregnowsky, welcher einen Zwischenruf machte, zu: Der Abgeordnete Bregnowsky muß immer hineinsehen. Abg. Bregnowsky droht dem Abg. Ludwig mit Ohrfeigen. Der Oberlandmarschall ruft beide Abgeordneten zur Ordnung. Lärm. Die Ruhe wird endlich wieder hergestellt. Schließlich wird der Antrag einer besonderen Kommission zugewiesen.

London, 14. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. Der Deputirte Field fragt an, ob die Regierung sich zur Förderung eines internationalen Abkommens zur Erödigung der Währungsfrage zu kooperiren beabsichtige. Der erste Lord des Schatzes Balfour erklärt, er würde gern ein internationales Abkommen über die Währungsfrage sehen, aber er habe der Information, die das Haus über diesen Gegenstand schon besitzt, nichts hinzuzufügen.

London, 14. Februar. Die „Lords Agency“ aus Suez gemeldet wird, daß auf der Fahrt nach China befindliche englische Kriegsschiff „Victorious“ aufzulaufen. Hilfe sei abgefordert worden.

Konstantinopel, 14. Februar. (W. Z. V.) Die Bestimmung der Flotte gegen Bulgarien ist im Wachen begriffen. Die gesammte türkische Presse, besonders das Palastblatt „Molomet“ veröffentlicht gegen die Publikationen der bulgarischen Blätter über die Vorfälle in Makedonien längere Artikel und fordert die türkische Regierung auf, Bulgarien zu züchtigen, da jetzt der beste Moment hierfür vorhanden sei. Nicht die Türken, sondern die Bulgaren, so behaupten die hiesigen Blätter, begeben fortgesetzt Grausamkeiten. So hätte unlängst eine bulgarische Wunde, deren Führer im Solde der Sofioter Regierung stand, die Stadt Menidnik überfallen und die Einwohner niedergemetzelt. Der gleiche Fall sei in Kotschawo und Serres passiert, wo u. a. ein österreichisch-ungarischer Konsularbeamter gefangen genommen, und auf grausame Weise getödtet worden sei. Unter solchen Umständen würde sich die Türkei das Recht nicht nehmen lassen, die bulgarischen Briganten, welche Leben und Eigentum der osmanischen Unterthanen bedrohen, nach Gebühr zu bestrafen.

Reichstag.

40. Sitzung. Montag, den 14. Februar 1898, 1 Uhr.

Am Bundesratsbische: v. Nierberding. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung der Novelle zur Konkursordnung in Verbindung mit dem von den Abgg. Dr. Mintelen u. Gen. eingebrachten Gesetzentwurf auf Änderung der Konkursordnung.

Abg. Dr. Mintelen (Z.) bittet die Regierung um nachträgliche Vorlegung der vom Reichstage bereits wiederholt geforderten Konkursstatistik und beantragt Ueberweisung seines Antrages an eine Kommission gemeinsam mit der Regierungsvorlage. Die bisherige Konkursforschung habe zu wenig Rücksicht darauf genommen, daß die meisten Konkurse eine Folge des Leichtsinns und der Privatität seien; so komme bei der Eröffnung des Konkurses nicht das Verschulden, sondern die Zahlungsunfähigkeit allein in Betracht, und nach Verwindung desselben finde die Einsetzung in alle bürgerlichen Ehrenrechte statt. Redner geht dann noch auf verschiedene juristische Details ein und betont, daß man sich in allen diesen Fragen nicht auf die Handelskammern berufen könne, da in diesen selbst ganz verschiedene Meinungen vertreten seien.

Abg. Wassermann (natl.): Die Regierung ist der Ansicht, daß sich im wesentlichen die Bestimmungen der Konkursordnung bewährt haben und daß nur einzelne Verbesserungen am Plage sind. Wir werden uns in der Kommission über diese Verbesserungen unterhalten müssen, umso mehr, als auch die Handelskammern über einzelne Punkte verschiedener Meinung sind. Die freitige Frage, ob nach Eröffnung des Konkurses noch Erlassen ausgestellt werden können, möchte ich mit „Nein“ beantworten. Ebenso muß auch die Frage geregelt werden, ob der Konkursverwalter die Masse durch anderweitig bezogene Baaren vergrößern darf. Vor allem aber möchte ich mich gegen den Vorschlag des Abg. Mintelen, die Konkursordnung wegen bloßer Ueberschuldung eintreten zu lassen, erklären. Das Prinzip der Verschuldung halte ich für diskutabel. Die Erleichterung des Zwangsvergleichs hat zu Mißständen geführt, die die Minoritäten der Gläubiger benachteiligen. Die Erleichterung des Zwangsvergleichs entspricht auch den Wünschen einzelner Handelskammern.

Abg. Gump (Rp.) bedauert, daß die Regierung die Konkursordnung nicht grundlegend geändert habe, sondern sich nur auf die durch das Bürgerliche Gesetzbuch notwendig gewordenen Änderungen beschränkt habe. Er verlangt ferner mehr Berücksichtigung der Ueberschuldung als der Zahlungsunfähigkeit des Konkursmachers. Bei Aktiengesellschaften sei dieses Prinzip schon jetzt maßgebend. Der Zwangsvergleich müsse erschwert werden. Gegen leichtsinnige Kreditnehmer müsse man scharf vorgehen. Dem Antrage, die Vorlage an die Justizkommission zu überweisen, schließt sich Redner an.

Abg. Singer (Soz.): Wir sind der Ansicht, daß die Vorlage der verbündeten Regierungen weit eher den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, als die Anträge der Herren vom Zentrum. Diese Anträge haben vor allem das Bestreben, den sogenannten Mittelstand zu schützen. Aber, meine Herren, die Wirkung der Annahme dieser Anträge wird nach unserer Meinung sein, daß gerade die kleinen Gewerbetreibenden dadurch noch mehr ins wirtschaftliche Unglück gerathen; sie werden dadurch geradezu zum Konkurs getrieben und jedenfalls mehr geschädigt, als durch die bisherigen Bestimmungen. Die Anträge Mintelen und Genossen stellen Gewerbetreibende, die in Konkurs gerathen, mit Verderben auf eine Stufe. Sie bedrohen sie mit schweren Strafen und zwingen sie so, möglichst ihre Geschäftslage zu verschleiern, um so dem Schaden zu entgehen. Es ist auch eine durchaus unbillige Auffassung, zu glauben, daß der größte Theil der Konkurse durch Verschuldung herbeigeführt werde. Die Hauptschuld daran tragen unsere ganzen wirtschaftlichen Zustände. Die kleinen Gewerbetreibenden können aber mit den großen nicht konkurrieren, sie sind nicht in der Lage, dem Publikum durch große Auswahl und billige Preise dieselben Vortheile zu bieten. So sinken sie von Jahr zu Jahr tiefer, leben bald nur noch von ihren Gläubigern, bis es dann schließlich zum Konkurs kommt. Diese wirtschaftliche Lage zu verbessern, sind die Anträge Mintelen natürlich durchaus nicht geeignet, sie bringen Bestimmungen in das Gesetz, die dort gar nichts zu thun haben. Das Konkursgesetz kann nicht moralisch erziehend wirken, sondern es muß sich gegen bestimmte Mißstände richten, die die Praxis ergeben hat. — Dem Vorschlage, die Strafbestimmungen zu erweitern, können wir uns durchaus anschließen. Dagegen, daß Leute, die wissen, daß sie vor dem Konkurs stehen, nur durch neue große Einläufe, die sie billig loschlagen, sich Geld schaffen, müssen durchaus Vorkehrungen getroffen werden; denn diese Leute sind noch außerdem die schlimmsten Konkurrenten für reelle Kaufleute. — Die Frage, ob der Konkurs eröffnet werden darf bei Zahlungsunfähigkeit oder schon bei Ueberschuldung, ist durchaus nicht leicht zu lösen. Wann tritt denn Ueberschuldung ein? Ich gebe zu, daß das je nach den Umständen verschieden beurtheilt werden muß, aber wenn es sich nur mal darum handelt, zu bestimmen, was Jemand nicht thun darf, dann würde doch eine genauere Definition des Begriffs der Ueberschuldung sehr wünschenswerth sein. Gegenüber Herrn Gump bin ich durchaus dafür, daß die Ausforderung der bevorrechtigten Forderungen möglichst umfangreich vorgenommen werde. Wir sind also der Meinung, daß die Regierung sich nicht dahin beeinflussen lasse, die Lage der kleinen Gewerbetreibenden durch das Gesetz zu wässern. Je reiner das Gesetz von diesen Grundfragen abläßt, desto mehr nützt es. Wir wünschen, daß die Kommission sich im großen und ganzen auf die Regierungsvorlage einigt. (Beifall links.)

Abg. v. Buchta (L.): Das bisher geltende Gesetz gehört zu den besten und es ist ganz richtig, es nur insoweit zu ändern, als das neue Bürgerliche Gesetzbuch es bedingt. Herr Mintelen verfährt zu schematisch in seiner Begriffsaufstellung, z. B. in der Kreditbestimmung. Ich kann mir sehr gut denken, daß ein Kaufmann, dessen Schulden seinen Aktivbestand längst an das Doppelte überschritten haben, doch noch sehr wohl kreditfähig ist. Dagegen halte ich eine Erschwerung des Zwangsvergleichs gleichfalls für sehr nützlich, umgekehrt soll man aber einer Rehabilitation nicht so viel in den Weg legen, wie es Abg. Mintelen wünscht. Dem Antrage auf Kommissionübertragung schreibe ich mich an.

Die Diskussion wird geschlossen, die Vorlage an die Justiz-Kommission überwiesen.

Hierauf wird die Etatsberatung und zwar beim Etat der „Zölle und Verbrauchsteuern“ fortgesetzt.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.) regt die Befreiung der differentialen Behandlung der rohen und veredelten Pongeseiden an. Direktor im Reichs-Schatzamt v. Körner erklärt, er behalte sich näheres Eingehen auf die Anregung des Redners bis zur Verhandlung der beiden Initiativanträge vor, die beim Reichstage in dieser Angelegenheit eingegangen sind. Die Regierung sei gern bereit, einen gangbaren Weg einzuschlagen, um der deutschen Seidenindustrie zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Abg. Dr. Barth empfiehlt dem Bundesrath möglichst Beschleunigung in seinen Entschlüssen.

Abg. Dr. Pantl (Rp.) meint, die elässischen Seidenfabriken würden nach Fortfall der Differenzierung die Veredelung der Pongeseiden besser ausführen können, als die französischen.

Abg. Reichbiller (Z.) fordert die Kündigung der noch bestehenden Reichsversicherungsverträge, vor allen denen mit Nordamerika und Argentinien.

Abg. Dr. Damwacher (natl.) fragt an, wie sich der Bundesrath zu den früheren Reichstagsbeschlüssen auf Schaffung von Zollanlaufstellen und eines Gerichtshofes zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten stellt. Im Interesse einzellicher Zollbeamten dürfte die Regierung, die bisherigen Bedenken bei Seite zu lassen.

Reichs-Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann erwidert, die Anlaufstellen seien bereits vorhanden, könnten aber nur den direkt Anfragenden nützen, nicht auch dritten, ein großer Theil der bisherigen Zolltarife werde durch sie beseitigt. — Ein Reichs-Zollgerichtshof würde in der Bestimmung in der Verfassung, daß den Einzelregierungen die Verwaltung in Zollsachen zustehe.

Abg. Graf Stolberg (L.) hält einen Reichs-Zollgerichtshof für sehr wünschenswerth. Man könne ihn ja den Einzelstaaten nicht aufdrängen, aber vielleicht könne eine Einigung darin erzielt werden. Zur Befreiung der Zolltarife müßte das ganze Skelett unseres Zolltarifes umgearbeitet werden.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann erklärt, das Reichsschatzamt sei bereits mit dieser Umarbeitung beschäftigt.

Abg. Fröhen (Z.) fragt an, ob Verhandlungen wegen eines Reichs-Zollgerichtshofes gepflogen und wie weit sie gediehen seien.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann bedauert, daß die Verhandlungen darüber bisher noch zu keinem Ergebnis geführt hätten.

Abg. Meyer-Danwig (Rp.) erkundigt sich nach der Stellung des Bundesraths zu den Beschlüssen des Reichstags über die Aufhebung der Zollkredite.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann erwidert, der Bundesrath sei zu einer endgiltigen Beschlußfassung noch nicht gelangt.

Abg. Wolfenbüh (Soz.): Im vorigen Jahre habe ich bei dem Titel „Staatssekretär des Reichsschatzamts“ an den Staatssekretär die Frage gerichtet, ob es den Einzelstaaten gestattet ist, aus den Erhebungskosten der Zölle sich besondere Einnahmen zu schaffen. Es wurde mir ausweichend geantwortet, das Reich habe nicht das Recht, darüber zu befinden, wie die Einzelstaaten die Summen aus den Zöllen verwenden. Ich weiß nun wohl, daß bei der Verbrauchssteuer bestimmte Prozentsätze in Anrechnung gebracht werden. Anders steht jedoch die Sache bei den Grenzsteuern, denjenigen, die an der Grenze erhoben werden. Das daraus die Einzelstaaten sich besondere Einnahmen machen, kann nicht zulässig sein, da ja an der Zollerhebung nicht alle Staaten theilhaftig sind, andere Staaten also benachteiligt wären. Ich führte damals aus, daß speziell Hamburg dadurch Ueberschüsse erzielt, daß sie dem Reiche höhere Gehälter in Anrechnung bringt als die Zollbeamten beim Grenzverkehr thatsächlich erhalten, jedoch erhebliche Summen dabei erspart wurden. Der Reichs-Schatzsekretär antwortete mir, über das „wie“ habe sich das Reich nicht zu kümmern, aber ich denke „ob“ diese Summen ausbezahlt werden, ist doch eine Sache, die das Reich wohl angeht. Wie seine damaligen Ausführungen in Hamburg aufgestellt wurden, erhielt ich folgender Ausfertigung des Subditus Boeloff eines der ersten Beamten in Hamburg. Seine Worte sind diese: Der Herr Borredner sagte, die Meinung sei die, daß überall im Reiche, das was vom Reiche an die einzelnen Bundesstaaten gezahlt würde, auch an die Beamten ausgezahlt werde. Meine Herren, was es heißt, es braucht nicht nachgewiesen zu werden, daß das ganze Geld ausgegeben wird, so ist der Sinn davon einfach der: es braucht nicht ausgegeben zu werden. — Er kommt später darauf zu sprechen, daß Bauten und andere Dinge auch davon ausgeführt werden könnten. Nun sind die Grenzstaaten überhaupt schon bevorzugt, sie können die Grenzbeamten zu manchen Beschäftigungen heranziehen, für die anderen Staaten eigene Beamten anstellen müssen, ich erinnere an die Lagerkontrolle, an die Postzollerhebungsstellen. Ich denke aber, daß das Reich die Kontrolle haben muß, daß das Geld, welches es den Einzelstaaten für Besoldungen von Beamten giebt, auch dafür verwendet wird. Aber selbst mit dem „Wie“ hat sich der Bundesrath schon beschäftigt. So wurden selbst die Postführerzulagen Hamburg nicht gleich den anderen Staaten bewilligt, mit dem direkten Hinweis darauf, daß Hamburg von den Geldern, die es erhalten habe, noch bedeutende Summen zur Verfügung habe. Auch in der Hamburger Bürgerschaft hat die Sache schon zu erheblichen Debatten geführt. Als ich damals die Sache hier zur Sprache brachte, antwortete der Bundesvollmächtigte Senator Dr. Burckard zwei Monate später, als ich nicht anwesend war. Er führte aus, daß die Staatshaushalts-Bestimmungen, aus denen ich meine Summen genommen hatte, selbst nicht ganz zuverlässig seien. In wie weit das zutrifft, vermag ich nicht zu beurtheilen, da ich bei Aufstellung dieser Rechnungen nicht theilhaftig war. Aber seine Rede schloß er mit den Worten:

Nun, meine Herren, wenn ich sanguinisch wäre, würde ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß, wenn der Herr Abgeordnete Wolfenbüh etwa bei späterer Gelegenheit sich veranlaßt sehen sollte, ein so kompliziertes Thema, wie das gegenwärtige, zu behandeln, er die Güte haben möge, sich vorher etwas eingehender zu informieren, als er es in diesem Falle gethan hat. Sanguinisch zu sein, ist aber meines Erachtens auf politischem Gebiete eine Untugend, und deshalb bin ich nicht sanguinisch. So sagte Herr Senator Burckard, nachdem er 2 Monate Zeit gehabt hatte, sich zu informieren, am 29. März hier im Reichstage. Aber einige Monate später sprach er in der Hamburger Bürgerschaft, wie folgt: Nun habe ich darauf am 29. März in Berlin erklärt, ich müßte die Behauptung des Herrn Wolfenbüh richtig stellen, und ich habe dann wörtlich gesagt: „Ich beabsichtige nicht, in die Sache weiter einzugehen, das Verfahren ist längst eingestellt, die Leute bekommen ihre vollen Gehaltsbeträge ausbezahlt.“ In dieser Bestimmtheit war in der Erklärung ein Irrthum enthalten (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), und ich habe dann in meinen Ausführungen einen zweiten Irrthum begangen, dessen ich mich offen schuldig bekenne. Ich habe gesagt: Für diejenigen Beamtenstellen, die nicht mit Assistenten erster Klasse besetzt sind, sondern mit Assistenten zweiter Klasse und Supprimirten, würde vom Reiche auch nur der geringere Betrag vergütet. Das war ein Irrthum, ich bin inzwischen eines besseren belehrt worden. Nun, wenn der Herr Senator 2 Monate Zeit hatte und mir dann den Rath giebt, ich solle mich in Zukunft eines Besseren belehren, so hätte er am meisten Ursache gehabt, sich zunächst über den Zustand zu informieren. Die Summen sind nicht so unerheblich. Herr Senator Burckard gab damals die gesammten Ersparnisse auf 400000 M. an, wovon noch 230000 M. wieder für Supernumerare veranschlagt sind. Die Summen sind ganz erheblich höher. Ich habe hier eine Zusammenstellung aus dem Staatshaushalts-Etat, daß allein bei den Assistenten erster Klasse in den fünf Jahren von 1890—94 die Summe von 376 000 M. gespart wurde. (Hört, hört!) Dabei ist noch zu bedenken, daß nach dem Besoldungsgesetz vom 11. Mai 1889 die Assistenten erster Klasse mit einem Durchschnittsgehalt von 2950 M. eingesetzt sind, während man sie später im Etat auf 2900 M. herabgesetzt hat, ohne das Gesetz zu ändern, so daß die Ersparnisse noch erheblich größer geworden sind. Nun sagt zwar Herr Rosloff in der bekannten Bürgerschaftsitzung, die ich hier zitierte, das Etatsanlagen-System, nach welchem die Bezüge der Beamten dem Reiche gegenüber berechnet werden, passe eigentlich für einen so jungen Beamtenkörper, wie es die Hamburger Zollbeamten sind, gar nicht. Es ist doch aber gleichgültig, ob man das Etatsanlagen-System, oder das Dienstalters-System, oder das Etatsanlagen-System, und trotzdem haben sie die Durchschnittsgehälter niemals ausgezahlt und Jahr für Jahr erhebliche Ersparnisse gemacht. Ich denke, hier hat das Reich sehr wohl ein Recht mitzuspochen, denn die Summen werden direkt vom Reiche bewilligt. Entweder muß die gesammte Summe, die den Einzelstaaten für die Besoldung der Beamten überwiesen wird, thatsächlich an diese Beamten ausgezahlt oder die Ueberschüsse müssen an die Reichskasse zurückfallen. Als Entschädigung dafür, daß diese Gelder nicht ausgezahlt werden, wurde in der beregten Bürgerschaftsitzung angeführt, daß ja Hamburg auch dreißig Zollbootleute angestellt habe, wofür es in den ersten Jahren vom Reiche keine Vergütung erhalten habe. Nun sind aber doch diese Zollbootleute nicht im Interesse

der übrigen Zollbeamten angestellt worden, sondern im Interesse der Zollerhebung, und wenn Hamburg einfach darauf gedrungen hätte, dieses Geld vom Reiche zu erhalten, so würde es unstreitig diese Summe erhalten haben. Ganz bedeutende Summen sind bisher den Beamten vorenthalten worden. Ich habe voriges Jahr bereits darauf hingewiesen, daß die leihweise von Preußen übernommenen Assistenten erster Klasse bei ihrem Eintritt in den preussischen Dienst das vorenthalte Geld aus Veranlassung des preussischen Justizministers von Hamburg ausgezahlt bekommen haben. Was aber den preussischen Beamten recht ist, sollte den hamburgischen Beamten billig sein.

Senator Dr. Klügmann: Der Abg. Wolfenbüh irrt, wenn er annimmt, daß die betr. Summen nur zu ganz bestimmten Zwecken überwiesen werden; verfassungsmäßig werden sie als Pauschquantum bewilligt; über ihre Verwendung ist durchaus keine bestimmte Befreiung von Reichswegen getroffen. Es hat sich also weder der Reichstag noch der Bundesrath da hineingeworfen. Es ist über die Verwendung der Summen in den gesetzgebenden Körperschaften Hamburgs eingehend beraten worden; wir sind nunmehr im Klaren darüber.

Abg. Nicker (fr. Bg.) fragt den Staatssekretär Graf Posadowsky an, ob er bei einer Aenderung des Margarinegesetzes darauf eingehen würde, daß die Trennung der Verkaufsräume beseitigt oder doch gemildert werde.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es ist im Bundesrath eine Einigung darüber erzielt worden, was man als getrennte Verkaufsräume anzufassen habe; die betreffenden Bestimmungen werden rechtzeitig genug veröffentlicht werden, so daß die Beteiligten sich genügend gegen politische Chikanen werden schützen können.

Abg. Wolfenbüh (Soz.): Dem Herrn Bundesrats-Bezirker muß ich erwidern, daß es doch zur Kompetenz des Reichs gehört, über jene Summen zu verfügen; die Summen für die Zollerhebung werden keineswegs im Pauschquantum bewilligt, sondern mit der bestimmten Direktive, es für die Befreiung der Beamten zu verwenden. Wenn diese auch Beamte der Einzelstaaten sind, ihre Bezüge werden doch durch den Reichshaushalts-Etat geregelt. Was wäre denn die Folge, wenn jene Summen wirklich zur beliebigen Verwendung übergeben werden würden? Es würden dann diejenigen Staaten, welche an der Zollerhebung theilhaftig sind, sich ganz erhebliche Einnahmen auf Kosten des Reiches verschaffen. Natürlich ist es aber unzulässig, daß sie sich in den Besitz von Vortheilen setzen, bei denen das Reich oder auch ihre Beamten übervoththeilt werden.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann stellt einige ziffernmäßige Angaben des Abg. Meyer richtig; derselbe habe sich in der Berechnung der Zinswerthe der gewährten Zollkredite um das Sechsfache geirrt.

Direktor Dr. v. Körner wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Wolfenbüh; es seien Vorkehrungen getroffen, die es verhindern, daß die einzelnen Grenzstaaten sich an den gewährten Zuschüssen bereicherten. Die Summe werde nach dreijährigem Durchschnitt bestimmt; es läge sich dabei allerdings ergeben, daß der eine oder andere Staat, der zeitweilig wenig Beamte beschäftige, einmal eine Ersparnis mache. Insgesamt aber werde wohl alles wieder ausgeglichen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) befragt über eine Erhöhung des Zolls gegen amerikanische Fahrräder, um die einheimische Fahrrad-Industrie besser zu schützen.

Abg. Hilpert (agr. Bauernb.) wünscht schnelle Aufhebung der Zollkredite.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Die deutsche Fahrrad-Industrie hat sich trotz des niedrigen Zollsatzes gegen ausländische Fabrikate in erstaunlicher Weise gehoben. Es liegt geradezu in ihrem Interesse, daß die Zölle nicht erhöht werden. Dadurch würde nur die inländische Konkurrenz erhöht werden. Der Antrag Limburg-Stirum würde nur die Konsumenten schädigen und die Entwicklung dieses wichtigen Verkehrsmittels aufhalten.

Abg. Reichbiller (Z.): Für die Sorte Unterstüßung, die der Abg. Hilpert der Landwirtschaft angebeihen lassen wolle, bedanken sich die bayerischen Bauern bestens.

Präsident v. Nol: Das Wort hat der Abg. Dr. Hilpert. (Stürmische, allseitige Heiterkeit.)

Abg. Hilpert (agr. Bauernb.) will über den österreichischen und russischen Handelsvertrag sich verbreiten, wird aber vom Präsidenten zur Sache gerufen und verzichtet aufs Wort.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.) befragt nochmals die Erhöhung der Fahrrad-Zölle; das Interesse der Konsumenten dürfe nicht in den Vordergrund gedrängt werden.

Nach einem Schlussworte des Abg. Paasche, in dem auch er sich gegen die Erhöhung der Fahrrad-Zölle ausspricht, wird die Diskussion geschlossen, der Titel „Zölle“ wird bewilligt, ebenso der Titel „Tabaksteuer“ ohne Debatte.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung; Gesetzentwurf, betr. die freiwillige Gerichtsbarkeit; Postdampfer-Subventions-Novelle.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 14. Februar 1898, 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Frhr. v. Hammerstein und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Forstetats wird bei dem Einnahme-Titel: Von Forstgräberien fortgesetzt.

Abg. Anebel (natl.) hält es für zweckmäßig, wenn der Staat als größter Besitzer von Forstgräberien Forstzweign-Fabriken errichtete.

Regierungskommissar Landforstmeister Donner hält diese Fabrikation für wenig rentabel.

Bei dem Ausgabebetitel „Oberförster“ bemerkt auf eine Reihe von Bemängelungen.

Minister v. Miquel: Es halte eine Vermehrung der Oberförsterstellen bloß zum Zwecke der schnelleren Beförderung für sehr bedenklich wegen der Konsequenzen für andere Reformen. Es ist ein Fehler der preussischen Verwaltung, daß die Kandidaten ohne jede Einschränkung zugelassen worden sind. Hiergegen werden auf Drängen der Finanzverwaltung Maßregeln getroffen werden. Bei den Unterbeamten sind sie bereits eingeführt. Es ist besser, daß einzelne von der Karriere ausgeschlossen werden, als daß ein ganzer Stand unzufrieden wird. (Zustimmung.)

Bei dem Titel „Revierförster und Förster“ legt ein Antrag v. Truim (L.) vor, die Regierung aufzufordern, in nächsten Jahre eine wesentliche Erhöhung der Förstergelälter eintreten zu lassen.

Abg. v. Waldow (L.) schildert die Unzulänglichkeit der Förstergelälter, die den Gehältern anderer Beamten gegenüber sehr niedrig sind. Die verachtete Agitation in den Kreisen der Förster, bei der bedauerlicherweise beständige Ausfälle vorgekommen sind, sei zu mißbilligen, aber berechtigt sei die Forderung der Gehaltssteigerung. Außerdem empfiehlt Redner die etatsmäßige Einstellung der Sekretäre bei den Oberförstern, um dem heutigen behändigen Wechsel dieser Sekretäre vorzubeugen und damit den Oberförstern einen großen Theil ihrer geschäftlichen kleineren Sorgen zu nehmen. Der Reichstag von dem Abg. Nicker erhobene Vorwurf, daß bei den Jagden die Förster lediglich eine Dienerrolle spielen, ist durchaus unbegründet.

Minister Freiherr v. Hammerstein: Die Vorlage enthält eine nicht unwesentliche Verbesserung der Förstergelälter und für das künftige Jahr sind weitere Erhöhungen in Aussicht genommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß durch unsere Reichsreform auch die Gemeinden belastet werden. Bedauerlich ist das agitatorische Auftreten einzelner Beamten und die Ausführung des Abg. Nicker. Die Regierung wird allen berechtigten Ansprüchen gern genügen.

aber in Fällen von Insubordination mit aller Strenge einschreiten.

Regierungskommissar Donner giebt eine Blumenlese aus einer Förster-Zeitung, in der nicht bloß übertriebene Gehaltsansprüche erhoben werden, sondern auch zur Insubordination gereizt wird. Die Förster werden als die eigentlichen Träger der Fortschritt angegeben, die Oberförster seien überflüssig. Ferner wird aufgeföhrt, Allerhöchste Aufzeichnungen nicht anzunehmen. In Bezug auf Maßregelung von Personen, die für die Förster eingetreten sind, werden unwahre Angaben gemacht.

Abg. Horn (natl.) hofft, daß die heutigen Ausführungen beruhigend in Försterkreisen wirken werden.

Minister v. Miquel: Die Begründung des Antrages steht mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklange. Für die Gründe hat hier im Hause immer eine günstige Stimmung geherrscht. Schämt man die Einkünfte der Förster richtig, so stehen diese heute besser, als etwa 20000 andere Beamte, die früher mit den Förstern in gleicher Gehaltsstufe standen. Die Agitation ist auf das Entschiedenste zu verurtheilen, denn es wird darin direkt zur Insubordination angereizt gegen die Oberförster. Jedemfalls kann jede Beamtenklasse sicher sein, daß diese Art der Agitation eher abschreckend als fördernd für sie wirkt. (Sehr richtig!)

Abg. Frhr. v. Gersa (L.) findet es begreiflich, wenn die Förster nach Jahre langem Warten und nachdem andere Beamtenklassen längst aufgebessert sind, nun benachteiligt sind. Leider habe auch der Finanzminister sich dem Versprechen für künftiges Jahr nicht angeschlossen und einer Erhöhung der Förstergehälter auf 1800 M. ist durchaus angemessen. Für die Zeitungsschreiber kann man die Förster nicht verantwortlich machen. (Sehr richtig! recht.)

Abg. v. Woyzna (fr.) steht mit seinen Freunden dem Antrage sympathisch gegenüber, findet denselben aber zu unbestimmt, wird aber für den Antrag stimmen.

Abg. v. Sanden (natl.) zieht einige Konsequenzen des früheren Abg. v. Miquel zu gunsten der Förster, die dem, was er heute sagte, schroff entgegensteht. Die 100 Mark-Zulage im gegenwärtigen Etat mußte Entlassung hervorgerufen.

Nach einer kurzen Erwiderung des Oberlandforstmeisters Donner bemerkt

Abg. Frhr. v. Seereman (Z.): Wenn man auf die Agitation in den Kreisen der Förster hinweist, so ist das doch kein Grund gegen den Antrag.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. v. Miquel warnt davor, den Beamten Hoffnungen zu machen, die nachher nicht erfüllt werden können.

Abg. Frhr. v. Gersa (L.) bestreitet, daß die Förster erhebliche Nebenvorteile hätten und betont, daß in den Auslassungen der „Deutschen Förster-Zeitung“ nichts Agitatorisches und Disziplinwidriges enthalten sei.

Oberlandforstmeister Donner legt Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß die Regierung die Konsequenzen in der „Deutschen Förster-Zeitung“ den Förstern in den Mund gelegt habe.

Abg. v. Schöning (L.) beantragt, den Antrag der Konservativen an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. v. Pöhl (L.) bemerkt, daß seit dem vorjährigen Erlaß eine dankbare Gefinnung in die Försterkreise hineingekommen ist. Wenn der Minister davor warnt, in den Förstern unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken, so müsse man die der Regierung zurückgeben: sie habe die Förster in die zweite Klasse der Subalternbeamten erhoben und damit in ihnen die Hoffnung erweckt, daß sie auch finanziell besser gestellt würden. Thatsächlich sei die Lage der Förster eine überaus traurige. Zwischen den Förstern und Oberförstern besteht ein sehr kollegiales Verhältnis. Wenn der Abg. Ricker das nicht glaubt, so begleite er mich heute Abend in den Zirkus Busch. (Heiterkeit.)

Abg. Ricker (fr. Bg.) lehnt diese Einladung ab, da man ihm dort wahrlich keinen sympathischen Empfang bereiten würde. In der Sache stimmt er zu 7/8 dem Abg. Pöhl bei. Von einer Agitation sei keine Rede; die Beamten haben das Recht, sich an uns zu wenden. Es ist doch weit gekommen, wenn die konservative Partei für diese „Agitation“ eintritt. Mit der Bezeichnung der Förster als Diener bei den Jagden sollte auf die Dienstfunktion vom Jahre 1868 hingewiesen werden, die ja auch von konservativer Seite demängelt worden ist.

Es sprachen weiter für den Antrag v. Arnim die Abgeordneten Schaffner (natl.), Hoffmann (natl.), Schmidt-Neiseburg (Z.), Schulz-Berlin (fr. Bp.)

Abg. Graf Limburg (L.) wendet sich gegen das Agitatorische in den Fachblättern der Förster und den unangemessenen Ton in einzelnen Petitionen, auch Herrn Ricker's erste Rede konnte als agitatorisch aufgefaßt werden.

Der Antrag v. Arnim geht an die Budgetkommission. — Einige Titel des Postetats werden genehmigt.

Morgen (Dienstag) 11 Uhr: Interpellation Szymula (Z.) betr. ausländische Arbeiter, Vorlage betr. Erhöhung des Betriebskapitals der Central-Genossenschaftsliste. Schluß 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Kosten der Militärstrafprojek-Novelle. Die abschließliche Zusammenstellung der Mehrkosten, welche bei Einführung einer neuen Militärstrafgerichts-Ordnung für das Deutsche Reich, unter Zugrundelegung des Gesetzesentwurfs, wie solcher in der ersten Lesung der achten Reichstags-Kommission gefaßt worden ist, eintreten werden, ist der genannten Reichstags-Kommission zugewandten. Die Mehrkosten für das Reichsmilitärgericht und die preussische Militär-Justizverwaltung sind auf 187 940 M. veranschlagt. Diese Berechnung kann nur einen durchaus schätzungsweise, unverbindlichen Charakter tragen, da sie ohne Mitwirkung der Reichs-Finanzverwaltung aufgestellt ist, deren Prüfung und Zustimmung ausdrücklich vorbehalten bleiben muß.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die rechtliche Stellung der Privatdozenten, ist auf den 16. d. M., abends, einberufen worden.

Lokales.

Sozialdemokratischer Wahlkreis für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und der Rosenthaler Vorstadt werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute Abend in Viktoria-Garten, Badstr. 12, Reichstags-Abgeordneter Peus spricht, während in der Versammlung für die Schopenhauer Vorstadt im Belforter Salon, Belforterstraße 15, Genosse Jahn referiren wird. Es wird um zahlreichen Besuch ersucht. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die Billens zum Stiftungsfest am 19. März nur in den Zahlabenden von den Bezirksführern vorausgibt werden. Der Vorstand.

Die 3 städtischen Krankenhäuser haben 1896/97 (bzw. 1895/96) neu aufgenommen: 12 666 (12 901) Männer, 1437 (1881) Knaben, 8989 (9043) Frauen, 1904 (1644) Mädchen, zusammen 24 346 (25 489) Kranke; davon die Anstalt Am Friedrichshain 9102 (10 176), in Moabit 7861 (7179), Am Urban 7888 (8114). Bleibt man die als Bestand aus dem Vorjahre übernommenen Kranken dazu, so würde überhaupt behandelt: zusammen 26 258 (27 296) Kranke; davon Am Friedrichshain 9755 (10 838), in Moabit 8058 (7776), Am Urban 8445 (8882). Zugewonnen hat die Zahl der neu Aufgenommenen bzw. der überhaupt behandelten nur in Moabit, wo 1896/97 durch Errichtung neuer Baracken mehr Platz geschaffen worden ist. Am Friedrichshain und Am Urban ist aber, zum Teil infolge von Ueberweisungen an die erweiterte Moabiter Anstalt, eine so erhebliche Abnahme eingetreten, daß auch die Summe aus allen drei Anstalten für 1896/97 geringer als für das Vorjahr ist. Die Behandlung erforderte zusammen 680 840 (638 945) Verpflegungstage. Hier hat, trotz Mäßigung der Zahl der Aufgenommenen und der Behandelten, eine Zunahme stattgefunden, die nur durch den erwähnten Erweiterungsa-

bau in Moabit möglich geworden ist. Man hat den Kranken, weil etwas mehr Platz vorhanden war, im Durchschnitt wieder eine längere Behandlungsdauer gewähren können. — Von dem Rückgange der Ausnahmen (um 1123 Personen) kommt ein verhältnismäßig großer Theil auf die auswärts in den Krankenhäusern. Unter den 25 489 Ausnahmen des vorletzten Jahres waren 2889 (= 11,2 pCt.) von außerhalb, unter den 24 346 Ausnahmen des letzten Jahres dagegen nur 2373 (= 10,6 pCt.). Von den letzteren kamen allein 2270 aus der näheren Umgebung Berlins, speziell aus den direkt angrenzenden Vororten Charlottenburg 260, Schöneberg 236, Nitzdorf 442, Lichtenberg 294, Weissensee 254 u. s. w.) In dem neuesten Verwaltungsbericht der Krankenhaus-Deputation wird die Vermuthung ausgesprochen, daß die in die Augen fallende Abnahme der Zahl der auswärtigen Kranken zurückzuführen sei auf das Bekanntwerden der zeitweiligen Ueberfüllung der Berliner Anstalten. Bekanntlich hat die Krankenhaus-Deputation, als die Ueberfüllung zu arg wurde, die Ausnahmebedingungen für unbemittelte Kranke aus den Vorortgemeinden erschwert. Dieses Gewaltmittel hat seinen Zweck, die Zahl der auswärtigen Kranken möglichst einzuschränken, leistungsfähig. Es hat aber doch nicht verhindern können, daß selbst in dem verhältnismäßig günstigen Jahre 1896/97 zeitweise wieder die ärgste Ueberfüllung herrschte. Während im Durchschnitt des ganzen Jahres pro Tag 1890 Kranke verpflegt wurden (667 Am Friedrichshain, 652 in Moabit, 571 Am Urban), wurden dagegen im Durchschnitt des Jahres 1897 pro Tag 2114 Kranke (603 Am Friedrichshain, 886 in Moabit, 585 Am Urban) verpflegt. Es liegt eben nicht nur an den Vororten, sondern vor allem an Berlin selber, daß die Berliner Krankenhäuser in ersteren Zeiten nicht ausreichen. Die Neuaufnahmen beliefen sich im Februar 1897 in den drei städtischen Anstalten auf durchschnittlich 78 pro Tag. Darnach erfolgten täglich Abweisungen von Kranken, die dann auch in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache gebracht wurden. Leider können sich solche Zustände jeden Winter wiederholen, bis das vierte städtische Krankenhaus, an das man viel zu spät herangegangen ist, fertig gestellt sein wird.

Das Berliner Müllabfuhrwesen soll jetzt, wie eine Lokal-Korrespondenz wissen will, durch die städtischen Körperschaften noch bis zum 1. April d. J. endgültig geregelt werden, und zwar nach den Bedingungen, welche den beiden an den Magistrat aus Differenten herangetretenen Abfuhr-Gesellschaften, der Charlottenburger Gesellschaft „Prompt“ und der Budapester Müll-Verwertungs-Gesellschaft, gestellt sind in folgender Weise: die Abfuhr aus den Häusern soll im ganzen Stadtgebiete von Berlin täglich bis 12 Uhr mittags, in der Friedrichs- und Königsstadt aber sogar bis 10 Uhr morgens erfolgen. Dann soll das Müll bereits in den nächsten 24 Stunden beseitigt sein. Und damit dies geschehen kann, soll die den Zuschlag erhaltende Gesellschaft innerhalb des städtischen Weichbildes zwei Verwertungsanstalten errichten, weil die in Aussicht stehende Regierungs-Polizeiverordnung, durch welche auf 8 Kilometer Entfernung von der Berliner Weichbildergrenze das Abladen von Müll streng verboten werden soll, eine schnelle Beseitigung und damit eine den bestimmten Vorschriften der Stadt entsprechende vollständige und sorgfältige Abfuhr bei Fortschaffung des Mülls nach weitab gelegenen Punkten unumgänglich erscheinen läßt. Die Regierungs-Verordnung soll bestimmt zum 1. Oktober d. J. in Kraft treten, und deshalb sollen bis zu diesem Zeitpunkt auch die beiden Verwertungsanstalten (nach dem Sortirsystem) vollkommen fertig sein, für deren eine auch die Budapester Gesellschaft im Norden Berlins bereits ein Grundstück erworben hat. Diese Abfuhrregelung soll den Hausbesitzern außerordentliche Ersparungen bringen, indem sie nur die Abfuhr mit 1/2 pCt. des Gebäudesteuer-Nutzungswertes bezahlen sollen, wobei es noch unbestimmt ist, ob diese Kosten von den Besitzern direkt an die Unternehmer-Gesellschaft oder im Umlageverfahren an die Stadt zu entrichten sein werden, und diese sei dann an die Gesellschaft weiterzahlt. Für die Beseitigung des Mülls verlangt dann ferner die Budapester Gesellschaft pro Tonne 1 M. Und da nach den Berechnungen der zur Vorberatung der Müllfrage eingesetzten Kommission (unter dem Vorsitze des Stadtraths Nielsen) in Berlin täglich ca. 24 000 Tn. Müll abzuführen sind, so würden bei 800 Abfuhrungen die Kosten der Müllbeseitigung sich auf jährlich 360 000 M. belaufen. Diese Summe soll aber nicht gleich den Kosten für die Abfuhr ebenfalls v. u. den Hausbesitzern aufgebracht, sondern in den Etat eingestellt und aus den Gesamtsteuern gedeckt werden. Die für die Abladepunkte einzustellenden Posten sind allein in den letzten drei Jahren — 1894/95 — 1896/97 — um 577 000 M. überschritten worden, wozu noch kommt, daß die Beseitigung der gesundheitschädlichen Abladepunkte Berlins nach dem Gutachten des Professor Vogel circa fünf Millionen Mark kosten würde.

Verkehrsnachrichten. Das Königl. Polizeipräsidium hat den Antrag der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft auf Verabreichung der Fahrpreise der Linie Dönhofsplatz-Zoologischer Garten von 13 Pf. auf 10 Pf. unter Vorbehalt der Zustimmung des Magistrats genehmigt. — Die städtische Verkehrsdeputation hat der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft die Genehmigung zum zweigleisigen Ausbau der Straßenbahnstrecke in der Kommandantenstraße zwischen Brandenburger- und Alte Jakobstraße genehmigt und ferner ihre Zustimmung zur Aufstellung von Nothmasten zum Zweck der Einrichtung des elektrischen Oberleitungsbetriebes auf der Ringbahnlinie erteilt.

Polizeiliche Postkarten. Vorladungen, Mittheilungen, Benachrichtigungen, die nicht sehr eilig sind und auch mit dem Dienst- und Antragsbeholdnis nicht zu thun haben, sollen jetzt nicht mehr durch Polizisten überbracht werden, sondern durch Postkarten. Das Polizeipräsidium hat besondere Karten herstellen lassen. In der oberen Ecke rechts steht ein eingedruckter Stempel mit der Umschrift: „Der königliche Polizeipräsident in Berlin.“ links die Aufschrift: „Frei laut Ordre Nr. 21. Königl. pol. Polizeipräsident.“ Unten links steht man noch die Aufschrift: „Königliches Polizeipräsidium.“ Hoffentlich enthalten die Karten nur solche Mittheilungen, die auch von unberufenen Seiten ohne Schaden für den Empfänger gelesen werden können.

Die Berliner Polizeizustände werden durch folgenden Vorfall drastisch beleuchtet: Der Droschkenschreiber Karl Schneider aus der Rägernerstr. 23 war mit seiner Gepäcksdroшке auf einer Fahrt in der Liedstraße begriffen, als er infolge eines plötzlichen Unwohlseins vom Sock auf die Straße fiel. Drei junge Leute, die ihres Weges daherkamen, nahmen sich des Hüstlers an und brachten ihn nach dem 11. Polizeirevier in der Invalidenstraße, um ihn der Obhut der Beamten zu überlassen. Hier wurde ihnen bedeutet, daß die Polizei mit einem Kranken auf der Wache nichts anfangen könnte, man müsse ihn nach einem Krankenhause bringen. Die barmherzigen Samariter zogen nun wieder mit dem Krücker ab nach einem Krankenhaus und glaubten hiemit ihrer Menschenspflicht genügt zu haben. Während sie aber die zur Aufnahme erforderlichen Angaben machen sollten, hatte ein Arzt den angeblich Kranken untersucht und festgestellt, daß er bereits todt war. Natürlich wurde die jungen Leute auch hier wieder abgewiesen und mußten sich jetzt nach dem Polizeirevier zurückbegeben, das sie nach dem Krankenhaus geschickt hatte. Von dort wurde nun endlich die Fahrt nach dem Schauhaus in Begleitung eines Schutzmannes angetreten.

Verrathen. Mit einer Schußwunde in der Brust wurde am Sonntag Vormittag die 21jährige Hedwig K., Tochter eines städtischen Beamten, in ein Krankenhaus des Nordostens eingeliefert. Das junge Mädchen war bis zum Spätherbst vorigen Jahres Verlobte in einem hiesigen großen Bazar gewesener und hatte hier einen Kollegen kennen gelernt, mit welchem sie sich verlobte. Da der Bräutigam von Hause nicht unbemittelt war, so wollte das junge Paar ein Postamentiergeschäft in der Vorstadt etabliren. Am letzten Weihnachtstage wachte die K. mit ihrem Bräutigam einer Vereinskassierin bei und machte hier die Bekanntschaft eines Freundes ihres Verlobten, eines Reisenden, dem es in wenigen Wochen gelang, das Herz des jamaica Mädchen dem Manne ihrer

Wahl abspenstig und sich geneigt zu machen. Trotz dringenden Rathens ihrer Eltern schickte Hedwig K. dem Verlobten den Ring zurück und gab ihre Stellung auf. Ende vorigen Monats war das Mädchen aus dem Hause ihrer Eltern verschwunden und den Angehörigen gelang es nicht, den Aufenthalt der Geflüchteten zu ermitteln. Die Behörde hatte auf Anrathen ihres Verführers ihre Gespinnisse, mehrere hundert Mark, mit sich genommen und den Reisenden auf einer Geschäftstour begleitet. Als das Geld zu Ende, ließ der herzlose Burlesk sein Opfer in München mittellos zurück und verschwand. Die Bedauernswerthe vermochte nur, indem sie ihre geringen Taschengelder verkaufte, Mitte voriger Woche nach hier zurückzukehren. Sie wagte es nun nicht, in das Elternhaus zurückzukehren, trieb sich vielmehr hungernd in das Elternhaus, die Nächte im Asyl verbringend. Am Sonntag Morgen scheint die Bedauernswerthe den Entschluß gefaßt zu haben, ihrem verfluchten Leben ein Ende zu machen. Hedwig K. begab sich nach der elterlichen Wohnung in der Ballisadenstraße, in welcher, wie sie meinte, während des Rückgangs der Eltern nur die alte schwerhörige Magd anwesend war. Es gelang ihr, unbemerkt in das Zimmer des Vaters zu schleichen und sich den geladenen Revolver desselben anzueignen. Hier ließ das Mädchen einen reinigen Brief an die Eltern und den früheren Verlobten zurück, riegelte die Thür ab und schoß sich eine Kugel durch die Brust. Als die Eltern bald darauf zurückkehrten, fanden sie ihr Kind auf dem Fußboden fast verblutet liegend vor. — Es ist wenig Hoffnung auf Erhaltung des Lebens der K. vorhanden.

Dr. John Volkmann, ein deutsch-amerikanischer Schriftsteller im Alter von 58 Jahren, der vor etwa fünf Monaten in einer Erbkrankheit nach Berlin gekommen war und hier in der Pleisenerstraße 9 wohnte, ist am Sonntag Abend um 9 1/2 Uhr auf der Straße zusammengebrochen und auf der Unfallstation 16 alldort gestorben. Er war in Amerika verheiratet und im Begriffe, hier eine neue Ehe einzugehen. Am Sonntag besand er sich auf Besuch bei einer Fleischbeschauerin Dally in der Königsbergerstraße und war auf dem Wege nach Hause, als er in der Frankfurter Allee zusammenbrach. Ein Schutzmann des 38. Reviers nahm sich seiner sofort an und brachte ihn nach der Unfallstation. Soweit bekannt, beschäftigte er sich auf religiösem Gebiet.

Mit einer bevorstehenden Prüfung hängt anscheinend der Selbstmord des Referendars Heinrich v. Zahn aus der Secuburgerstraße 84 zusammen. Am Sonntag Nachmittag um 2 1/2 Uhr hörten Bewohner des Hauses einen Schuß fallen, und die hinzueilende Wirthin fand den 28 Jahre alten Mann schwer verwundet im Zimmer liegend auf. Der Tod trat alsbald ein. Die Leiche verblieb in der Wohnung.

Die Friedrichsgracht von der Grün- bis zur Kopsstraße wird wegen Ausbesserung des Bohlwerks bis auf weiteres für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Von einem weiblichen Messerhelden wurde der 19 jährige Schuhmacher Reimann schwer verletzt, als er vorgestern nachts gegen 12 Uhr die Grenadierstraße passirte. Reimann hatte ein ihm begegnendes Mädchen etwas unwohl abgewiesen und ging, ohne sich umzusehen, seines Weges weiter, als er plötzlich hinterwärts angegriffen und bevor er sich noch nach seinem Gegner umwenden konnte, durch einen Messerhieb in den Rücken zu Boden gestreckt wurde. Das Mädchen machte sich schnell davon.

Ein gefährlicher Rantionschwinder ist in der Person des Generalagenten einer Berliner Versicherungs-Gesellschaft, Namens Diesdian, in Hamburg in dem Moment abgefaßt worden, als er sich, mit einem Auslandspaß versehen, auf ein Schiff begeben wollte, um mit seiner ziemlich bedeutenden Beute für immer das Weite zu suchen.

80 000 Frank's rumänischer Rente sollen auf bisher unerklärliche Weise der Breslauer Diskontobank abhanden gekommen sein. Die hiesige Filiale der genannten Bank, die sich hier in der Charlottenstraße 57 befindet, sandte am Montag der letzten Woche einen mit 80 000 Frank's delorierien Weidbriss an ein Bankhaus in Galatz ab. Als die Absenderin bis Donnerstag keine Empfangsbekundigung erhielt, fragte sie bei dem Adressaten an und erfuhr nun, daß nach einem Bericht der Galazer Postbehörde der Brief verschwunden sei.

Einer unglücklichen Weise ist abermals ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Ein 18 jähriger Schneidergeselle erbot sich in einem Schanklokal an der Tegeler Chaussee, in dem Zeitraum von 1 1/2 Stunden 1 1/2 Liter Nordhäuser Kornbranntwein zu trinken. Trotz der Abmahnung des Wirthes nahmen mehrere Arbeiter die Wette an. Nachdem der junge Mensch einen Liter Brantwein genossen hatte, fiel er um und bekam Krämpfe. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb der Gefelle, welcher die einzige Stütze seiner betagten Eltern war.

Den Wirkungen des Oestes ist der 21 Jahre alte Kaufmann Arthur Vogel aus der Marienstraße erlegen, der das Opfer seines Umganges mit einem lieberlichen Franzoszimmer wurde. Vogel verfolgte sich vor einiger Zeit zu erleschen, nachdem die unvorbereitete Hedwig K. ihn auf Abwege und schließlich um seine Stellung in Frankfurt a. M. gebracht hatte. Er wurde von seinem Wirth dabei geföhrt, so daß die Kugel fehlging. Nach Berlin zurückgekehrt, wachte ihm auch die K. wieder geföhrt war, nahm er dann vor acht Tagen Selbstmord und wurde von der Polizei in ein Krankenhaus gebracht. Hier ist er in der Nacht zum Sonntag gestorben.

Von einem jähen Tode ereilt ist der Maler Lehmann aus der Solowienstraße. Er war auf seiner Arbeitshütte, einem Bau in Nitzdorf, plötzlich von Unwohlsein befallen worden und wurde zunächst nach der Unfallstation XII und von dort nach dem Krankenhaus am Urban geschafft. Auf dem Transporte dahin verstarb er indessen bereits. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

In einer Schlägerei wegen des Jola-Prozesses kam es am Sonntag in einem größten Theil von Studenten besuchten Lokale am Oranienburger Thor. Ein Händler mit Jola-Karte, der in ziemlich ausdringlicher Weise seine Waare feilbot, wurde von einem deutsch-nationalen Studenten mit den Worten „Verdammt! Juden-schwindel!“ „Stunde Reklame!“ zurückgewiesen. Ein an einem Rebenstische sitzender Kaufmann nahm für den Händler Partei und meinte, nur ein Schuft könne Jola seine Anerkennung verweigern. Diese Bemerkung gab das Signal zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Studenten, welche ihrem Kommissionsen beisprangen, und den übrigen Gästen, der bald in Thätlichkeiten ausartete. Es regnete von beiden Seiten Faustschläge und Stoßhiebe, bis es endlich den Angefallenen des Lokales gelang, die Streitenden zu trennen und die Hauptverursacher zu entfernen.

Ein Mörder und Einbrecher ist der hiesigen Polizei aus Hamburg signalisirt worden. Es ist der Polizei-Inspektor Jganz Schöo, der nach Verübung der Verbrechen flüchtig ist.

Der von der Deutschen Gesellschaft für völkethümliche Naturkunde gemachte Versuch, neben ihren seitherigen reichhaltigen und vielseitigen Veranstaltungen auch besondere Vorträge naturwissenschaftlicher Art einzurichten, kann als ein in jeder Beziehung gelungenere bezeichnet werden. Der erste Kursus dieser Art umfaßte das Gebiet der allgemeinen Chemie und lag in den bewährten Händen des Herrn Professor Dr. Böttger, der es verhandelt, in verhältnismäßig kurzer Zeit seine zahlreichen Zuhörer in die Geheimnisse jenes Wissensgebietes einzuföhren und sie durch eine große Anzahl mit Sicherheit ausgeführter Experimente zu fesseln. In Anbetracht an die Kurse sind noch besondere Exkursionen in Aussicht genommen, so wird unter Führung des Herrn Professor Böttger von den Theilnehmern des chemischen Zyklus am 17. d. einer städtischen Gasanstalt ein Besuch abgestattet werden. An diesen chemischen Vorträgen reiht sich ein mineralogischer an, für welchen es dem Vortrage gelungen ist, einen namhaften Gelehrten in der Person des Herrn Prof. Dr. Scheide zu gewinnen und welcher am Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, in den Räumen der Königl. Bergakademie eröffnet werden wird. Besonders dankenswerth ist es, daß

die Direktion der letztgenannten Anstalt ihre überaus werthvolle Beihülfe zur Verfügung gestellt hat. Höhere Kunst über die Karte erstellte der I. Schriftführer der Gesellschaft, Oberlehrer Dr. W. Greif, 80., Köpenickerstr. 142.

In den Experimentierkabinen der Urania (Lindenstraße) ist eine Reihe von Apparaten aufgestellt worden, unter denen neue Formen von Druckmessern besonders Interesse finden dürften. Dieselben beruhen auf dem Prinzip der bekannten Bourdon'schen Metall-Barometer, bestehen also aus einem gebogenen Metallrohr, dessen Krümmung zu- und abnimmt, wenn der Druck im Innern steigt oder fällt. Neuerdings hat man zur Messung sehr hoher Drücke — bis zu 2000 Atmosphären — derartige Röhren aus Stahl angefertigt und man kann konstatieren, daß sich ein solches Rohr unter dem Einfluß des hohen Druckes in derselben Weise biegt, wie die aus hartem Weichblech gefertigten Röhren bei einem Drucke, welche eine Million mal kleiner ist. Derartige Apparate bilden einen interessanten Beweis dafür, daß sich der Bau von Meßinstrumenten in sinnreicher Weise den Bedürfnissen der Praxis anpaßt.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 7 Uhr brannte Magdeburgerstraße 38 Zwischengebäude. Nummerstraße 26 gingen um 9 Uhr Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen auf. Kurz vor Mitternacht mußte Kreuzbergstraße 7 ein Schadenfeuer abgelöscht werden, das die Balkenlage und Schäldecke zerstörte. Nachmittags 5 1/2 Uhr hatte Alexandrinenstraße 107 auf dem Grundstück der Aktiengesellschaft „Berliner Messingwerke“ ein Holzgerüst, das um einen in reparierenden Dampfessel aufgebaut war, Feuer gefangen, das wohl nicht vollständig abgelöscht wurde, denn nach zwei Stunden mußte die Wehr nochmals auf dem alten Brandort eingegriffen, da Sparren und Balken brannten. Ein Fußboden- und Balkenbrand rief die Wehr kurz vorher nach Klosterstraße 31. Montag früh 12 1/2 Uhr verbrannten Mühlentstraße 60 a in einer Schokoladenfabrik mehrere Kasser. Und gleicher Veranlassung wurde die Wehr um 9 1/2 Uhr nach Sienkenstraße 24 gerufen. Zwei Zimmerbrände riefen die Wehr nachmittags nach Ballisadenstraße 91 und Schweinmünderstraße 98. In beiden Fällen gingen Betten und Kleidungsstücke in Flammen auf. Denselben Tag explodirte um 4 Uhr eine Petroleumflasche, doch konnte das dadurch entstehende Feuer leicht gelöscht werden.

Theater. Im Luisen-Theater ist das „Räuberchen von Heilbrunn“ dem Repertoire einverleibt worden. Ob dies romantische Schauspiel gut oder schlecht gespielt wird, es regt durch die bunte Lebendigkeit seiner Bilder sowohl, wie durch die liebliche Naivität seiner Heldin immer noch an; und es muß schon ein ganz verhärtetes Gemüth sein, das sich durch die Seiden und den endlichen Sieg des schwärmerischen Räuberchens nicht im Innern gerührt fühlte. Am Sonntag kamen Künstler und Publikum des Luisen-Theaters dem Stück mit gleicher Empfänglichkeit entgegen. Es ist ja für jede Schauspielerin eine weitere Aufgabe, in der Darstellung der verführten Heldin das Richtige zu treffen. Auch Fräulein Alma Schwarz war eines der Räuberchen, wie sie schon zu Tausenden dagewesen, aber im Rahmen hergebrachter Darstellungsweise hielt sie sich wacker, und darum soll nicht lange über Einzelheiten geredet werden. Der Wetter von Strahl des Herrn Niedbach war etwas reichlich mit trockenem Realismus ausgestattet. Im übrigen ward das Stück leidlich gespielt. — Im Schiller-Theater wird Heinrich Heine's neues Schauspiel „Hans Wurst in Berlin“ heute und morgen wiederholt. Mitte nächster Woche findet die erste Aufführung von Grillparzer's Trauerspiel „Die Ahnfrau“ statt. — Für das Odeon-Theater ist der jugendliche Komiker Rich. Helwig verpflichtet worden. Derselbe wird in dem Ausstattungsspiel „Unter der Polarkrone“, welches am Mittwoch zum ersten Male in Szene geht, in einer größeren Rolle debütieren.

Die Kunst-Schaubühne brachte am Sonntag einen Projektions-Vortrag von Franz Stahl „Aus den Werkstätten deutscher Meister“. Herr Stahl verfolgte ein anerkanntes Ziel; es war ihm darum zu thun, die Meinungen zu zerstreuen, die in den Köpfen der großen Masse über Kunst und Künstlerleben vielfach noch vorhanden sind und die vor allem in der leichtesten Unterhaltungsliteratur, soweit diese das Künstlerleben ausschaltet, ihren Ursprung haben mögen. An mannigfachen Beispielen zeigte Herr Stahl, daß der höhere Schwung und die Genialität des leichteren Genies ebensowohl bei großen als bei mittleren Künstlern eine gerade bei hervorragenden Meistern das wie spielend auf die Feinwand gezeichnete Bild ein Produkt durchaus nichteren Schaffens und mühseligen Probirens. Wie der Literaturhistoriker weiß, daß die flüssigen Verse eines Goethe oder Heine in bestimmten Fällen vielleicht zwanzig Mal befeilt wurden, bevor der Dichter sie der Öffentlichkeit übergab, so nimmt gleichfalls der Künstlerbesucher wahr, daß der Maler an seinem Bilde immer von neuem ändert und experimentirt. Herr Stahl ging dann auf die Arbeitsweise einiger namhafter Künstler ein und suchte an manchen Meisterstudien die Charaktereigenschaften von Lebach, Menzel, Liebermann, Böcklin und der Bildhauer Weges und Klingers zu erklären. Der vornehm gehaltene Vortrag bot vielfache Anregung und wird gewiß in manchem Zuhörer das Verständnis für seinen Lieblingskünstler gefördert haben.

Orgelkonzert. In der Marienkirche hält Herr Otto Dienel Mittwoch, den 18. Februar, mittags 12 Uhr, einen Orgelkonzert bei unentgeltlichem Eintritt unter Mitwirkung von Fräulein Johanna Haas aus Halle, Fräulein Maria Burand und Herrn Schwoefelmann.

Der fünfte Vortragabend im Verein „Berliner Presse“, der am nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, im Architektenhaus, Wilhelmstr. 92, stattfindet, hat ein ausschließlich humoristisches Programm. Es werden die Herren Johannes Trojan und Sigmund Wehring eine Auslese heiterer Geschichten zum Vortrag bringen. An Stelle des Herrn Otto Sommerhoff, der leider durch den Spielplan des Berliner Theaters verhindert ist, die angekündigte Vortlesung eigener humoristischer Gedichte auszuführen, wird ein anderer beliebiger Berliner Darsteller treten.

Aus den Nachbarorten.

Röpenitz. Eine solche Nachricht, der wir Raum gegeben haben, bedarf der Richtigstellung. Die Sprechstunden des Gewerbe-Inspektors finden nämlich nicht im Rathshaus, sondern im Rathshaus auf'statt. Damit werden die Betrachtungen, die wir an die am 5. d. M. gebrachte Meldung gebracht haben, natürlich hinfällig.

Die Lehrerbeförderung-Frage ist jetzt auch in Tempelhof durch die dortige Gemeindevorstellung entschieden worden. Nach der von letzterer aufgestellten Gehaltskala erhalten dort der Rektor 2000 M., die Hauptlehrer 1800 M., die Lehrer 1800 M. und die Lehrerinnen 1000 M. Grundgehalt. Die Allerschulungen betragen: für Lehrer 200 M., für Lehrerinnen 130 M. Die Miettschuldigkeit beträgt für den Rektor 600 M., für Lehrer mit eigenem Hausstand 450 M., für Lehrer ohne eigenen Hausstand und für einseitig angestellte, noch nicht 4 Jahre im öffentlichen Schuldienst thätige Lehrer 300 M. und für Lehrerinnen 300 M.

Verwegene Einbrecher haben dem Brunnmeister Rudjen in Niddorf, Cammerstraße 28 wohnhaft, einen unliebsamen Besuch abgelegt. Nachdem die Spinnweben das verschlossene Kompartiment erbrochen hatten, schleppten sie den dort befindlichen Geldschrank in die benachbarte Schmiede und bearbeiteten ihn mit großen Hämmern, bis die Thür ausbrach. Die erhoffte Beute fiel aber wider Erwarten gering aus und löbte sich kaum der aufgewendeten Mühe. Es waren nämlich nur 80 M. in dem Geldschrank enthalten. Das Gehämmer war wohl in der Nachbarschaft gehört worden, doch war es nicht weiter aufgefallen.

Zur Frage des elektrischen Betriebes auf der Wannseebahn wird noch berichtet: Wenn auch der für die Wannseebahn geplante elektrische Betrieb, wie mitgeteilt wurde, wegen Einbruchs des Vorstandes des meteorologisch-magnetischen Observatoriums bei Potsdam nicht auf der ganzen Ausdehnung der Bahn wird eingeführt werden können, so soll doch der elektrische Probetrieb für die Strecke Berlin-Zehlendorf bestimmt ins Werk gesetzt werden. Von Zehlendorf bis zum Observatorium sind mehr als 15 Kilometer

Zustimmung, so daß der von dem wissenschaftlichen Institut geforderte Bankkreis nicht berührt wird.

Gerichts-Beilage.

Abenteuer auf der Polizeiwache bildeten wieder einmal den Mittelpunkt einer Anklage, die gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts I längere Zeit beschäftigte. Den Vorfall führte Landgerichtsdirektor Jellisch. Wegen Mißhandlung, Widerstandes und Beleidigung mittels der Presse hatte sich der Telegraphen-Arbeiter Karl Fischer zu verantworten. Dieser hatte am 28. Juni v. J. mit zwei Freunden etwas gezecht; auf dem Heimwege waren die drei mit einem Bäckereibehälter in Streit gerathen, die in eine Schlägerei ausartete. Der Bäckereibehälter behauptet, daß er von allen dreien geschlagen worden sei, während der Angeklagte behauptet, daß nur seine beiden Freunde geschlagen haben. Ein Schuhmann wurde herbeigerufen, welcher die drei aufforderte, ihnen zur Feststellung ihrer Personen nach der Wache zu folgen. Fischer, der immer der Meinung gewesen, daß er nur als Zeuge und nicht als Angeklagter mitgehen sollte, folgte nach dem 72. Polizeirevier in der Zeltower Straße. Was ihm dort passiert ist, hat er alsdann in einem Artikel in der „Staatsbürger-Zeitung“ in einer Weise geschildert, die nach der Behauptung der Anklage falsch sein soll. Nach seiner Behauptung sei er auf der Wache von dem Telegraphisten Ziefert nach seinem Namen befragt worden und habe sofort seinen Militärpass vorgezeigt, der auch von einem Schuhmann gelesen worden sei. Alsdann habe man ihm die Sachen abverlangt, er will auch dadurch nicht auf den Gedanken gekommen sein, daß er gleichfalls die Rolle eines Angeklagten spielen sollte; er habe verlangt, daß seine Sachen aufgeschrieben werden sollten, dies sei geschehen und dann habe man ihn in eine Zelle gebracht, die verschlossen wurde. Er habe wiederholt angeklopft, da er habe wissen wollen, warum er festgehalten werde. Nachdem er wiederholt geklopft, sei die Thür geöffnet worden, eine Anzahl Schutzleute sei erschienen und man habe ihm Armesel an angelegt, indem man seine Hände auf dem Rücken fesselte. Dann habe man ihn nach dem Schlafsaal getragen, auf dem Fußboden — bücklings und mit dem Gesicht nach dem Fußboden — gelegt und ihm auch die Füße gefesselt. Mehr als sechs Schutzleute haben ihn dabei umstanden. Dann habe man noch die Handfesseln und Fußfesseln mit einem Strick verbunden, wobei man ihm, wie er behauptet, mit einem Strick oder Riemen ins Gesicht geschlagen habe, ein Schuhmann mit der Nr. 3848 habe sogar einen Augenblick des Kleinseins benutzt, um ihm einen Fußtritt ins Gesicht zu versetzen, so daß er eine Wunde an der Backe und einen Bluterguß am Auge davongetragen habe. Er sei dann etwa 15 Minuten in dieser Weise gefesselt geblieben, dann habe man ihm gesagt, wenn er bitten könnte, würden ihm die Fesseln abgenommen werden, dies sei dann auch schließlich geschehen. — So lautete die Behauptung des Angeklagten in seinem Artikel und diese Behauptung hielt er im gestrigen Termin in jedem Punkte aufrecht. Ganz anders lautete die Aussage der vernommenen 9 Schutzleute und des Wachtmeisters Wächterschuh, die an jenem Abende in der Polizei-Wache anwesend waren. Sie befanden übereinstimmend, daß der Angeklagte sich zunächst gewiegert habe, seinen Namen zu nennen — daß er ihn schließlich aber doch genannt habe. Der Wachtmeister hat sich dann durch Einsicht in das Revierbuch überzeugt, daß die Angabe richtig war, er hat dann aber doch seine Ueberführung in die Zelle angeordnet, weil der Angeklagte der sehr erregt gewesen sei, immer weiter sprach (1) und den Telegraphisten geküßt habe. Ein Schuhmann motivirte dies Einsperren in die Zelle damit, daß „man sonst nicht wußte, wo man ihn lassen sollte“. Uebereinstimmend bezeugten die Beamten, daß der Angeklagte wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß er nicht als Zeuge, sondern als Beschuldigter anwesend sei. Dieser habe wiederholt mit aller Gewalt gegen die Thür geschlagen; man habe ihm dies wiederholt verboten und ihn verworrt, da er sonst gefesselt werden müßte. Der Wachtmeister hat dann den Befehl zur Fesselung gegeben, wie er sagt „zur eigenen Sicherheit des Angeklagten, damit er nicht die Thür zertrümmern und sich dabei verletzen könnte“. Der Angeklagte habe sich nun wie ein Rasender gezeigt, um sich geschlagen und um sich gebissen, und deshalb habe man ihn in den Schlafsaal getragen und dort auch die Füße gefesselt. Auch hierbei habe sich der Angeklagte äußerst renitent benommen, und als man ihn auf einen Stuhl gesetzt (was der Angeklagte entschieden bestritt), sei er zu Boden gefallen und habe in der Nähe der eisernen Bettstelle sich herumgewälzt, wobei er furchtbar schrie und „Händer! Wälder! Feuer!“ u. dergl. rief. Sämtliche Beamte bestritten, den Angeklagten irgendwie mißhandelt zu haben, auch der Schuhmann, der dem Angeklagten den Fußtritt verleiht haben soll, bestritt dies. Die Beamten behaupten, daß der Angeklagte sich wie ein Wüthender benommen und etwaige Verletzungen sich durch Ausschlagen auf die eiserne Bettstelle zugezogen haben könne. Uebrigens wollen die Beamten an dem Angeklagten, als er entlassen wurde, gar keine Verletzungen wahrgenommen haben, mit Ausnahme einer kleinen Schwärze auf der einen Backe, die zwei der Beamten schon bei seiner Einlieferung gesehen haben wollen. Dagegen behaupten mehrere Zeugen mit aller Bestimmtheit, daß Fischer keinerlei Verletzungen gehabt habe, als er dem Schuhmann zur Wache folgte. Ein Zeuge will ihn nach seiner Entlassung von der Wache gesehen und ihn nicht erkannt haben, weil er im Gesicht ganz zerklüftet war; auf seine erkaunte Frage, wie er denn ansähe, hat der Angeklagte erwidert, daß er so auf der Polizeiwache zugerichtet worden sei. Er hat sich am nächsten Tage zu dem pretilischen Arzt Dr. Kahmer begeben und dieser hat bei ihm eine starke Schwellung des Unterleibes, Verletzungen am Auge und Ohr und auf der einen Backe 3 bis 4 lange auffallend parallel laufende Striemen festgestellt. Nach der Ansicht des Arztes deuten gerade die letzteren darauf hin, daß es richtig sei, wenn der Angeklagte behauptet, er sei mit einem Strick oder Riemen geschlagen worden. — R. M. Dr. Schmidt stellte sich in erster Reihe auf den Standpunkt, daß die Beamten in unrechtmäßiger Ausübung des Amtes waren, da eine Körperverletzung seitens des Angeklagten gar nicht vorlag und eine Fesselung desselben gar nicht berechtigt war. Es wurde festgestellt, daß Instruktionen über die Anwendbarkeit der Fesseln seitens der Polizeibeamten nicht bestehen. — Staatsanwalt Vieh hielt durch die Beweisaufnahme nicht für erwiesen, daß der Angeklagte sich an der Straken schlägerlei betheiligt habe. Aber er sei von dem Mißhandelten dem Schuhmann gegenüber als einer der Schläger bezeichnet worden und der Beamte habe daher seiner Pflicht gemäß nicht nur die Geißel der Jellisch, sondern auch den Angeklagten zur Wache geführt. Auch dem Wachtmeister Wächterschuh lag die amtliche Aufgabe ob, sämtliche Stricke zu vernehmen. Da der Angeklagte sich seiner Vernehmung widersetzte und zu toben anfing, so hatten die Beamten das Recht, die geeigneten Mittel anzuwenden, um den Tobenden zur Ruhe zu bringen. Ob es jetzt, tollwoll oder nöthig war, ihn so zu behandeln, wie es geschehen sei, das habe der Gerichtshof nicht zu entscheiden. Zuzuschreiben habe der Angeklagte sich diese Behandlung selbst, denn er mußte sich sagen, daß die Beamten nicht wissen konnten, daß er von dem Mißhandelten zu Unrecht der Mißhandelschaft beschuldigt worden war. Sodann begab der Angeklagte sich zur Redaktion der „Staatsb.“ Ztg.“ und verlangte, daß man die von ihm verfaßte Schilderung veröffentlichte, obgleich ihm sofort entgegengesetzt wurde, daß die aufgestellten Behauptungen kaum glaublich seien. Nachdem er dann das ärztliche Attest beigebracht habe, sei die Veröffentlichung erfolgt. Der Angeklagte habe den Beweis der Wahrheit seiner in der „Staatsbürger-Ztg.“ aufgestellten Behauptungen nicht erbringen können. Es sei nicht anzunehmen, daß die Schutzleute, die den Eindruck ruhiger Beamten machen, einen Meineid schwören, wenn sie bestritten, den Angeklagten mißhandelt zu haben. Letzterer habe sich erst 24 Stunden nach dem Vorfall das ärztliche Attest

über nicht bedeutende Verletzungen ausstellen lassen, letztere können sich der Angeklagte ganz gut bei seinem Verstande gegen die Fesselung zugezogen haben. Andererseits mache der Angeklagte einen ruhigen, anständigen Eindruck, man dürfe ihn nicht als einen Wüthenden betrachten; man müsse ihm glauben, daß er nicht mißgeschlagen habe und deshalb wohl der Ansicht sein konnte, daß er nur als Zeuge mit auf die Wache gehen sollte. Deshalb beantrage er, unter Freispredung von der Anklage der Körperverletzung, den Angeklagten wegen Widerstandes nur zu 50 M. event. 10 Tagen Gefängnis und wegen der Beleidigung zu 100 M. event. 20 Tagen Gefängnis zu verurtheilen. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt glaubte, daß die Anklage in keiner Weise haltbar sei. Es sei nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme voranzusetzen gewesen, daß der Staatsanwalt in seinem Plädoyer mehr danach trachten würde, den Wachtmeister Wächterschuh und die Schutzleute zu vertheidigen, als den Angeklagten zu belasten. In der That gebrauchte Herr Wächterschuh schon eines so gewichtigen Häufers, um sein Verhalten erklärlich erscheinen zu lassen. Thatsache sei, daß der unbescholtene Angeklagte ohne Schrammen und Wunden auf die Polizeiwache und mit Verletzungen von dort wieder herabgekommen sei. Wer mit 3 auffallend parallel verlaufenden Striemen auf der Backe auf der Wache erschienen, der müßte schon die höhere Mathematik hütirt haben, wenn er sich solche durch Ausschlagen auf die eisernen Bettstelle selbst zuziehen wollte. Gerade diese parallelen Striemen deuten klar darauf hin, daß er gefesselt worden sei, als sechs Schutzleute an ihm herumarbeiteten; daraus deuten auch die furchtbaren Schmerzgrüße, die der Angeklagte in seiner entsetzlichen Situation ausgeprochen habe. Dies sei sicher keine Komödie gewesen. Wenn der Angeklagte seine Erlebnisse sichtlich und einfach einer Zeitung mitgeteilt habe, so liege darin keine Beleidigung. — Nach langer Beratung erkaunte der Gerichtshof dahin: Einer Körperverletzung ist der Angeklagte nicht überführt, er ist deshalb in dieser Beziehung freizusprechen. Was die Ereignisse auf der Wache betrifft, so war der betheiligte Schuhmann, der ihn mit zur Wache nahm, in seinem Recht, ihn als Beschuldigtem mitzunehmen. Ebenso war der Wachtmeister objektiv in seinem Recht, wenn er sein Verbleiben auf der Wache bis zu seiner Vernehmung anordnete. Ebenso habe der Wachtmeister seine Befugnisse nicht überschritten, wenn er den Angeklagten in die Zelle bringen ließ; aber die Zweckmäßigkeit dieser Maßregel habe der Gerichtshof Erwägungen nicht anzustellen. Auch die rechtliche Befugnis der Beamten, den lebhaft seine Freilassung begehrenden Angeklagten fesseln zu lassen, könne nicht bestritten werden, so daß sich der Angeklagte des Widerstandes schuldig gemacht habe, wenn man ihm auch ein menschliches Mitleidgefühl bewahren könnte. Was die Beleidigung betrifft, so habe der Angeklagte erwiesen, daß er — absichtlich oder unabsichtlich — mit einem Riemen Schläge ins Gesicht erhalten habe, dagegen habe er nicht erwiesen, daß er auch einen Fußtritt ins Gesicht bekommen. Abgesehen davon, habe er in dem Artikel auch übertrieben und verschwiegen, was für Nebenumstände sich ereigneten. Der Gerichtshof habe aber dem Angeklagten den Schutz des § 193 zugestanden und ihn wegen des Artikels freigesprochen. Wegen des nun übrig bleibenden Widerstandes ist der Angeklagte zu 50 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis verurtheilt worden.

Ueber die Strafbarkeit unzulässiger Lohnabzüge wegen vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer verwendeter Invalidentaxen und Altersversicherungs-Marken führt das Reichsgericht in dem Urtheile vom 8. April 1897 (Entsch. d. Reichsgerichts in Strafs. Bd. 30, S. 86) aus: „Der § 148 des Reichsgerichts vom 22. Juni 1889 bedroht unter Nr. 1 mit der in § 147 festgelegten Strafe die Arbeitgeber, welche den von ihnen beschäftigten, dem Versicherungszwange unterliegenden Personen wissentlich mehr als die Hälfte des für die beiden letzten Lohnzahlungperioden verwendeten beziehungswelse in denselben fällig gewordenen Betrages von Marken bei der Lohnzahlung in Kurrechnung bringen. Die Worte des Gesetzes sind völlig klar. Der Arbeitgeber wollte verhindern, daß die Arbeitgeber die Lohn nach dem Gesetze obliegende Beitragspflicht (vgl. § 169) ökonomisch auf die Arbeitnehmer abwälzen, und bedrohte deshalb nicht nur in § 147, sondern auch durch die Bestimmungen und Bestimmungen mit Nichtigkeit, sondern stellte auch die den bezeichneten Erfolge verwirklichenden Maßnahmen der Arbeitgeber unter Strafe. Die Strafvolkschrift des § 148 Nr. 1 des Gesetzes ist aber nach ihrer Fassung abfolut. Jeder Arbeitgeber verfährt ihr, der dem versicherungspflichtigen Arbeitnehmer mehr als die Hälfte des im Gesetze bezeichneten Markenbetrages bei der Lohnzahlung anrechnet. Das Gesetz gestattet nicht die Anrechnung eines höheren Betrages, es umfaßt und trifft jede wissentliche Ueberschreitung der gezogenen Grenze.“ Unkenntnis des Gesetzes und des Verbots höherer Abzüge ist schuldhaft, wie weiter ausgeführt wird, den Thäter nicht, da es sich dabei nicht um einen thatsächlichen Irrthum, sondern um einen Irrthum über den Inhalt des Strafgesetzes selbst handelt. Mit dem Thatbestande des § 148 ist das Strafmaß des Betrages ideell konfurrent, da es nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen ist, im § 148 des Gesetzes eine besondere Art des Betrages zu konstruieren und unter Strafe zu stellen. Eine sogenannte Gesetzeskonfurrenz liegt daher nicht vor, sondern Idealkonfurrenz, sobald die Kriterien des § 263 Str.-G.-V. zugleich vorliegen.“

Der Landrath v. Puffkammer unter den Mitgliedern des § 193. Aus Stolp i. P. wird vom 12. Februar berichtet: Heute fand vor der hiesigen Strafkammer als Berufungsinstantz die Verhandlung gegen den Geh. Regierungsrath Landrath v. Puffkammer wegen Beleidigung des Redakteurs des Organes des liberalen Bauernvereins „Nordost“, Herrn Emil Brandt, statt. Der Landrath hatte, wie einmüthig, in einem Erlaß an die Lehrer des Stolper Kreises, worin er die Verbreitung der von Brandt redigierten Zeitungen „Reichsblatt“ und „Bauernfreund“ durch schulpflichtige Kinder rügte, diese Blätter als gemeingefährlich bezeichnet. Auf die wegen dieser Bemerkung erhobene Privatklage hatte das Schöffengericht den Landrath freigesprochen mit der Begründung, daß es sich um die Kritik einer gewöhnlichen Bestimmung handle und dem Verklagten deshalb der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite stände. Auch die Strafkammer erkaunte heute, auf Freispredung. „Es sei zwar richtig“, so führte der Vorsitzende des Gerichtshofes aus, „daß das Zirkular objektiv beleidigend, und daß der Redakteur der betreffenden Zeitungen dadurch beleidigt sei. Auch sei der Einwand des Angeklagten zu verwerten, daß er nicht das Bewußtsein davon gehabt habe. Dennoch sei ihm der Schutz des § 193 nicht zu verlagern, da ihm nach § 76 der Kreisordnung das Recht der Schulaufsicht zustehe, und er deshalb in seiner Eigenschaft als Beamter gehandelt habe. Er sei deshalb nur strafbar, wenn er den Zweck verfolgte, den Privatkläger zu beleidigen. Eine solche Absicht könne ihm aber nicht nachgewiesen werden.“ Der Vertreter des Klägers hat gegen dies Erkenntnis Revision eingelegt. — Es ist gewiß etwas schäbisch um den § 193 für — Landräthe und andere Beamte. Zeitungsredakteure werden verteuert selten etwas von seinen Segnungen.

Veranstaltungen.

Die Steinarbeiter waren am Sonntag sehr zahlreich im „Englischen Garten“ versammelt, um zu dem Vorgehen des Vorstandes der Steinmeh-Innung, der die von den Arbeitern gewählte Tarifkommission nicht anerkannte, Stellung zu nehmen. Aus dem Bericht der Kommission war zu entnehmen, daß Verhandlungen mit der Innung bisher nicht stattfinden konnten, weil die Vertreter der Innung nur mit Innungsmitgliedern berathen wollen und jedwede Verhandlungen im Verein von Kommissionsmitgliedern, die nicht in Innungsgeschäften arbeiten, ablehnten. In der Diskussion sprachen sich fast sämmtliche Redner gegen eine Neuwahl der Tarifkommission aus und wiesen darauf hin, daß sich die alte Innung aufgelöst hat und niemand weiß, welche Geschäfte der neuen Innung angehören, und ob diejenigen, welche bei einem Innungsmeister beschäftigt sind, nicht in kurzer Zeit entlassen und

dann ebenfalls wieder abgelehnt werden. Singu kommt aber noch, daß der neue Tarif nicht nur für die Innungsgeschäfte, sondern für alle Geschäfte in Berlin und Umgegend Geltung haben soll und damit die Konkurrenz beseitigt werden soll, über die sich die Innung fortwährend beschwert und den Gesellen hierüber Vorwürfe macht. An der Diskussion beteiligte sich auch das Innungsmittglied Steinmetzmeister Jabel, der, um friedliche Verhandlungen zu ermöglichen, eine Neuwahl der Kommission empfiehlt, obwohl er die von den Gesellen angeführten Gründe für völlig gerechtfertigt hält. Er spricht sich im weiteren für die achtstündige Arbeitszeit und einen Lohn von 6 Mark aus, den jeder Steinmetz verdienen müsse, wünscht aber nicht die allgemeine Einführung der Lohnarbeit, sondern eine entsprechende Regelung des Akkordpreises. Aus den Ausführungen des Redners ging hervor, daß den Innungsmittgliedern von der Ablehnung der Kommission gar keine Mitteilungen gemacht wurden, viel weniger aber noch ein Beschluß gefaßt worden ist die Forderungen der Gesellen abzulehnen, sondern überhaupt noch keine Versammlung in dieser Sache stattgefunden hat. Demnach war der Obermeister gar nicht berechtigt, sich bei seinem Vorgehen auf die Beschlüsse der Innung zu berufen. Nachdem noch mehrere Redner dieses Verhalten einer heftigen Kritik unterzogen hatten, wurde beschlossen, keine Neuwahl vorzunehmen, sondern die Tarifkommission in der jetzigen Zusammensetzung bestehen zu lassen. Das Bureau wurde beauftragt, die Innung von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Das Verhalten der Innung soll abgewartet und dann entsprechende Schritte zu geeigneter Zeit zur Durchführung der gestellten Forderungen unternommen werden. Die Forderungen der Arbeiter sind: Einführung der allgemeinen Lohnarbeit, achtstündige Arbeitszeit im Sommer und Winter, 70 Pf. Stundenlohn und 20 Pf. Zuschlag für Ueberstunden. Der Obermeister hat die Verweigerung dieser Forderungen in Aussicht gestellt und als Vorbedingung der Meister die Beibehaltung des Akkordsystems und der Tagelohnarbeit bei einem Stundenlohn von 65 Pf. angegeben. Außerdem sollten an dem bisherigen Tarif einige Modifikationen vorgenommen werden. Der bisher vereinbarte Tarif ist noch bis zum 1. März gültig. Bekanntgegeben wurde noch, daß sich die Steinbildhauer mit dem Vorgehen der Steinarbeiter solidarisch erklärt haben. Zum Schluß wurde noch beschlossen, zur Unterstützung der ausständigen Steinarbeiter in Sulzfeld Markensammlungen vorzunehmen und pro Woche, so lange der Ausstand dauert, 50 Pf. zu steuern. Nach dem Bericht über den Stand der Bewegung, den Thomas erhielt, ist derselbe zur Zeit recht günstig für die Arbeiter.

Bei den **Bäckern und Berufsgenossen (Lokal)** hielt am 8. d. M. Genosse Vogtherr einen Vortrag über China. Der Vortragende theilte sodann noch mit, daß im Monat Januar 21 neue Aufnahmen erfolgt sind; es wurden 5081 Wochenbeiträge vereinnahmt und ein Ueberschuß von 300 M. gemacht. Acht Mitglieder wurden als krank gemeldet.

Am Sonntag, den 6. Februar, tagte im Lokale des Herrn Herrguth eine gutbesuchte öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, in welcher Koblenzer über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation referirte. Redner kam unter anderem auf den Potsdamer Erlaß zu sprechen, wodurch die Arbeiter im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen gehindert werden sollen, wogegen man den sogenannten Arbeitswilligen den größten polizeilichen Schutz gewährt. An der Diskussion beteiligten sich Schlächter, Faber und Hoffmann. Nachdem noch die Verhältnisse in der Ruhr'schen Fabrik besprochen worden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Soziales.

Die **Jahresberichte der bayerischen und badischen Fabrikinspektoren** sind erschienen.

Unfallversicherung. Eine Berliner Lokalkorrespondenz berichtet: Wegen der mehrfach angeregten Reform der Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe finden gegenwärtig Erhebungen statt. Es soll hierbei insbesondere ermittelt werden: 1. die Zahl der vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe (diese Zahl ist dem Verzeichniß der Mitglieder der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zu entnehmen); 2. die Zahl der nach § 37 des Genossenschafts-Statuts versicherten Betriebsunternehmer (das sind diejenigen, deren Jahreseinkommen aus dem Landwirth-

schafsbetriebe bei der letzten Einkommensteuer-Veranlagung auf nicht mehr als 200 M. geschätzt ist, wobei die Schuldenzinsen nicht abzurechnen sind); 3. die Zahl der sämmtlichen im Bezirke in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten verdienstberechtigten Betriebsbeamten und Arbeiter (hier ist die Zahl anzugeben, die bei voller laufender Thätigkeit des Betriebes beschäftigt ist); 4. die Zahl der vorübergehend in den Betrieben beschäftigten sonstigen Personen (Familienangehörige, Hausgenossen, das in der Landwirtschaft gewöhnlich nicht beschäftigt ist u. s. w.).

Die **Unfälle in den Betrieben der Ziegelei-Verung** genossenschaft sind im Jahre 1897 bedeutend zahlreicher gewesen als im Jahre vorher. 1896 wurden 3468 Unfälle angemeldet, im Jahre 1897 dagegen 4084, also 566 Unfälle mehr. 149 Unfälle hatten den sofortigen Tod des Verletzten zur Folge; im Jahre 1896 betrug die Zahl der Unfälle mit tödtlichem Ausgange 85. Die Gesamtzahl der Unfälle mit schweren Verletzungen ist aber gegen das Jahr 1896 zurückgegangen. Im Jahre 1896 waren es 523, im Jahre 1897 nur 591. Wie weit jedoch dabei die Verabredung der Renten eine Rolle spielt, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn der Rechenschaftsbericht vorliegt. Ueber 25 pCt. der Unfälle mit tödtlichem Ausgange ereigneten sich in den Zehngruben, was ausnahmslos auf die Nichtbeachtung der Vorschriften über den Abbau der Zehngruben zurückzuführen ist.

Das **bayerische Landes-Versicherungsamt** veröffentlicht die Nachweisung über die Unfälle, die im Jahre 1897 bei den ihm unterstellten Ausführungsbörden und Berufsgenossenschaften angezeigt worden sind. Bei dem industriellen Zweile kamen 188 Todesfälle, dann 2159 Unfälle mit mehr und 7948 mit weniger als dreizehnwöchiger Erwerbsbeschränkung zur Anzeige, bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 815 Todesfälle und 10406 beziehentlich 1929 Unfälle.

Ein **Mißstand in der Handindustrie der Hutgarnterei** in Luckenwalde bringt die „Brandenb. Ztg.“ zur Sprache. Danach geben dortige Hutfabrikanten ihren handindustriellen Arbeiterinnen, die zumeist verheiratet sind, am Sonnabend Nachmittag bis zu drei Uhr die Hutgarnterei zum Garniren mit, und zwar mit dem Befehle, diese am Montag Vormittag 9 Uhr fertig abzuliefern. Infolgedessen müssen sich die Arbeiterinnen auch noch den ganzen Sonntag hindurch für die Fabrikanten abmühen. Ihren Ehemännern, schreibt unser Vorkämpfer, gebühren die Fabrikanten die nötige Ruhe, warum wird diese nicht den Hutgarnterinnen gewährt?

Die **Bedeutung der Mißerfolge der „sozialistischen Kolonien“** wird von unseren Gegnern trotz aller Proteste von sozialistischer Seite immer wieder erörtert. Deshalb ist es interessant, Bellamy's Meinung zu hören, weil seine Anhänger — die Rationalisten — beruht durch den literarischen Mißerfolg des Rückblicks, verschiedene Versuche der Gründung von Kolonien gemacht haben. Bellamy urtheilt hierüber auf S. 427 der deutschen Ausgabe der Fortsetzung des Rückblicks folgendermaßen:

„Die zahlreichen Kolonien, welche in den Vereinigten Staaten während der Periode des Umschwungs entstanden, lieferten den offenkundigen Beweis, wie sehr sich aller Menschen Herzen nach einer besseren Gesellschaftsordnung sehnten. Sonst aber führten diese Versuche zu keinem Ergebnis, wie sich von selbst verstand. Wirtschaftlich zu schwach, nur der gleichen Geschicklichkeit entsprungen, konnten sich diese Vereinigungen meist sehr wacker, aber schwärmerischer Leute inmitten einer feindlichen Welt, die über alle sozialen und wirtschaftlichen Vortheile verfügte, nicht behaupten.“

Die **Zahl der Analphabeten in Galizien** wird von dem Blatte „Gazetniko“ auf fast 3/4 Millionen beziffert. 700 000 schulpflichtige Kinder wachsen ohne Schulunterricht auf. Nach statistischen Daten aus dem Jahre 1896 gab es in Galizien ganze Bezirke, wo es schwer fiel, des Lesens und Schreibens kundige Menschen aufzufinden, so zum Beispiel in den Bezirken Borszczow, Lisko und Horodenska. In dem letztgenannten Bezirk gab es unter der 62 000 Köpfe zählenden Gesamtbevölkerung 60 000 Analphabeten. Eogar in dem durch den Stand der allgemeinen Volksbildung am meisten hervorragenden Bezirke Larnopol gab es auf 120 000 Einwohner im schulpflichtigen und nachschulpflichtigen Alter noch 47 000, denen Lesen und Schreiben unbekannt waren. Während die Zahl der politischen Gemeinden Galiziens 6262 betrug, hatte es nur 3707 Schulen. Aber noch größer ist der Lehrermangel. 1893 mußten 542 eingerichtete Schulklassen aus Mangel an Lehrkräften unbenutzt bleiben. Diese Ziffer

ist fortgesetzt gewachsen, im Jahr 1896 konnten schon 647 Klassen wegen Lehrermangels nicht benutzt werden. Dabei wirkten 1893 an den Volksschulen 863 Lehrpersonen ohne sachliche Befähigung. Die Gründung neuer Schulen erweist sich gegenüber dem effektiven Lehrermangel in Galizien demnach als ganz zwecklos. Dafür verwendet man die dem armen Lande blutig erpreßten Groschen zur — Erhaltung und Erweiterung des polnischen Gymnasiums in Tscheln in Oesterr.-Schlesien und zum Bau einer polnischen Schule in Biala, das im ganzen vielleicht zwanzig polnische Schulkinder zählt. Arme 700 000 ohne Unterricht bleibende galizische Bauernkinder! Wie weit muß das Gewissen derer sein, die solches Unrecht nicht nur gutheißen, sondern die es schaffen, und zwar nur zu dem Zwecke schaffen, um billige Menschenwaare auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Mittheilung, bei jeder Anfrage eine Briefe (zwei Wochen oder eine Jahr) anzunehmen, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die **juristische Sprechstunde** findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.

R. Durch Geleit vom 30. Juli 1883 bildet Berlin als „Stadttheil“ Berlin einen besonderen Verwaltungsbezirk.

Abonnent Admiralstr. Ripper. Wenden Sie sich an E. Hebel, Oranienstr. 180, III.

W. R. Ja.

W. R. Die eingesandten Zeitungsausschnitte können wir, ohne unbillige Rücksicht auf Ihnen genommen zu haben, nicht benutzen.

P. S. 100. Die Ehefrau hatet insofern für die Miethe, als die derselben gehörigen Sachen, die in die Wohnung eingebracht sind, für die Miethe haften. Für andere Sachen des Mannes hat die Frau nicht aufzukommen. — H. B. Die Schulen sind schließbar. — P. 10. 1. und 2. Ja. 3. Allgemeines Vordrecht II. Theil 2. Titel §§ 251 252. — G. S. Zur Beantwortung ist die Gültigkeit der Versicherungsbedingungen erforderlich.

— 1000. 1. Ja. 2. Kündigung kann nur erfolgen am 15. zum 1. des Monats. — P. 3. 50. 1. Nein, wenn nicht der Ehemann der Vater des Kindes ist. 2.—5. Beim Standesbeamten. 6. Ja. — H. R. Die Altersrente ist frühestens mit Beginn des 71. Lebensjahres zu zahlen. Für diejenigen, die vor dem 1. Januar 1891 geboren sind, beträgt die Bezugszeit 1410 Beitragswochen. Für die nach dem 1. Januar 1891 geborenen vermindert sich die Bezugszeit um so viel Beitragswochen und Beitragswochen, als ihr Lebensalter am 1. Januar 1891 an Jahren und vollen Wochen des vollendeten 40. Lebensjahres übersteigt hat. Beispiele siehe im Arbeiterrecht.

— W. W. Moabit. Ja. — G. B. 96. Der Meister muß leben. Vom letzten Lohn kam er nur dem Betrag der Renten für zwei Vollzahlung-Perioden abziehen. Wenden Sie sich an die Polizeibehörde. Recht diese ab, so beantragen Sie bei der Versicherungsanstalt, den Arbeitgeber anzuhaltend, die fehlenden Renten nachträglich einzutreiben. — P. 200. Nein. — G. W. 5. 1. Ja. 1. An den Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt, an welche zuletzt Beiträge entrichtet worden sind. — P. 2. Nein. — W. D. 10. 1. An die Erben. 2. Bei der Gemeinde Wörsdorf. — 5. Streikende. Wenn sich die Arbeiter auf Anweisung jeden Montag und Mittwoch im Komptoir gemeldet haben, ohne ihre Papiere zu erhalten, haben sie Anspruch auf den vierwöchentlichen Lohn.

Witterungsübersicht vom 14. Februar 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (°C.) u. nach Fahrenheit (°F.).
Swinemünde . . .	762	WSW	2	Nebel	3
Hamburg . . .	763	SW	2	bedeckt	1
Berlin . . .	763	SW	—	Nebel	3
Pießhagen . . .	766	SW	1	bedeckt	3
München . . .	768	W	5	bedeckt	2
Wien . . .	768	Stil	—	Nebel	—2
Gaparanda . . .	757	SO	4	bedeckt	—3
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort . . .	769	W	4	bedeckt	9
Aberdeen . . .	756	WSW	4	halb bedeckt	5
Paris . . .	770	WSW	2	bedeckt	4

Wetter-Prognose für Dienstag, 15. Februar 1898.

Zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung
 am Mittwoch, den 16. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Krieger, Wasserhorstraße 68.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Ewald Vogtherr über: „China und Kiootchan“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste sehr willkommen. Reges Betheiligung erwartet.
 240/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
 Dienstag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Königsbank (Haase), Gr. Frankfurterstr. 117
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Preis Inveit über: „Die Sozialdemokratie und die letzten 20 Jahre“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Laut Beschluß der letzten Versammlung wird dieselbe pünktlich eröffnet. Das Erscheinen jedes einzelnen ist Pflicht. Gäste haben Zutritt.
 242/4 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!
Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Urania, Wrangeistr. 11:
Große Versammlung.
 1. Kulturhistorischer Vortrag über Kadespierre. Referent Herr Dr. Schütte. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt.
 NB. Die Mitglieder werden aufgefordert zahlreich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 15. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
2 Versammlungen.
Für Schönhauser Vorstadt
 im Belforter Gesellschaftshaus, Belforterstrasse 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Jahn. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Für Gesundbrunnen und Rosenthaler Vorstadt
 im Lokale „Victoria-Garten“, Badstrasse No. 12.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag: Die Berliner Arbeiter und die nächsten Reichstagswahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Pous. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.

Moabit. VI. Wahlkreis. Moabit.
 Mittwoch, den 16. Februar, abends 8 Uhr, im Saale der Berliner Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49:
Öffentliche Volksversammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Der Erlaß Bolabowst's, Plottenvorlage und Reichstags. Referent: Reichstags-Abgeordneter Richard Fischer. 219/5
 2. Diskussion.
 Um rege Betheiligung bittet Der Vertrauensmann.

Berl. Gewerkschafts-Kommission.
 Freitag, den 18. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Delegirten
 im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht. 2. Kasienbericht. 3. Bericht der Schlichter. 4. Wahl von drei Ausschussmitgliedern. 5. Gewerkschaftliches. Die Delegirten werden ermahnt, pünktlich zu erscheinen.
 327/5
 Berliner Gewerkschaftskommission. J. A. R. Millar.

Achtung! Rabitzputzer. Achtung!
 Dienstag, den 15. Februar 1898, abends 8 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 bei Stabernack, Julestr. Nr. 10.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Lohndifferenzen bei der Firma Zöllner & Co. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 252/3 Der Vertrauensmann.

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands (Zentrale Berlin I).
 Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsliches. 2. Vortrag des Herrn Waldek Manasse über: „Der Kampf um die Presse“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
 96/6 Die Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 (Zahlstelle Berlin.)
 Mittwoch, den 16. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße Nr. 20/21:
Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
 Tages-Ordnung:
 Die Strafrechtsfrage mit besonderer Berücksichtigung der §§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung. Referent: Rechtsanwält Dr. Heinemann. Werkstattstreit und Differenzen. Verbandsangelegenheiten. — Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Heute Dienstag, den 15. Februar 1898, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
 in Grädel's Salon, Brunnenstr. 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchenvorstandes in der Ortsverwaltung. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Nichtmitglieder als Gäste willkommen! — Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Bibliothek des Verbandes befindet sich im Restaurant Wörsdorf, Julestr. 35. Dasselbe ist geöffnet jeden Abend von 7 1/2 bis 9 Uhr; Sonntags geschlossen.
 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher, Berlin.
 Die in der Generalversammlung vom 12. Kopf. 1897 beschlossene Abänderung der Statuten betr. Streichung der Worte „Handlungsgehilfen und Bekleidung, sowie Erhöhung der Krankenunterstützung von 26 auf 32 Wochen ist seitens des Bezirke-Ausschusses am 30. Dezember 1897 genehmigt.
 Der Vorstand. 3306
 G. S. A. I. S., Vorsitzender.

Wohnungen v. 72—84 Thür. 3 verm. Friedrichsleiderstr. 39.
Arbeitsmarkt.
 Blechspanner 3203 auf Stahlblech gesucht
 Benecke, Mittelstr. 16/17.
 Stepperin auf Hosen verlangt 3315
 Gählestr. 29. 1. rechts.
 Verführer verlangt Wicnerstr. 9.
 Plätterinnen auf Stichtagen, Umleger, u. Manichetten in und außer dem Hause sucht M. Treppe, Voithringstr. 16. 1. Oberges. IV.
 Kleiderchen Arbeiterinnen im Hause und außer dem Hause
 Pantow, Kaiser Friedrichstr. 19.
 Tüchtige Arbeiterinnen auf Knaben-Waschanlagen sind dauernde Beschäftigung. Hohe Löhne.
 3255 J. Gottliebsohn, Preussenerstr. 29, Hof 3. Eing., 4 Tr.
 1 tüchtiger Farbigmacher, nur solcher, wird verlangt
 Admiralstrasse 7.
Niedergewandte Arbeiter
 werden als Vertrauensvertreter für Volksversicherung gegen festes Gehalt gesucht. Vorbildung nicht erforderlich. Gesuche unter Z 1 an die Expedition des „Vormärts“.
 3206

Lungenheilstätte der Berliner Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt.

Vom Vorstand der Berliner Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt war nach dem Bürgerhaushalt des Rathhauses zu Sonntag Mittag eine Versammlung einberufen, die den Zweck hatte, mit den Vertretern der hiesigen Krankenkassen und der ärztlichen Vereinigungen die Einführung des Heilverfahrens für Lungenkranke zu besprechen. Das einleitende Referat hielt Dr. Freund, der Vorsitzende der genannten Versicherungsanstalt. Er führte aus: Für die Invaliditäts-Versicherungsanstalt könnten bei Uebernahme des Heilverfahrens nur die Fälle in Frage kommen, die einen länger dauernden Erfolg der Kur versprechen. In zweifelhaften Fällen dürfte das Geld der Anstalt nicht riskiert werden. Wie lange der Erfolg der Anstaltsbehandlung dauere, darüber habe man noch keine genügende Erfahrung. Man dürfe die ganze Frage nicht so enthusiastisch auffassen, wie es vielfach geschehen sei. Leicht sei es zwar, einen Kranken, den man in die beste Behandlung nimmt, ihn gut ernährt, ihn beste Luft atmen läßt und ihm die Sorge um die Existenz der Familie nimmt, sehr wesentlich zu bessern. Komme er aber dann wieder in die ungünstigen Wohnungsverhältnisse, in die schwere Arbeit, in die Sorge um die Existenz zurück, dann werde der Erfolg der Behandlung meist sehr bald wieder vernichtet. Bei dieser Lage der sozialen Verhältnisse müsse man sich darauf beschränken, nur diejenigen Fälle in Behandlung zu nehmen, die die größte Wahrscheinlichkeit für längere Heilung bieten. Die Versicherungsanstalt Berlin habe sich entschlossen, neben dem existierenden Sanatorium für allgemeine Krankheiten eine Heilanstalt für Lungenkranke zu errichten, und zwar solle eine Anstalt allerersten Ranges geschaffen werden, wie sie bis jetzt nicht existiert. Man müsse sich aber vorläufig mit einer beschränkten Zahl von Betten begnügen. Das Projekt sei so angelegt, daß die Anlagen, sofern sich günstige Erfolge zeigen, auf das vierfache vergrößert werden könnten.

Dr. med. Friedberg, der bekanntlich die eifrigste Propaganda für diese Idee entfaltet hat, sprach darauf im Namen der zur Förderung des Lungenheilstättenwesens gewählten Zentralkommission der Berliner Krankenkassen. Er erkannte an, daß die Versicherungsanstalt Berlin den Gedanken von Anfang an warme Sympathien entgegengebracht hat. In den tatsächlichen Leistungen sei jedoch die Berliner Anstalt von anderen Versicherungsanstalten weit überholt worden. Die Anstalt müsse mehr als humanitäres Institut wirken. Die Berliner Anstalt sei hierzu auch besonders gut in der Lage; sie brauche nur verhältnismäßig wenig für Invalidentherapie und noch weniger für Altersrenten auszugeben und habe infolge dessen sehr große Kapitalien aufzuheben können. Dies Geld solle sie im Interesse der Berliner Arbeiter verwenden. Aber von dem Humanitätsprinzip ganz abgesehen, liege es in finanzieller Beziehung ein günstiges Geschäft für die Anstalt in einer möglichst ausgedehnten Fürsorge für die Lungenkranke. Weit vorgeschrittene Prozesse freilich bieten keine Aussicht auf Erfolg, aber wo die Tuberkulose noch in den Anfangsstadien sei, könne sie geheilt werden, wenn auch nicht im medizinischen, so doch im sozialen Sinne. Und je früher und je umfassender eingegriffen werde, um so sicherer sei der

Erfolg. Dr. Friedberg erläuterte dann im einzelnen folgende Forderungen, die von der Zentralkommission der Krankenkassen in dieser Hinsicht an die Anstalt gestellt werden: Errichtung eines eigenen Sanatoriums für beide Geschlechter; obligatorische Uebernahme des Heilverfahrens in der Aussicht auf Heilung bietenden Fällen auf Kosten der Anstalt; damit die Kranken die Heilanstalt nicht vorzeitig zu verlassen brauchen; Uebernahme der Familienunterstützung nach Ablauf der Krankenkassenleistung in Höhe dieser Leistung auf die Versicherungsanstalt; bei großer Nothlage der Familie auch vorüberige Zuschußunterstützung; unentgeltliche Verbreitung einer populären Schrift über die Tuberkulose; Herbeiführung eines Einvernehmens mit der Gewerbe-Inspektion zwecks alljährlicher obligatorischer ärztlicher Untersuchung der in Fabriken u. beschäftigtigen Personen. Die Anlagen müssen dabei so ausgedehnt sein, daß nicht wegen Platzmangels Abweisung von Kranken zu erfolgen braucht. Wer nach dem Urtheil der Ärzte heilbar ist, für den müsse auch Platz vorhanden sein. Auch die öffentlichen Arbeitsnachweise könnten sich um die als geheilt Entlassenen verdient machen durch Nachweis passender, den Geheilten nicht ausnehmend gefährdender Arbeit. Was die Untersuchung des Auswurfs tuberkelverdächtigter Personen betreffe, so habe er von Vertretern des Kultusministeriums die Zusicherung erhalten, daß jeder Rassenarzt das Recht erhalten solle, den Auswurf seiner Patienten unentgeltlich im Koch'schen Bakteriologischen Institut untersuchen zu lassen. Wünschenswerth sei es endlich, wenn mit der Heilanstalt ein landwirtschaftlicher Betrieb verbunden werde, damit die Geheilten in gesunder Thätigkeit ihre Kräfte wieder erlangen können. Alle diese Dinge ließen sich nicht plötzlich machen, aber die Forderungen lägen im Zuge der Zeit und seien auch so möglich, daß die Versicherungsanstalt Berlin sie leicht erfüllen könne.

Geheimrath Dr. med. Markuse wünscht in den Friedberg'schen Vorschlägen etwas Wasser zu geben. Wenn Friedberg gemeint habe, es müßten, um den Heilerfolg zu garantiren, die Kranken bereits in die Anstalt, so lange sie noch arbeitsfähig sind, so sei das nicht durchführbar, weil die Kranken, auch wenn die Familie unterstützt werde, in diesem Stadium nicht in die Anstaltsbehandlung gehen würden. (Gebühler Widerspruch bei den Krankenkassen-Vertretern.) Er begrüße die Errichtung eines Sanatoriums durch die Berliner Versicherungsanstalt mit großer Freude; denn die Tuberkulose sei in den Anfangsstadien zweifellos zu bessern. Aber Friedberg und die Zentralkommission hätten durch ihre Agitation Hoffnungen bei den Arbeitern geweckt, die nie erfüllt werden könnten.

Prof. Reuser (Chefarzt des Moabiters Krankenhaus): Es sei aber äußerst schwer, diese geeigneten Fälle zu finden. In den geeigneten Anfangsstadien hätten die Leute keine wesentlichen Schmerzen, und nur zeitweise leichte Temperatursteigerungen und Magenstörung. Diese Leute gingen nicht in das Heilverfahren, selbst wenn sie in diesem Stadium schon mit dem Arzt in Verbindung stünden, was in der Regel ebenfalls nicht der Fall sei. Wenn die Tuberkelbazillen erst im Auswurf nachzuweisen seien, dann könne jeder Apotheker die Diagnose auf Lungen-schwindsucht stellen. Die Hauptfrage sei geeignete Aufklärung der Arbeiter, damit sie rechtzeitig zum Arzt kommen. Es sei ganz richtig, daß die Berliner Versicherungsanstalt mit der nöthigen Anbe in der Frage vorgeht, da Hoffnungen geweckt worden seien, die nie und nimmer erfüllbar wären. Wenn die Schwind-

sucht ausgerottet werden solle, dann müßte schon früh begonnen werden. Schulhygiene, Verhütung von Scrophulösen Kindern in die See-Heilanstalt, Hygiene in den Arbeitsstätten, frühzeitige Auffindung und Behandlung der Verdächtigen. Sorge dafür, daß die Verdächtigen oder Geheilten aus gefährlichen Berufen herauskommen. Dies alles müsse vom Standpunkt des Arztes gefordert werden; wenn es durchführbar sei, und wenn gleichzeitig Wohnungs- und Einkommensverhältnisse günstige seien, würde die Tuberkulosegefahr sicherlich stark zurückgedrängt werden.

Dähne, von der Ortskrankenkasse der Maurer, wendet sich gegen die Vorwürfe des Geheimrathes Markuse betreffs der von der Zentralkommission ausgehenden Agitation. Thatsache sei, daß auf diesem Gebiet bisher so gut wie nichts geschehen sei. Der Staat habe nichts gethan, die Gemeinde ebenso wenig, und die Krankenkassen hätten kein Geld dazu. Die aufgeschobenen Kapitalien der Berliner Versicherungsanstalt seien zum guten Theil von den Arbeitern aufgebracht worden, und deswegen hätten diese das volle Recht, zu verlangen, daß etwas Nützlich für sie geschaffen werde. Zeit komme ja die Sache mehr in Fluß und dazu hätte die Agitation der Zentralkommission beigetragen. Die Kommission habe lediglich ihre Schuldigkeit gethan.

Dr. Freund konstatiert, daß die Berliner Versicherungsanstalt zu ihrem Vorgehen auf diesem Gebiete nicht durch die Agitation der Zentralkommission veranlaßt worden ist, sondern schon seit zwei Jahren das Projekt im Auge habe.

Nachdem dann noch einige Vertreter von Teils-Krankenkassen sich wesentlich im Sinne der von der Zentralkommission aufgestellten Forderungen ausgesprochen und namentlich betont hatten, daß die Kranken Arbeiter auch im frühen Stadium gern in die Heilanstalt geben würden, wenn für die Familie gesorgt sei, nahm Dr. Freund noch zu einigen Schlussfolgerungen das Wort. Er sagte, die Berliner Versicherungsanstalt sei betreffs der Familienunterstützung bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Bisher habe die Anstalt nach dem Anhören der Krankenkassen-Leitung an die Familien pro Woche 7,50 M. gezahlt und wolle in Zukunft 10 M. gewähren. Wenn man wolle, daß noch mehr geleistet werde, dann müsse das Gesetz geändert werden. Auf Grund der Bestimmungen des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes könne man nicht weiter gehen. Mit dem Bau der geplanten Anstalt werde noch in diesem Sommer begonnen werden, und es werde in einigen Tagen bekannt gegeben werden, wohin die Heilanstalt kommt. Das Resultat der Zusammenkunft erblickt der Redner darin, daß sich die Versicherungsanstalt und die Krankenkassen in ihren Wünschen und Ansichten näher gekommen sind. Verschiedene Wünsche der Krankenkassen seien ohne Weiteres erfüllbar. So beabsichtige die Versicherungsanstalt, den weitesten Arbeiterkreisen durch eine Proschüre Belehrung über die Tuberkulose zu verschaffen. Der Beziehung der Rosenärzte zu den Aufnahme-Untersuchungen durch die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalt lege wohl nichts im Wege, doch dürfte diese Anwesenheit des Rosenarztes nicht obligatorisch sein, sondern ihm lediglich freistehen, insofern deswegen keine Veränderung im Beginn des Verfahrens eintrete. Der Redner schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß die jetzt gescheiterte Gründung der Heilstätte von reichen Mägen für die Arbeiter sein möge. Die Berliner Versicherungsanstalt habe das warmste Interesse für die Arbeiterschaft Berlin und werde ihrerseits alles thun, was sich mit dem bestehenden Gesetz vereinigen lasse, um die Arbeiterwohlfahrt zu heben.

Für den Inhalt der Anfertigung übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Dienstag den 15. Februar.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Mädchenraum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seffing. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. S. Kathel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuburg. Sein Zeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kleines. Die Waise von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Goethe. Ein Sommernachts Traum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Hans Wurst in Berlin. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Fatinha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Das neue Ghetto. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Trilby. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Die kleinen Bogabunden. Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance. Reut. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Krania. Taubenstr. 48-49. Reinfundl. Audition u. v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstr. 57-62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Nipoko. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage. Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Schiller-Theater (Waller-Theater).
 Dienstag abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.
 Mittwoch abends 8 Uhr: Hans Wurst in Berlin.
 Donnerstag abends 8 Uhr: Der Tugendwächter. Das Verbrechen hinterm Herd.
Luisen-Theater
 31. Neichenbergerstraße 31.
 Abends 8 Uhr:
Trilby.
 Schauspiel in 5 Akten v. G. de Maurier von Richard Mark.
 Trilby. Anna Müller-Vinde.
 Mittwoch: Auf goldenem Boden.
 Bolmann. Arthur Winkler.
 Dora. Anna Müller-Vinde.

Central-Theater
 Alle Jakobstr. 30.
 Direction Richard Schnitz.
 Dienstag den 15. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
 2. Act.
Die Tugendfalle.
 Burleske Fosse mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Reinhardt. Musik von Jul. Gindshofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.
Ostend-Theater.
 Nr. Brunnstr. 132. Dir. G. Weiß.
Die Waise aus Lowood.
 Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
 Anfang 8 Uhr.
 Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.
 Mittwoch, zum 1. Mal: Unter der Polarsonne. Gr. Andachtungsstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Sandermann und Michel. Gesangstexte von Hof. Dill. Musik von G. Schäfer.

Urania
 Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr. - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüge.

Passage-Panopticum.
 in Theatersaal:
Ben Ali Bey,
 der orientalische Magier
 und die 8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.
 Friedrichstr. 165.
Neu!!
 Indisch-hindustanische Gaukler
 - und -
 Schlangen-
 Lechwörer.
Das BÄRENWEIB.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 218. Dir. J. Glöck.
 Granto u. Maud. Les Senett's.
 La

Loie Fuller
 The Milons Mr. Arvey
 und
 30 hervorragende Künstler.
Maehr's Theater
 Oranienstr. 21.
 Täglich:
 Theater u. Spezialitäten.
 Novität! Kolothaler Erfolg!
Die Nadel- und Radelmadel.
 Balletstück mit Gesang von Eugen Frey. Musik v. Otto Tieko.
 Anfang: -
 Sonntag 8 Uhr.
 Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Volks-Theater
 im Welt-Restaurant
 97. Dresdener-Str. 97.
 Neu! Großer Beifall! Neu!
Die heilige Behme.
 Operetten-Burleske in 2 Akten von Oscar Victor Roeder. - Ferner:
3 Geschwister Montez.
 Miniatur-Sängerinnen u. Tänzerinnen.
 Im vorbereiten Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
 Sonntag 8 Uhr.
 Anfang: -
 Dochartag 7 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété
 Die Jubiläums-Vorstellung zur 50. und letzten Aufführung der Burleske
Familie Kochsalz
 findet heute statt.
Morgen Mittwoch
 Premiere-Abend im **Budapester**
 Possen- und Operetten-Theater
 Direction:
Gebrüder Herrfeld.
 Novität!
 Von Drollen der Glücklichen. Schwank von Gebr. Herrfeld.
 Hauptrollen:
 Donat und Anton Herrfeld.
 Novität!
 Zum ersten Mal im Variété.
 Burleske M. Gosang v. J. Armin.
 Vorverkauf-Billetts sind schon heute zu haben.
Kaufmann's Variété

W. Noack's Theater
 Brunnen-Str. 16.
 Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ihre Familie.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Stinde und Engels.
 Musik von Richard's.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Concerthaus
 Leipzigerstr. No. 48
 Heute Dienstag:
Zum 300. Male:
Jene, liebe Jene.
 Anfang 8 Uhr.
 Jeder Besucher erhält als Souvenir den Text von Lena.
 Sonnabend, den 19. Februar:
Ballen des Prinzen Karneval
 arrangirt vom Verein
Tyll Eulenspiegel.

Neues Olympia-Theater.
 (Circus Ronz) Karlstr. 22.
Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.
 Größte Sensation Berlins.
Neu!
 Im 3. Bild: „Alt-Wien“
 Neue humorist. Spezialitäten.
 Revue. - Auftreten der The jolly british girls.
Sensationell!
 Im letzten Bilde: Constantinopel
Feuer- u. Flammentanz,
 ausgeführt nicht von einer Person, sondern vom gesammten Ballet-Parsonal.
ca. 1000 Mitwirkende.
 Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vort. Nachm. 1 Kind frei.
 Am Sonnabend, den 19. d. M.:
I. gr. Masken-Ball.
 (Ein Blumenfest in Nizza).
 Bestellungen auf Billets worden von heute ab im Bureau angenommen.
 Entree 3 M. - Damenkarte 3 M.

Alcazar-Theater.
 Dresdenerstr. 52/53 (Eltz-Passage)
 Kamenstr. 42/43.
 Direction: Richard Winkler.
 Cornetmischer Familien-Kaufhalt.
Neu! Am 1. Male: Neu! Das Blumengretel
 und **Nieder-Schönhausen.**
 Fosse mit Ges. und Tanz in 1 Akt.
 Sober:
Durchs Schlüsselloch.
 Fosse mit Gesang in 1 Akt.
 Auftreten
 sämtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: -
 Dochartag 8 Uhr.
 Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Entree 30 Pf. Referiert. Platz 50 Pf.
 Vorzugsarten haben Günstigkeit.

Quarg's
Vaudeville-Theater
 Grand-Hotel Alexanderplatz.
Leister Manai
 des Gaspiels der i. Original.
Budapester.
 Nur noch zwei Aufführungen
Das Armband.
Das Modell.
 Donnerstag, den 17. Februar:
Premieren-Abend.
Joel Geiger von Krinin.
Der Beheme von Müller.
Künstliche Zähne.
 7. Stejnens, Rosenhallerstr. 61, 2 Tr.
 Heilzahlung pr. Woche 1 M.

Feen-Palast
 22 Burgstr. 22.
 Neu! **William u. Merry.**
Jameson-Holly-Trappe.
 Dazu das glanzende **Februar-Programm.**
 Richard Winkler u. Wilhelm Föbel in der einzig bestehenden Operette
Das radelnde Berlin
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
 Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
 Am 28. Februar: **Leite Vorstellung.** Sämtlich ausgeübten Ehren-, Preis- u. Vorzugsarten haben nur noch bis zum 28. d. Mts. Günstigkeit. - Sonnabend, den 19. Februar: Geschlossen.

Circus Busch
 (Bahnhof Börse).
 Dienstag, den 15. Februar 1898, abends 7 1/2 Uhr:
Sport-Abend.
 8 Wagen mit ihren Solidität-Springs pferden. 11 a: a) Solidität-Springs. „Echtes“ Spring über eine 7 Fuß hohe Barriere mit Reiter. b) Die berühmte Wunderpferde über drei hohe Hürden. In der Tagung, große Quadrille, geritten in Kostüm der Friedrichzianischen Zeit. Die von ähnlichen Preislobrerinnen des Circus Busch. Nicht, ohne Reicht, in kurzer Zeit durch und geritten von Herrn Football-Burgardt. Die großartigsten Schwimmer Lorch mit ihren historischen Spielen zu Pferde. Außerdem Auftreten aller neu engagierten Künstler, sowie sämtl. Clowns u. Kunstge in Thätigkeit mit ihren neuesten Späßen.
Zaragoza.
 Orig. Wandge-Schauspiel des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Die weiblichen Kanarenbänder. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Akt.
 Morgen 7 1/2 Uhr: Glitz-Abend.

Für 2-3 Mark
 Diese sehr groß, zu Knabenanzügen, Reife zu Herrenanzügen, schöne Radier 7-10 M. Für 12 M. R. Eisen und Rammgarne, Paletot und Dolentze solange der Vorrath reicht.
im Riesenstofflager
 Kranzenstr. 14, L. kein Laden.
Fahrräder
 Etwa großes Lager erhalt. Fabrik late auf
Theilzahlung
 ohne Preiserhöhung zu den konstanten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
 Lothringerstraße 48 I, dicht am Rosenhaller Thor.

Angler-Verein „Freundschaft“.

Sonnabend, den 19. Februar cr.:
Gr. Wiener Masken-Ball
 in Martens's Festsaal, Friedrichshagen Nr. 236.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Freunde und Gönner des Vereins sind hierzu eingeladen.

Direkt von Aachen!

welcherbühmt durch reelle prämierte Tuche, versenden wir an anerkannt billigen Preisen **Anzug- u. Paletostoffe** vom einf. bis feinsten. Ueber 1000 ehrende Empfehlungsbriefe. Gr. Musterauswahl franko. Berühmte Spezialität: reise Wolle, echte Farbe, schwarz, blau, braun, 3 Meter zum gezeigten Anzuge **12 Mark!** Sportjoden, Met. 2 1/2 Mk. etc. Mode-Chavot, Met. 3 Mk. etc. Kammgarn, Met. 4 Mk. etc. u. s. w. bis zum hochfeinsten der Saison 1898. **Wilkes & Cie, Tuch-Industrie, Aachen No. 78.** Neu erworbene Kunden pro 1897: 11 869.

Wein- und Cognac-Auktion.

Die in der Sonntagsnummer dieser Zeitung angezeigte große Wein- und Cognac-Auktion auf dem alten König. Hof (in Berlin), Kleine Nussbaumstr. am Vorflur, findet heute, Dienstag, den 15. Februar, von 10-2 Uhr bei dem in der Zeitung genannten Herrn, Kammer, gerichtlicher Taxator u. Auktionator, Weihenburgerstr. 1.

A. Schulz,

Möbel- und Polsterwarenen-Fabrik
 gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
 zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse. 41032
 Sehr grosses Lager
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
 in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800-10 000 M.
 in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

B. Günzel, Lothringerstr. 52.

Spezialität: Porträts
 in Ovale, Rechteck, in Glas, Porzellan, Stein, Metall, Brochen, Kupfer, Silber, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerware u. Reparat. (Man verl. Preisfahrant.)

Die Möbel-Fabrik
Grosser Möbelverkauf. Neue Schönhauserstr. 2
 (früher Hofenthalerstr. 13)
 liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen (von 150 bis an. Nach jeder Art Einrichtungen auf Zeichnung. Lager gedruckter und strichlicher grosser Möbel. Eigene Lager- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach ausserhalb.

Möbel auf Theilzahlung.

J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Goldabfälle.

Gold, Silber, Redgold, Breiten, Platin u. Brillanten kauft die Goldschmelze
Antalfs Zimmerstr. 32. 43053

G. Ziehung d. 2. Klasse 198. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 14. Februar 1898, veranlagt.
 Nur die Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Berechnung beigelegt.
 (Eine Gewähr.)

169 310 439 555 607 762 918 98 48 02	1000 111
73 469 150 17 20 515 781 835 85	8010 70 306 41 99
351 482 94 659 709 891 951	8030 98 306 403 809
55 766 804 7 19 4078 80 107 841 436	8050 573 611 5012
361 89 979 8305 84 91 417 69 544	1500 517 97 67 75
340 9170 75 289 848 528 95 008	708 74 671 876 96
9618 503 67 640 73 150 861 904 68	9003 195 271 87
95 351 486 529 632 65 816 33 58 96 964 85	
10296 85 818 29 448 544 643 928 99	11087 138
83 232 97 647 96 12526 61 343 518 90 677	830 943
49 18127 94 150 208 40 60 344 92 150	808 613 791
859 953 14077 171 071 772 15220 24 08 308	440 584
632 75 720 925 16301 400 585 69	17239 53 433 18019
62 211 355 450 83 621 969 18108 463 782 955	
30028 145 349 498 808 648 58 150 64 704 909 75	
21144 323 96 468 507 73 685 73 833 58	23184 302 63
390 62 63 497 765 818 910 23098 178 269 504 712 73	
83 928 928 24122 559 516 67 899 913 12601	25049 220
36 84 323 34 49 402 18 56 626 323 3030 80 924 58 150	
26185 204 41 309 19 31 37 546 707 874 930	37371 492
608 87 918 940 88 98028 83 67 834 438 58 527 652 44	1800
1801 344 45 22019 167 332 549 61 03 742 74 971	
80111 300 87 636 50 63 81281 304 19 408 662 65	
679 712 87 915 33145 261 316 50 59 98 45 88 909 29	
70 700 66 818 945 3000 50 81 33224 649 736 899 902	
12 84045 190 3000 225 94 459 712 850295 928 70	
871 500 778 98 891 39 98 30012 102 26 345 51 408	
511 705 988 87034 316 61 625 290 930 304012 333	
463 530 150 620 63 810 987 30054 851 85 695 893 974	
40129 30 221 300 94 404 26 613 41010 48 51 192	
862 150 440 583 807 40089 40 51 77 83 588 063 819	
88 48079 809 525 621 58 804 982 3000 44005 15 76	
73 150 106 93 390 83 594 633 45079 143 50 227 419	
585 926 83 146107 48 594 739 828 88 150 47522 25	
75 728 64 49115 96 95 205 52 78 81 459 350 80 89	
612 78 761 969 49372 811	
54099 154 298 85 303 518 638 46 704 832 51037	
98 905 80 65 853 78 464 556 71 604 959 63 150 53066	
98 165 249 496 890 71 859 74 906 53011 75 253 150	
99 858 58 578 300 921 351 69 75 4137 413 649 730 89	
55191 57 540 150 574 70 150 92 830 800 80079 429	
99 908 847 918 87 87132 808 631 86 909 58124 86	
222 370 77 150 542 93 78 269 150 80051 179 395	
610 87	
80022 18 65 150 479 764 150 878 953 61198 204	
859 83 546 79 893 773 818 63149 150 73 276 237 539	
707 77 895 43037 124 202 504 64 06 658 704 950	
64085 297 311 59 430 454 716 60 846 904 55 65294	
1501 904 518 48 878 66015 61 89 95 199 210 36 378	
90 487 92 696 28 956 58 67147 89 83 244 66 584 895	
925 78 60891 96 71 729 70 91 401 570 300 60078	
82 92 299 46 580 95 789 269 89	
70035 57 151 57 150 91 818 465 639 49 704 43 66	
1150 800 990 71095 127 385 80 628 547 90 624 890	
73057 442 798 73032 112 861 66 442 61 63 554 910	
21 74918 498 58 519 79 618 39 58 150 738 94 740 90	
223 47 388 498 69 57 560 90 505 74087 147 316 66 444	
643 840 90 983 77013 83 119 95 515 82 985 73888	
85 454 85 624 677 654 70806 109 323 55 449 150 9	
789 852 942 91	
60012 67 57 91 330 83160 80 867 559 610 748 83076	
159 70 349 90 330 413 554 85 300 635 745 98 84121	
60 92 389 62 478 536 649 89 873 958 85032 90 150 169	
607 389 63 478 536 649 89 873 958 85032 90 150 169	
61 512 67 878 87012 89 183 299 449 828 48 60 83 726 50	
1500 817 52 63 78 86939 250 65 686 913 18 89079 3	
25 308 22 86 812 561 84 738 882 40 82	
94081 198 241 98 802 928 629 586 63 61005 22	
670 9 612 86 76 702 50 80099 321 559 99 801 940	
90809 191 287 809 49 418 83 849 55 802 82 300 91	
94437 92 611 658 819 95956 779 87 96083 82 370	
97 971 76 07087 476 512 694 89 788 932 76 58 98213	
73 367 640 66 518 60 718 553 90046 172 93 224 337	
638 679 716 927 88 961 56	
100186 290 308 36 67 409 500 36 40 47 674 76	
896 906 20 65 101984 728 829 50 10475 33 154 451	
625 103103 949 636 10 742 114000 478 851 845 937	
77 103084 140 47 150 85 630 33 94 759 918 43 44	
140391 63 797 61 803 15 98 58 107324 38 438 41	
42 54 88 82 403 87 61 803 15 98 58 107324 38 438 41	
220 51 84 423 38 77 554 618 705 79 91 812 999 150	
10287 519 54 57 682 97 11007 192 240 484 627	
66 798 811 17 976 112157 212 69 380 500 49 62 921	
112352 461 080 819 23 40 911 114202 22 79 585 730	
67 95 892 78 922 115011 171 312 450 532 1500 601	

G. Ziehung d. 2. Klasse 198. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung am 14. Februar 1898, nachmittags.
 Nur die Gewinne über 110 Mark sind den betreffenden Nummern in Berechnung beigelegt.
 (Eine Gewähr.)

757 70 807 150 81 116016 25 300 49 65 615 88 117046	
172 304 440 523 645 83 955 1800 118053 400 65 590	
606 726 48 57 801 921 119015 63 243 694 742 905 93	
120045 230 90 700 28 78 870 150 911 591 604 784	
907 128081 187 150 386 67 432 6001 987 800 88 84 6	
961 123023 137 472 90 688 789 67 832 827 78 124040	
112 98 316 91 37 44 321 80 780 836 125044 54 103 69	
70 992 454 558 692 74 742 876 99 120027 63 144 307	
13 759 127119 71 331 444 87 689 643 129004 150 1	
215 325 44 82 495 742 830 37 939 129076 237 513 27	
706 974 98	
130001 96 118 930 31 53 452 594 627 83 96 772 938	
925 131035 63 150 391 78 1150 505 8 59 991 132187	
452 629 892 77 910 131516 359 78 13001 341 78 453 347	
672 738 76 928 82 88 134085 108 30 312 50 77 83 430	
63 516 645 754 827 901 134085 108 30 312 50 77 83 430	
843 919 136036 150 56 398 419 647 705 7 881 137091	
238 375 479 528 97 150 778 745 96 181807 81 87	
451 61 594 730 150 943 139025 142 79 852 95 99 413	
565 672 90	
140015 63 151 291 307 64 451 58 661 758 141000	
64 69 309 17 378 85 702 931 142456 69 71 509 721	
65 858 934 81 83 994 150 143073 100 258 288 638 83	
823 999 144009 130 32 61 98 282 388 489 549 67 699	
850 58 93 974 86 145314 63 426 964 674 974 140046	
74 236 821 87 463 608 15 890 147050 67 67 71 162	
253 3001 623 160 150 52 76 922 39 84 148108 45 229	
1500 75 509 644 888 149014 487 724 67 88 989	
150200 81 351 97 800 151088 506 300 448 89 655	
57 904 49 65 152003 34 73 150 132 65 150 26 59	
76 741 864 150201 29 182 261 35 65 706 832 60 79	
154232 325 496 915 81 97 155123 89 936 63453 200 69	
675 761 54 898 97 945 158121 32 437 325 410 79 756	
817 922 157015 29 288 76 302 88 967 79 95 441 759 63	
871 91 944 159132 386 490 74 306 57 625 710 61 892	
159910 165 83 389 65 432 1800 686 631 753 24 90 819	
93 961	
150028 170 227 847 63 64 548 748 916 63 161000	
161 418 68 94 961 80 789 949 162094 140 274 570 859	
979 102229 556 150 601 150 20 79 725 87 849 930 78	
164081 152 220 59 465 88 604 27 34 636 708 65 894 854	
165022 178 95 513 65 898 98 961 95 160094 90 377	
440 568 643 768 1500 921 94 167034 899 408 690 737	
671 168191 282 37 479 513 92 761 62 861 75 903	
169249 450 98 847 916	
170081 158 413 513 87 620 73 87 842 172053 93	
199 70 207 27 300 480 647 704 150 812 150 43 949	
1720078 610 790 800 990 173885 297 81 447 78 78	
521 81 776 174172 193 95 418 63 560 62 749 73 900	
175324 424 47 74 561 690 31 64 707 944 47 176377	
869 934 177998 345 76 455 79 67 90 95 179298 24	
108 905 378 441 86 515 691 740 150 89 938 60 179074	
801 409 87 855	
180025 79 341 641 692 83 633 68 747 98 181104	
223 307 40 578 654 555 70 923 59 783172 256 447 807	
789 949 183032 48 62 18001 618 1000 794 876 214 48	
603 46 61 82 744 851 92 969 184 633 67 118 32 307 52	
77 87 448 674 733 185010 138 379 39 85 817 18 84	
188263 312 19 61 418 69 675 70 150 69 886 990	
187031 103 34 261 676 654 710 867 188103 80 49 59	
206 329 61 463 84 575 651 52 150 63 68 180191 927	
190045 200 94 236 587 408 58 679 636 809 59	
191150 528 200 58 890 66 981 36 192000 40 85 138	
295 817 28 32 444 77 592 841 193024 112 97 954 356	
443 566 927 84 87 928 84 194194 208 257 81 485 80	
505 15 797 195067 272 814 196104 209 405 42 527	
715 34 72 881 42 69 967 197909 81 375 419 300 823	
831 96 198007 93 101 11 67250 300 424664 592 53 63	
76 19218 418	
200006 445 90 150 546 830 42 201037 151 226 361	
480 94 60 629 200 12 292 488 597 150 619 37 721	
502 919 603 190 400 27 18001 618 1000 794 876 214 48	
503 403 113 86 841 76 550 99 859 905 202575 88 443	
624 29 977 200044 92 123 150 423 505 65 744 801	
16 66 925 207083 241 83 852 493 578 628 964 92 92022	
19 61 630 740 848 209156 373 97 330 76 98 481 504 98	
65 694 718 65 889	
210223 294 655 696 947 211081 97 230 331 607	
692 545 219004 154 224 35 89 267 555 904 67 213027	
49 101 411 86 601 92 214232 1800 67 807 632 864	
980 86 215105 393 401 63 510 23 745 885 974 216242	
457 77 655 94 709 67 217021 88 351 421 805 862	
218294 228 98 784 96 219028 64 97 150 122 421 27	
31 809 79 81 621 609 957 150	
220000 65 117 64 809 891 693 56 784 615 978	
221363 421 742 966 22280 6 109 29 56 251 339 482	
742 92 843 80 90 987 223120 880 890 85 70 22410	
90 58 226 344 56 75 440 90 73 506 758 92 863 225027	
64 65 70 79 96 229 36 308 412	

Für 36 Mark

fertige feine Krätze nach Maß für 30 Bl. f. Sommerpaletts nach Maß für 8-12 Bl. feine Jolen nach Maß.

Riesentofflager

Krausenstr. 14, I. kein Laden.

Original-Löwenbitter

Das Beste für den Magen.

In Flaschen
 à M. 0.60, 1.10 u. 1.80.
 Wie im Kaufhaus überall zu haben.

Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.

R. P. Mittelstädt
 Weinhandlung und Likör-Fabrik
 N., Brunnenstr. 152.

Grünkraut-Geschäft, Reiterstr. 200 Bl. zu verkaufen Rolkenstr. 24. 3245

Möbel

Nach der Inventur
 Großer Musterverkauf
 in Gardinen
 und Resten

Älterer Meister in weiß und crème, zu 1-4 Fenstern passen, flottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von

Bruno Güther,
 Berlin O., Gräner Weg Nr. 80
 part. Etage, vom Hektor (kein Laden).
 Proben nach ausserhalb portofrei.

verleihen gewesene und neue, saubere billige. Theilzahlung gestattet. Besondere ohne Anzahlung. 40554
Neue Königstr. 59
II. Gneisenaustr. 15.

Sopha Stoffe

aus Woll, Damast, Crepe, Plüsch, Gobelin und Plüsch